

(Präsident Denzer)

- (A) Wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4600

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4826

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4970

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/4901 bis 10/4915 und 10/4975
zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltjahr 1990
(Gemeindefinanzierungsgesetz - CFG 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4602

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4970

- (B) Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/4900 und 10/4976
zweite Lesung

Mit den Drucksachen 10/4900 bis 10/4915 liegen Ihnen die Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zu den vorgenannten Gesetzentwürfen vor. Weiterhin erhielten Sie elf Änderungsanträge, und zwar mit den Drucksachen 10/4980 bis 10/4990, sowie zwei Entschließungsanträge mit den Drucksachen 10/4943 und 10/4979. Diese Anträge werden mit in die Beratung einbezogen, wobei die Abstimmung über die Änderungsanträge unmittelbar vor der Abstimmung über den entsprechenden Einzelplan, die Abstimmung über die Entschließungsanträge jedoch erst nach Verabschiedung des Haushaltes in der dritten Lesung erfolgt.

Eine Zusammenstellung der vorliegenden Änderungsanträge und Entschließungsanträge liegt Ihnen vor. Ich empfehle Ihnen daher, diese Übersicht während der Abstimmungen zur Hilfe zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Das im Ältestenrat vereinbarte Verfahren für die Beratung ist in der vorliegenden Tagesordnung ausgedrückt.

Zu Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - und den dabei zu behandelnden Schwerpunktthemen wurde eine gesonderte Blockredezeit für jede Fraktion vereinbart. Für die sich daran anschließende Beratung der Einzelpläne sind die Gesamtrededezeit und die Rednerzahl generell nicht begrenzt. Die Einzelrededezeit jedes Redners beträgt jedoch maximal 15 Minuten.

Nach der Beratung des Einzelplans 09 werden die Haushaltsberatungen unterbrochen und morgen zu Beginn der Sitzung fortgesetzt.

Gestatten Sie mir, bevor wir in die Haushaltsberatungen eintreten, noch einen Hinweis. Der Finanzminister hat mit Drucksache 10/4970 eine Zweite Ergänzung zum Haushaltsentwurf 1990 vorgelegt. Diese Ergänzung traf erst nach der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vor der zweiten Lesung im Landtag ein, so daß sie nicht in die Beschlußfassung unseres Haushalts- und Finanzausschusses am 30. November mit aufgenommen werden konnte.

Durch den Ausfall der ursprünglich für gestern vorgesehenen Plenarsitzung hatten die Fachausschüsse und der Haushalts- und Finanzausschuß jedoch Gelegenheit, diese Zweite Ergänzung in den Ausschüssen zu beraten.

Das Beratungsergebnis liegt Ihnen mit den Drucksachen 10/4975 zum Haushaltsgesetz und 10/4976 zum Gemeindefinanzierungsgesetz vor. Beide werden in die bevorstehenden Beratungen und in die Beschlußfassung einbezogen.

Wir treten nunmehr in die Beratung ein, meine Damen und Herren. Ich rufe zunächst auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Zu diesem Einzelplan liegen Ihnen mit Drucksache 10/4902 die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses sowie mit Drucksache 10/4980 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor, der in die Beratung einbezogen wird.

Ich rufe als erstes Schwerpunktthema auf:

a) Deutschlandpolitik

Zugleich sind die übrigen Schwerpunktthemen mit aufgerufen.

(C)

(D)

(Präsident Denzer)

- (A) Das Wort hat Herr Abg. Dr. Linssen für die Fraktion der CDU.

Dr. Linssen *) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Deutschen haben Deutschland auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt. Alle sprechen über die Deutschen, alle sprechen über die deutsche Nation, alle sprechen über die deutsche Einheit. Wenn alle über und von uns sprechen, wäre es verfehlt, wenn wir nicht selber Stellung beziehen, Positionen einnehmen würden.

(Beifall bei der CDU)

Kein Thema hat die Deutschen in der jüngeren Vergangenheit so beschäftigt wie die Ereignisse vor und nach dem 9. November dieses Jahres. Der 9. November war ein großer Tag für alle Deutschen, und der 1. Januar 1990 wird wieder ein großer Tag sein: Erstmals nach 45 Jahren können Deutsche ungehindert in beide Teile ihres Vaterlandes reisen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) 45 Jahre Mauer und Stacheldraht, Grenzfestigung und Todesstreifen - sie haben dem Freiheitswillen der Deutschen nicht standhalten können. Der 1. Januar wird nach dem 9. November ein zweiter historischer Tag des großen Wiedersehens der Deutschen in Deutschland sein. Die dafür notwendige Vereinbarung haben vor zwei Tagen Minister Seiters und Ministerpräsident Modrow getroffen. Ich denke, es steht diesem Hohen Hause gut an, dieser Abmachung den Respekt, die Anerkennung nicht zu verweigern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir danken insbesondere unserem Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Trinius (SPD): Ich danke den Deutschen in der DDR!)

Aber auch zu dieser Stunde vergessen wir nicht, wer uns diese glücklichen Stunden beschert hat: Es waren unsere Landsleute in der DDR, es waren diejenigen, die im Sommer dieses Jahres dem Sozialismus davonliefen und die Freiheit wählten.

(Beifall bei der CDU)

Und es waren diejenigen, die zu Hause blieben und sich in einer beispiellos friedlichen Revolution gegen dieses menschenverachtende

- bonzokratische System auflehnten. Die einen haben die Ablehnung des Sozialismus durch Abwanderung sichtbar gemacht. Die anderen schrien sie laut heraus. Beide Gruppen verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung, ja unsere Bewunderung. Mit ihrer ganzen Existenz haben sich die Menschen gegen ein Regime gestemmt und die SED-Macht weggefegt. Wie beschämt müßten sich eigentlich diejenigen in diesem Hohen Hause vorkommen, die vor der Verhätschelung der geflohenen Landsleute glaubten warnen zu müssen!

(Beifall bei der CDU)

Die beste Antwort darauf haben unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger gegeben. Sie haben unsere Landsleute in einer nie gekanntem Welle spontaner Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft empfangen. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist stolz auf die geflohenen Landsleute, aber sie ist ebenso stolz auf diejenigen, die sie hier mit offenen Armen begrüßt haben.

(Beifall bei der CDU)

- (D) 40 Jahre Trennung, 40 Jahre Leben in unterschiedlichen Systemen! Neue Generationen sind nachgewachsen, aber das Gefühl, daß wir zusammengehören, ist nicht abgestorben. Die Deutschen in Ost und West fühlen und wissen: Sie gehören zusammen, sie sind ein Volk. Das ist die Botschaft, die in den letzten Tagen und Wochen von Leipzig, Dresden, von Schwerin und Rostock hinaus in die Welt ging. Die Bilder der großen Demonstrationen belegen es: Es ist eine friedliche Botschaft. Es ist die friedliche Botschaft für Freiheit und Einheit, für Einheit in Freiheit. Es ist eine Botschaft, die niemanden bedroht,

(Hellwig (SPD): Ein gutes Beispiel für Chile, Herr Kollege!)

weder in Ost noch in West. Ein demokratisch vereintes Deutschland ist keine Bedrohung, weder für unsere westlichen Nachbarn noch für die Nachbarn im Osten. Waren es nicht die Polen gewesen - Männer wie Lech Walesa, Geremek und andere -, die von Wiedervereinigung sprachen, zu einem Zeitpunkt, als es nach Ansicht großer Teile der Sozialdemokratie und anderer politischer Gruppen offensichtlich verpönt war, diesen Begriff in den Mund zu nehmen? Nein, die Polen wissen - und sie wissen es auch von Helmut Kohl -, daß wir, die Deutschen, mit ihnen in Frieden und Freiheit zusammenleben wollen. Sie wissen: Die Deutschen stellen keine Ge-

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) bietsansprüche, und das muß man nicht alle zwei Tage wiederholen.

(Beifall bei der CDU - Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Einmal haben Sie es gesagt!)

Wir wollen ein Europa wirklich grenzenloser Freiheit. Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seinem historischen Deutschlandplan das Verlangen der Deutschen in Ost und West aufgegriffen. Sein Plan ist der Wegweiser für einen friedlichen Prozeß zur Einheit in Freiheit.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin ganz sicher: Spätere Generationen werden, wenn sie über die Ereignisse mitten in Deutschland im Jahre 1989 sprechen, zwei Daten besonders hervorheben, nämlich den 9. November und den 28. November, den Tag, an dem Helmut Kohl als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland seine Vorschläge dem Deutschen Bundestag unterbreitet hat.

(Beifall bei der CDU)

Und, meine Damen und Herren, die Reaktion an diesem 28. November war eindeutig, sie war klar.

Alle Seiten des Deutschen Bundestages waren sich der historischen Stunde bewußt. Mit Ausnahme der Grünen stimmten alle den Vorschlägen von Helmut Kohl zu.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Aber - auch das ist bekannt - die Sozialdemokraten kippten schon nach wenigen Stunden weg.

(Nein! von der SPD)

Sie wählten das, was ihre Bundesgeschäftsführerin dieser Tage als Kurs der SPD in der Deutschlandpolitik bezeichnete: den Schlingerkurs.

(Heidtmann (SPD): Und die F.D.P.?)

Hin- und hergerissen, hin- und herdiskutierend hat die SPD in der deutschlandpolitischen Debatte alles erkennen lassen, nur keine gemeinsame Linie: mal hier, mal da, mal anderswo, meist irgendwo im Nirgendwo. Das ist der Kurs der Sozialdemokraten in der Deutschlandpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Man meint, die ganze SPD sei bei Johannes Rau in die Schule gegangen. (C)

(Schultz (SPD): Das hat er abgeschrieben!)

Bahr und Gauß wollten Wandel durch Annäherung, Norbert Gansel Wandel durch Abstand. Bahr und Gauß waren und sind gegen Wiedervereinigung, von Dohnanyi dafür. Willi Brandt war für beides: zunächst gegen, dann für Wiedervereinigung. Vogel war für einen "Runden Tisch" in der Bundesrepublik, Bahr dagegen. Lafontaine ist für zwei Staatsbürgerschaften, andere Sozialdemokraten dagegen. Die spannende Frage, die nicht nur Sozialdemokraten interessiert, ist nun: Wogegen bzw. wofür ist eigentlich Johannes Rau?

(Beifall bei der CDU)

In der DDR machten Sie, Herr Rau, eifertig Herrn Krenz Ihre Aufwartung und erklärten, Sie machten keine Vorschläge und gäben keine Ratschläge. Sie rundeten das mit dem Kalauer ab: Auch Ratschläge seien schließlich Schläge. Was haben Sie und andere Sozialdemokraten in der ganzen deutschlandpolitischen Debatte nicht schon alles an Vorschlägen gemacht und an Ratschlägen gegeben!

(Büssow (SPD): Sie sind der Kalauer hier! Keine Ahnung! - Blumenberg (SPD): Wo waren Sie denn bei Helsinki?) (D)

Das gemeinsame Papier von SPD und SED ist ein Sammelsurium von Ratschlägen und Vorschlägen.

(Blumenberg (SPD): Wo waren Sie denn bei Helsinki?)

Das Ganze begann damit, daß sich die SPD jahrelang nur mit der SED an einen Tisch setzte und die Oppositionsgruppen mit Geringschätzung strafte.

(Widerspruch von der SPD - Dr. Farthmann (SPD): Das ist dezidiert falsch, was Sie hier sagen!)

Stabilisierung der bestehenden Nachkriegsverhältnisse durch Freundlichkeit zu den Unterdrückern statt Verbrüderung mit den Unterdrückten - das war das Ziel Ihrer Politik:

(Hellwig (SPD): Auch in El Salvador, Herr Kollege?)

Machtpolitische Opportunitäten statt einer Politik mit moralischen Ansprüchen.

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) So hat es auch Freya Klier, die bekannte Theaterregisseurin, gesehen, die 1988 aus der DDR ausgebürgert wurde. Sie schreibt in ihrem "Abreißkalender" über den 7. bis 9. Mai 1987 - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

Am unbegreiflichsten ist mir die Haltung der SPD, einer Partei, der ich im Grunde nahestehe. Sie glorifiziert regelrecht die Taktik der SED, nach außen auf Frieden zu machen, um im Lande nichts verändern zu müssen. Die Situation in der DDR wird einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen.

Wenig später schreibt Freya Klier zum SED-SPD-Papier, "Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit" betitelt, unter dem 28. August 1987 - ich zitiere -:

Als gäbe es nicht schon genug Papiere, die uns die Beine wegschlagen - nun also auch noch ein SED-SPD-Papier!

(Büssow (SPD): Nun also auch noch Sie!)

Der SED-Ideologe Reinold, dieser klevere Frosch und Intimus von Kurt Hager, hat die Brüder von der SPD mal wieder gehörig über'n Tisch gezogen. Sie gehen mit unseren Machthabern um, als handle es sich um störrische Kinder, die man nur mal ein wenig streicheln muß, damit sie sich zu ihren guten Seiten bekennen.

(B)

(Mernizka (SPD): Haben Sie auch mal ein paar eigene Ideen? Eigene Ideen wollen wir hören!)

Diesen Irrtum müssen andere ausbaden, nicht Sie.

Über das SED-SPD-Papier sagt Prof. Gesine Schwan, Mitglied der SPD, ergreifend kurz und bündig - ich zitiere -:

Eine Kritik des Kommunismus wird nicht geübt.

(Aigner (SPD): Deutschlandpolitik, Herr Linssen!)

Da man in diesen Tagen in der DDR beim Aufräumen ist, da man Fehler der Vergangenheit aufarbeitet, frage ich Sie: Warum sollte das nicht auch hierzulande möglich sein? Warum eigentlich sollte die SPD ihr gemeinsames Papier mit der SED nicht aufkündigen?

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere den stellvertretenden Parteivorsitzenden Rau auf, in seiner Partei dafür zu sorgen, daß dieses gemeinsame Papier von seiten der SPD endlich aufgekündigt wird.

(C)

(Beifall bei der CDU - Mernizka (SPD): Tun Sie etwas hier im Lande! Das ist doch Schwachsinn!)

Die Menschen drüben haben längst zu erkennen gegeben, daß die gemeinsame Erklärung das Papier nicht wert ist, auf dem sie gedruckt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten es einstampfen, zu mehr taugt es ohnehin nicht mehr.

Wie war das noch mit der Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Anerkennung der "Geraer Forderungen" von Honecker? Wo wären unsere Landsleute geblieben, wenn wir Ihrem Vorschlag gefolgt wären, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen? Unseren Landsleuten in den Botschaften in Budapest und in Prag hätten wir nicht helfen können.

(Büssow (SPD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Wenn es nach der SPD gegangen wäre, wären die Bürger der DDR nicht mehr unsere Landsleute, sie wären Ausländer, potentielle Asylanten geworden.

(Zustimmung von der CDU - Widerspruch von der SPD - Büssow (SPD): Sie wissen doch gar nicht, worüber Sie reden! - Ministerpräsident Dr. Rau: Sie wissen, daß Sie die Unwahrheit sprechen!)

(D)

Offensichtlich gibt es Sozialdemokraten, die noch immer nicht von der Idee zweier Staatsbürgerschaften ablassen wollen - so Ihr stellvertretender Vorsitzender Oskar Lafontaine, der sich dieser Tage einen miesen Sozialchauvinismus sondergleichen leistet, wenn er in Stammtischmanier unsere Landsleute in der DDR - um es einmal mit meinen Worten zu sagen - von den gefüllten Sozialtöpfen der Bundesrepublik Deutschland abhalten will. Wie verkommen muß eigentlich eine der besten Traditionen der Sozialdemokratie, nämlich das Gebot der Brüderlichkeit, des Teilens, sein, wenn nicht nur er aus billigen wahltaktischen Gründen platteste

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Neidgefühl² und spießbürgerliches Besitzstandsdenken dagegen mobilisiert?

(Zustimmung von der CDU - Heidtmann (SPD): Was machen Sie denn hier? - Blumenberg (SPD): Man denke an Blüm und seine Gesundheitsreform!)

Meine Damen und Herren! Lafontaine hat sich inzwischen jedenfalls die Ehrenmitgliedschaft bei den Republikanern weiß Gott verdient.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von der SPD - Schaufuß (SPD): Eine Schweinerei ist das, Mensch!)

Was ist das für eine SPD, die jahrelang vor der Verelendung der Bundesrepublik durch die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung glaubte warnen zu müssen und jetzt unseren Landsleuten aus der DDR brüsk die Tür weisen will?

(Zustimmung bei der CDU - Champignon (SPD): Jetzt hören Sie aber langsam auf! - Rohe (SPD): Ein Schmutzfink sind Sie! - Weitere erregte Zurufe von der SPD)

- Hören Sie einmal zu! - Entweder sind wir so arm, wie uns die SPD jahrelang eingeredet hat - dann können wir unseren Landsleuten nicht helfen -, oder unser Sozialsystem ist so gut ausgebaut, wie ich glaube, daß es wirklich der Fall ist;

- (B) (Aigner (SPD): Das macht ihr noch kaputt!)

dann haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, es unseren Landsleuten aus der DDR nicht zu versperren.

(Zustimmung bei der CDU)

Uns sind unsere Landsleute, uns ist ihr Verlangen nach Freiheit, nach demokratischem Wandel, nach Schluß mit den Menschenrechtsverletzungen kein Dorn im Auge. Deshalb gab es für uns auch nie nur einen Hauch des Zweifels, daß wir an der Erfassungsstelle in Salzgitter festhalten müßten.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren, erinnern sich noch alle an die Debatte, die wir in den Sommermonaten hierüber im Landtag geführt haben. Damals erklärten Sie, Herr Rau, die Erfassungsstelle für Gewaltakte in Salzgitter für überflüssig. Minister Krumsiek sprach davon, daß Salzgitter nicht mehr ins Bild der deutsch-deutschen Beziehungen passe.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

- (C) Wie müssen diese Worte eigentlich in den Ohren unserer Landsleute drüben geklungen haben?

(Zustimmung bei der CDU)

Was müssen diese Worte auch heute noch in den Menschen auslösen, die von den Schindern drüben gequält, gefoltert und mißhandelt wurden?

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Ministers Dr. Krumsiek)

Und wie müssen sie auf diejenigen wirken, die jetzt Auskunft von der Erfassungsstelle in Salzgitter über Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes fordern? Wie Sie wissen, wollen viele oppositionelle Gruppierungen in der DDR wie das Neue Forum, Kirchenkreise in Leipzig und auch andere Bevölkerungsgruppen jetzt an die Erfassungsstelle in Salzgitter mit der Bitte herantreten, Akten über Staatsübergänge durch die DDR-Behörden zu bekommen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, meine Damen und Herren von der SPD, hätte man ab einem bestimmten Zeitpunkt vielen Organisationen, wahrscheinlich bald auch den Gerichten in der DDR nur leere Blätter in die Hand drücken können. Nichts anderes als Datenschutz für Menschenrechtsverletzer!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Mit uns niemals!

(D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 18. November erklärte Herr Rau auf dem Landesparteitag der SPD in Köln, in der DDR sei nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine ineffiziente Staats- und Wirtschaftsbürokratie. Auch wenn Sie, Herr Rau, es noch nicht gemerkt haben sollten, die Menschen in Ost und West haben es längst begriffen, und sie erwidern Ihnen: Der Sozialismus ist gescheitert, der Sozialismus ist tot.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Selbst den demokratischen Sozialismus, jene von Ihnen bevorzugte Variante sozialistischen Denkens und Handelns, hat Günter Kunert in einem lesenswerten Beitrag als - so wörtlich - "längst mumifizierte Utopie" entlarvt. Günter Kunert schreibt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

Solange der Traum vom demokratischen Sozialismus von unbeweisbaren Hypothesen

(Dr. Linssen (CDU))

(A) zehrt, werden wir gewiß noch manchem Schlafwandler begegnen.

Guten Morgen, Herr Rau!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Herr Rau, ich will Ihre Träume vom demokratischen Sozialismus nicht stören,

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das werden Sie auch nicht können!)

aber sie passen längst nicht mehr zur Wirklichkeit. Sie sind an der Wirklichkeit gescheitert.

(Dr. Farthmann (SPD): Das ist ja nur noch in Grenzen zu ertragen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Valentin Falin, der Deutschlandexperte des Kreml, hat in bemerkenswerter Aufrichtigkeit und mit überraschender Einsichtigkeit vor kurzem in einem Gespräch mit einem deutschen Besucher gesagt, was Sozialismus ist. Und dem braucht man gar nichts hinzuzufügen. Falin sagt:

Sozialismus, das ist doch immer nur Krieg gegen das eigene Volk.

Ja, so ist es! Was hat denn der Sozialismus anderes zustande gebracht als eine neue Form feudaler Bonzenwirtschaft, als die Unterdrückung der Menschen,

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

als ihre wirtschaftliche Verelendung.

(Blumenberg (SPD): So ein Schwachsinn!)

Deshalb sind die Menschen dem Sozialismus davongelaufen. Deshalb haben sie die Freiheit gewählt.

Churchill hatte recht, als er definierte:

Sozialismus ist die Philosophie des Versagens, das Credo der Ignoranz, das Glaubensbekenntnis des Neides.

(Zustimmung bei der CDU)

Und von Ihren Neidkampagnen, Herr Rau, zehrt diese Gesellschaft auch schon viele Jahre in allen Wahlkämpfen.

(Zurufe von der SPD)

(C) Zwischen uns, meine Damen und Herren, besteht sicher Einigkeit darüber, daß jetzt der DDR geholfen werden muß. Bundeskanzler Kohl hat in seinem Plan konkrete wirtschaftliche Hilfe angeboten. Er hat sie zu einem Zeitpunkt angeboten und wird auch zu einem Zeitpunkt in die DDR reisen, an dem kein Zweifel daran besteht, daß der politische Befreiungsprozeß und die Hilfe langfristig auch wirklich den Menschen zugute kommen. Übrigens auch das unterscheidet Helmut Kohl von Ihnen. Er ist weder nach Polen noch in die DDR zu Zeitpunkten gefahren, die Sie vorgeben wollten, die Sie, Herr Rau, vorschlugen. Er hätte auch nur die verkehrten Gesprächspartner angetroffen: Rakowski oder Krenz. Beide haben die Menschen in Polen und in der DDR inzwischen von der politischen Bildfläche vertrieben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Auch die Wahl der Zeitpunkte seiner Reisen zeichnet den nüchternen und klugen Staatsmann Helmut Kohl aus.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD - Ministerpräsident Dr. Rau: Lambsdorff!)

- Daß sich von Lambsdorff und seinen Bemerkungen mittlerweile auch viele in der F.D.P. abgesetzt haben, werden Sie sicherlich festgestellt haben.

Jetzt geht es um die Frage: Wie können und wie wollen wir helfen? Daß geholfen werden muß, steht außer Zweifel. Sie, Herr Rau, haben vorgeschlagen, auf die dritte Stufe der Steuerreform zu verzichten und dieses Geld für die Hilfe an die DDR zu verwenden.

(D)

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Einmal abgesehen davon, daß Sie dieses Geld inzwischen zum dritten Mal verteilen wollten,

(Zustimmung bei der CDU)

obwohl Sie ja strikt gegen diese Steuerreform waren und sind - ein Verfahren übrigens, das wir wirklich nur noch mit sozialistischen Rechenkünsten definieren können -, zeigt dieses Beispiel, wie wenig Ahnung Sie von Wirtschaftspolitik nun wirklich haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Es müßte sich doch langsam auch in sozialdemokratischen Kreisen herumgesprochen haben, daß die Steuerreform wesentliche Ursache für die anhaltend gute wirtschaftliche

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch die dritte Stufe der Steuerreform wird dazu beitragen. Selbst Finanzminister Schleißer kommt heute nicht umhin, die sprudelnden Steuerquellen zu loben. Es wäre reizvoll, seine Aussagen von heute einmal dem diffamierenden Gerede von Anfang 1988 gegenüberzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Aber, ich kann ja verstehen, wenn Sie heute daran nicht mehr erinnert werden wollen.

(Zuruf von der SPD)

Ich sage Ihnen, nichts hilft unseren Landsleuten in der DDR besser als eine wirtschaftlich florierende Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen in Zukunft wirtschaftliche Stärke, wirtschaftliche Stabilität, um daraus auch die Hilfe für unsere Landsleute in der DDR finanzieren zu können. Dazu leisten wir mit der dritten Stufe der Steuerreform eine wesentliche Voraussetzung.

- (B) Im übrigen, das sagen wir ganz deutlich, und es entspricht zunehmenden Forderungen aus der DDR selbst, geht es nicht darum, jetzt einfach mit Milliardenbeträgen ein bankrottess sozialistisches System hochzupäppeln.

(Beifall bei der CDU)

In der DDR müssen sich die Strukturen ändern, und dazu bekenne ich mich, meine Damen und Herren: Die DDR braucht marktwirtschaftlich orientierte Strukturen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das hat Ihnen ja auch der Gast Ihres Landesparteitages, Stefan Hilsberg von der SDP, sehr deutlich gesagt. Wie ich höre, hat sich die Begeisterung der Sozialdemokraten daraufhin in Grenzen gehalten.

(Büssow (SPD): Was hat Herr Wok (CDU-Ost) bei Ihnen gesagt, Sie Schlaumeier!)

Aber Tatsache ist: Die soziale Marktwirtschaft ist weltweit auf dem Vormarsch und das System der Planwirtschaft auf dem Rückzug,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(C) das die SPD nach 1945 der jungen Bundesrepublik aufbürden wollte. Manche Parteitagebeschlüsse der SPD in diesen Tagen sollte man wirklich einmal aufmerksam studieren, wie Sie wieder von Investitionslenkung, von Vergesellschaftung sprechen. Ich empfehle auch Ihnen, Herr Rau, diese Lektüre.

(Büssow (SPD): Eine NRW-Bezirksvertretung ist niveauvoller!)

Herr Farthmann, ich glaube, Sie haben recht mit Ihrer in der "Rheinischen Post" artikulierten Meinung, daß auch heute noch manche in Ihrer Partei glauben, die DDR müsse als Musterregion des Sozialismus erhalten bleiben. Die Menschen auch in der DDR haben längst erkannt, daß soziale Marktwirtschaft wie kein anderes Wirtschaftssystem persönliche Freiheit und soziale Verantwortung, Leistung und soziale Gerechtigkeit, technischen Fortschritt und ökologische Rücksicht miteinander verbindet.

(Zustimmung bei der CDU)

Auch bei den Generaldirektoren der Top-Kombinate, die im Weltmarkt stehen, ist es klar: Es gibt keine Alternative zur Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Ausrichtung. Fragen Sie einmal in diesen Tagen in der DDR herum!

(D) Unklar ist lediglich, wie der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft geschaffen werden kann, ohne polnische oder sowjetische Fehler zu wiederholen. Wir müssen Ratschläge geben, wir müssen aus unseren Erfahrungen mitteilen,

(Trinius (SPD): Wenn wir gefragt werden!)

wollen nicht bevormunden, sondern wollen im Wortsinn hilf-reich sein.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Denn, meine Damen und Herren, Wirtschaftsführer in der DDR geben der Regierung ca. drei Monate Zeit, um mit überzeugenden Konzepten zur Wirtschaftsreform aufzuwarten, andernfalls werde die Produktion landesweit einbrechen, und es werde zu Versorgungsengpässen und weiterer Abwanderung bzw. inneren Unruhen kommen. Das heißt, das Wohlstandsgefälle zwischen der DDR und der Bundesrepublik muß schnellstmöglich abgebaut werden, sonst werden Hunderttausende von Landsleuten nicht in der DDR bleiben, sondern in die Bundesrepublik überwechseln.

(Zustimmung bei der CDU - Büssow (SPD): Das meinte der Lafontaine, Sie Schlaumeier!)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Die Schlußfolgerung ist klar: Wer sich nicht mit guten Ratschlägen einmischt, der provoziert eine Entwicklung, die wir alle nicht wünschen.

Und noch eins wird bei Gesprächen in der DDR deutlich: Der akute Mangel an qualifizierten verantwortungsbereiten Führungskräften und Unternehmern stellt die größte Einschränkung für den Umstrukturierungsprozeß dar.

Ich möchte heute folgende Anregungen geben und nächste Schritte sowie mögliche Beiträge der Wirtschaft aufzeigen. Zunächst sollte ein kurzfristiges Soforthilfeprogramm zur Sicherung der Zulieferungen in die DDR bedacht werden. Vielleicht wird es nötig sein, daß wir bei einem strengen Winter von unseren Kohlehalden Teilmengen in die DDR liefern, wenn es zu Energieengpässen kommt. Innerhalb der nächsten sechs Monate müßten bilaterale Expertenteams ein Programm zur Überleitung der Wirtschafts- und Sozialordnung erarbeiten. Eckpunkte sollten dabei sein:

1. Ausbau des unternehmerischen Mittelstandes in der DDR.
2. Vermarktung der devisabringenden DDR-Kapazitäten, z. B. im Tourismus, bei Messen, bei Tagungen und Seminaren.

(Trinius (SPD): Das steht alles in der Regierungserklärung von Johannes Rau!)

- (B) 3. Wechselseitiger Bildungsaustausch. Ökonomiestudenten aus der DDR sollten in der Bundesrepublik Semester verbringen und umgekehrt.

(Zuruf von der SPD)

Managementschulungen müßten auf staatlicher und auf privater Basis organisiert werden.

(Büssow (SPD): Das kennen wir alles!)

4. Es muß zu Eigentums Garantien in der DDR kommen, damit private unternehmerische Investitionen aus der Bundesrepublik in der DDR möglich werden.

(Büssow (SPD): Jetzt kommen die Diktatverträge!)

Nur darüber, meine Damen und Herren, nicht so sehr über öffentliche Hilfe, wird der Gesundungsprozeß in der DDR vorangetrieben werden können.

5. Bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen müßte es zu marshallplanartigen Projektdefinitionen und Finanzierungen kommen. (C)

(Büssow (SPD): Welche Voraussetzungen?)

So wäre langfristig die Überholung der DDR-Infrastruktur, insbesondere die Verbesserung der Umweltbedingungen möglich.

(Büssow (SPD): Hätten Sie da mal den Biedenkopf gehört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Verlangen nach Einheit, das Verlangen nach Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR kann niemand überhören oder gar übersehen. Nur wer in den letzten Tagen und Wochen auf einer einsamen Insel gesessen hat, mag nichts davon mitbekommen haben.

(Büssow (SPD): Wo haben Sie denn gesessen?)

Die Forderung nach der Einheit Deutschlands, die täglich aus der DDR herüberkommt, fordert von uns eine klare Antwort, eine klare Position.

(Beifall bei der CDU)

Unser Landesvorsitzender, Norbert Blüm, hat sich von Ihnen, der SPD, Vorwürfe gefallen lassen müssen,

(Zurufe von der SPD) (D)

weil er sich unmißverständlich für die Wiedervereinigung Deutschlands, für die Einheit Deutschlands ausgesprochen hat. Und dann lese ich dieser Tage, daß Johannes Rau ein klares Bekenntnis seiner Partei zur deutschen Einheit vermißt. Ja, wann, Herr Rau, haben Sie persönlich denn dieses klare Bekenntnis abgelegt?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ständig!)

Gelegenheiten dazu hätte es genug gegeben, auch in streitiger Auseinandersetzung mit der eigenen Partei, so zum Beispiel auf dem Parteitag des SPD-Bezirks Niederrhein. Da wurde aus ideologischen Gründen der Begriff der Wiedervereinigung aus einem Antrag zur Deutschlandpolitik gestrichen. Und Sie saßen dabei und schwiegen!

(Ministerpräsident Dr. Rau: Weil der Begriff auch falsch ist!)

- Nein! Darüber können wir nachher sehr gern diskutieren. Mir fällt dazu nur der Satz

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) von Corbatschow ein: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben."

(Zustimmung bei der CDU)

Nicht späte Erkenntnis über die Fehler Ihrer Partei, sondern das rechtzeitige und frühe Bekenntnis zur deutschen Einheit wäre von Ihnen gefordert gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die Union, haben uns immer in diesen Schicksalstagen und -wochen die Gemeinsamkeit der Demokraten in der Deutschlandpolitik gewünscht. Die Union bleibt auch weiter für solche Gemeinsamkeiten offen.

(Zuruf von der SPD: Das merken wir!
- Weitere Zurufe von der SPD)

Aber das ist nur möglich, wenn die Sozialdemokraten ihre Position in der Deutschlandpolitik endlich klären und mit einer Stimme sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Sozialdemokraten daher auf, die eigene Unentschlossenheit zu überwinden und sich klar und deutlich für die Einheit Deutschlands auszusprechen, sich insbesondere klar zur einheitlichen Staatsbürgerschaft zu bekennen und anderslautende Äußerungen führender Sozialdemokraten, vor allem Lafontaines, öffentlich zu korrigieren,

- (B) (Erneut Beifall bei der CDU)

sich mit den Menschen in der DDR und uns für einen grundlegenden Neuanfang auf der Basis einer freien und sozialen Marktwirtschaft einzusetzen, sich für schnelle und freie Wahlen in der DDR auszusprechen, damit die von Bundeskanzler Kohl in seinem 10-Punkte-Programm vorgeschlagenen Regierungskommissionen möglichst bald gebildet werden können.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Die habe ich hier vorgetragen!)

Und wir fordern Sie auf, sich selbst und anderen endlich einzugestehen, daß Ihre Deutschlandpolitik mit der Anbiederung an die SED gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Gemeinsamkeiten in der Deutschlandpolitik. Wir stehen immer für gemeinsames Handeln ein und sind auch dazu bereit.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Es wäre gut, wenn die Politik nachvollzieht, was die Menschen durch ihr Verhalten und Verlangen längst bekundet haben, nämlich ihren Willen zu Einigkeit und Recht und Freiheit. (C)

(Anhaltender Beifall bei der CDU
- Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.
- Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Büssow das Wort.

Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sollte wohl die vorweggenommene dritte Lesung sein. Hier hat sich jemand vorgestellt, der seiner Fraktion schon einmal zeigen wollte, daß er der künftige Fraktionsvorsitzende sein könnte.

(Lachen bei der CDU)

- Sie haben doch nicht zum Einzelplan 02 gesprochen. Regen Sie sich doch nicht so auf! Es ist doch so; das steht doch in allen Zeitungen. Man sah doch die Anstrengung, die Sie hier aufbringen mußten, um langen Applaus für eine so dünne Rede, wie Herr Linssen sie gehalten hat, zu dokumentieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Robert Leicht hat am 1. Dezember in der "Zeit" zu unserem Thema geschrieben: "Geschichtliche Prozesse zeichnen sich dadurch aus, daß alle Beteiligten überwältigt werden." Bei der Rede von Herrn Linssen habe ich den Eindruck gehabt: auch überfordert sind. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Die Feststellung Robert Leichts trifft sowohl auf die Bundesrepublik als auch auf die DDR zu. Was wir jetzt dringend brauchen, sind Beurteilungsmaßstäbe, an denen unser innenpolitisches und außenpolitisches Handeln gemessen werden muß.

(Zuruf von der CDU: Die haben wir doch!)

- Darauf komme ich zurück, ob Sie diese haben. Das wollen wir einmal sehen.

An erster Stelle der Deutschland- und Europapolitik der Bundesrepublik muß glaubhaft gemacht werden, daß die deutsche Politik

(Büssow (SPD))

- (A) den Frieden in Europa nie mehr gefährden wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Eine solche Handlungsmaxime deutscher Politik gründet sich auf die Erkenntnis, wie sie einst von Willy Brandt formuliert wurde: "Ohne Frieden ist alles andere nichts."

(Zuruf von der CDU: Aber ohne Freiheit auch!)

Das war ja der Erfolg der Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung von 1968 bis 1982, die in den Grundzügen von der jetzigen Bundesregierung fortgeführt wurde. Die Anerkennung der Grenzen in Europa - Herr Goldmann, hören Sie einmal gut zu - ist Folge der Niederschlagung des Hitler-Faschismus. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hat in seiner Regierungserklärung vom 15. November 1989 vor dem Landtag deutlich gemacht, worum es geht. Kein Wort davon von Ihnen, Herr Linssen! Wir brauchen keine Grenzdiskussion, weil wir nicht zum alten Nationalstaat Bismarckscher Prägung zurückwollen. Das bedeutet aber nicht, daß wir auf die Zusammengehörigkeit der Deutschen verzichten.

"Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß die deutsche Frage ihre Antwort findet innerhalb einer europäischen Friedensordnung. Es gibt nur eine europäische Antwort auf die deutsche Frage." Dem stimmt die

(B)

SPD-Fraktion voll zu.

(Zustimmung bei der SPD)

Das gesamte Vertragswerk der Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung unter den sozialdemokratischen Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt und unter den freidemokratischen Außenministern Scheel und Genscher hat durch die Anerkennung der Grenzen in Mitteleuropa die Bundesrepublik Deutschland zu einem geachteten Partner, von dem Frieden ausgeht, in der Weltpolitik gemacht.

(Erneut Zustimmung bei der SPD)

Der Schlüssel für ein Zusammenwachsen von West- und Osteuropa - und das nehmen Sie hier bitte einmal zur Kenntnis - liegt in der Anerkennung der polnischen Westgrenzen,

(Erneut Zustimmung bei der SPD)

wie es der Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, in seinem Schreiben zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns an den

polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski (C) ausgedrückt hat.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

Ich darf zitieren:

Mein Land hat verbindlich zugesagt,

- so der Bundespräsident -

jetzt und in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche gegen Polen zu erheben.

Ich frage Sie von der Opposition: Warum ist dieser Satz nicht der 11. Punkt der Erklärung des Bundeskanzlers vom 28. November 1989 geworden?

(Beifall bei der SPD - Dr. Farthmann (SPD): So ist es! - Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Das tut Ihnen weh, das ist mir alles klar. Ich komme auf Sie noch zu sprechen.

(Dr. Pohl (CDU): Es gab doch eine gemeinsame EntschlieÙung!)

Die jüngsten Reaktionen von den Regierungen der UdSSR und auch unserer europäischen Nachbarn zum 10-Punkte-Vorschlag des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989 zeigen, daß das Sicherheitsinteresse der Europäer bei allen künftigen Schritten der Deutschlandpolitik handlungsbestimmend sein muß. (D)

Gorbatschow äußerte vor der internationalen Presse in Rom vor dem Gipfel am vergangenen Donnerstag, daß er einen 11. Punkt vermisste, nämlich die Anerkennung der Westgrenze Polens.

Die Tschechoslowakei - selbst Opfer des Hitlerfaschismus - sieht gar eine Gefährdung der Entspannungspolitik. Aber auch der dänische Ministerpräsident Schlüter hält eine deutsche Wiedervereinigung für nicht wünschenswert.

Diese Irritationen hätten vermieden werden können, wenn sich der Bundeskanzler mit unseren europäischen Nachbarn abgestimmt hätte.

Viel schlimmer: Er hat sich noch nicht einmal mit seinem Koalitionspartner abgestimmt.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

Das letzte Wochenende hat es deutlich gemacht: In der Deutschlandpolitik ist die

(Büssow (SPD))

- (A) Koalition in sich zerrissen. Die Union muß aufpassen, daß in der Bundesrepublik sowie in ganz Europa nicht der Eindruck aufgebaut wird, daß die CDU-Kabinettsmitglieder die Deutschlandpolitik wahltaktischen Erwägungen unterordnen.

(Zustimmung bei der SPD
- Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

Die friedliche Revolution der Bevölkerung der DDR, aber auch die Freiheitsbewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wurden nur möglich - das muß man wohl heute feststellen -, weil eine Reformgruppe um Michail Gorbatschow in der UdSSR diesen Prozeß zugelassen, eröffnet und ermuntert hat.

Die Politik der Bundesregierung muß deshalb auch daran gemessen werden, ob sie den Reformkurs Michail Gorbatschows stabilisiert und damit ein Zusammenwachsen Europas möglich wird oder ob die Politik Gorbatschows durch kurzatmige und auch nationalistische Maulfechtereien in Europa - insbesondere in der Bundesrepublik - gefährdet wird.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

Bereits am 6. Oktober 1989 schrieb Robert Leicht - ich darf zitieren - in der "Zeit" - als Tausende von Flüchtlingen über Warschau, Prag und Budapest dem SED-Regime ihre Kündigung zusandten -:

- (B) Wenn die Maulhelden und Illusionisten in der Union aus der deutschen Frage wirklich einen Wahlschlag machen, treiben sie nicht nur Schindluder mit dem Schicksal unserer Landsleute, die sie so lauthals beschwören, so zerschlagen sie auch die Grundlagen der bis dahin noch leidlich gemeinsam getragenen Deutschlandpolitik.

Ich will dazu noch einfügen: Es gab ja ein Treffen des Generalsekretärs der CDU, Herrn Rühle, mit Herrn de Maizière, dem Vorsitzenden der Ost-CDU in der DDR. Der Stern hat ja diese Woche davon berichtet, was Herr de Maizière zu dieser Art Treffen gesagt hatte.

Er sagte nämlich: "Es ist keine Situation, wenn die einen immer nur Lehrer und die anderen nur Schüler sein sollen." - "Dieses Treffen endete eiskalt", schreibt der Stern.

Meine Damen und Herren! Der zweite Leitgedanke unserer Politik muß die Unterstützung der Freiheitsbewegungen in Osteuropa sein. Wir haben den freien Willen der Bevölkerung in der DDR, ihren eigenen Weg zu gehen, zu

achten und zu unterstützen. Die Rede ist vom Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR, ob die DDR nun den Weg eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz findet und geht, wie es Alexander Dubcek auf dem Wenzelsplatz für die Tschechoslowakei gefordert hat oder Wolf Biermann in der Nacht zum 1. Dezember 1989 in der Messehalle in Leipzig oder wie es unter anderem Christa Wolf, Stefan Heym und Konrad Weiß in ihrem Aufruf "Für unser Land" taten. Ihre Gesprächspartner von der Blockpartei CDU haben sich in der Vergangenheit übrigens nicht als Oppositionsgruppen hervorgetan; das will ich Ihnen nur einmal sagen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Der Herr Wok (CDU-Ost), der bei Ihnen auf dem Parteitag von einer Nation gesprochen hat, wozu Sie frenetischen Beifall gesendet haben - das haben wir im Fernsehen alles sehen dürfen -, hat in einem Nachsatz, den Sie peinlich überhört haben, von zwei deutschen Staaten geredet. Die Welt ist komplizierter, als Sie hier in schlichten Reden darlegen wollen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

Daß mit diesem Aufruf "Für unser Land!" - ich sage es noch einmal - Christa Wolf, Stefan Heym und Konrad Weiß, die in ihrer moralischen Integrität über jeden Zweifel - ich denke auch bei Ihnen - erhaben sind, gefordert haben, daß aus der DDR eine solidarische Gesellschaft wird, das, meine Damen und Herren von der CDU, ist allein Sache der Menschen in der DDR.

Dagegen sind die lauthals herausgekrähten Sprüche eines Norbert Blüm auf dem Landesparteitag der CDU am 25. November 1989: "Ich will wiedervereinigt werden! - Ich will die Wiedervereinigung!" nichts anderes als ein "rüdes Wahlkampfsignal", wie es Karl Christian Kaiser in der "Zeit" vom 1. Dezember dieses Jahres qualifizierte. Kaiser führte zu dieser Aussage Blüms fort:

Von den komplizierten internationalen und nationalen ökonomischen und sozialen Fragen, die die Entwicklung in der DDR aufwirft, sind all diese Parolen meilenweit entfernt.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

Aber sie zeigen, von welcher demagogischen Verzerrungen und politischen Zerreißen die Bundesrepublik beim Dauer-

(C)

(D)

(Büssow (SPD))

- (A) feldzug *um Stimmen im nächsten Jahr womöglich steht.

Dazu tragen Sie auch Ihr Scherflein bei; das kann man wohl sagen.

In welche Richtung der Demokratisierungsprozeß in der DDR gehen wird, werden wir wohl erst nach den ersten freien Wahlen in der DDR genau erfahren.

Eine so friedliche und demokratische Revolution, wie sie sich in der DDR jetzt abspielt, hat auf deutschem Boden zuvor noch nie stattgefunden. Sie haben einen Anspruch darauf, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

(Beifall bei der SPD)

Undementierte Äußerungen aus der CSU und der CDU - Sie haben das in Ihrer Rede übrigens auch schön eingebaut; vielleicht haben es einige der Zuhörer überhört, aber ich darf mir erlauben, es hier noch einmal herauszustreichen -, Hilfen der Bundesrepublik Deutschland für die Menschen in der DDR ordnungspolitisch mit der Einführung der Marktwirtschaft und mit der Kapitalisierung der DDR als Vorbedingung zu formulieren und zu konditionieren, sind nicht nur kleinkrämerisch; sie sind angesichts der Situation auch erbärmlich.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Solche Reden kommen nicht nur aus dem CDU-Wirtschaftsrat. Wir haben es am 19. Oktober 1989 gelesen. Der CSU-Vorsitzende Waigel - das ist das, was die Herren jetzt beschäftigt -, rief den Fürther Ludwig Erhard als Sieger über den Trierer Karl Marx aus.

Der CDU-Generalsekretär Rühle sagte - vielleicht können Sie darauf gleich eingehen - am 16. November vor dem Deutschen Bundestag:

Wer nun glaubt, er könne den real existierenden Sozialismus in Richtung eines demokratischen Sozialismus reformieren, begeht schon den nächsten Irrtum. Nur wenn sich die DDR grundlegend vom Sozialismus verabschiedet, gibt es die Chance für einen völligen Neubeginn.

(Unruhe und Klatschen bei der CDU)

- Jetzt klatschen Sie nicht auch noch! Was ist das denn, was Sie verlangen? Sie verlangen

den Kotau der Menschen in der DDR vor Ihrer eigenen Weltanschauung. (C)

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe und Zurufe bei der CDU)

Das ist die Sprache von Besatzern.

(Erneut Zustimmung bei der SPD - Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Norbert Blüm hat sich übrigens in diesem Kontext noch mit den Amerikanern verglichen. Können Sie sich erinnern, als er das sagte? Die CDU wolle für die DDR wie die Amerikaner sein! Für solche Äußerungen gibt es eine Mithaftung bei Ihnen, beim Vorsitzenden der CDU, beim Bundeskanzler dieser Republik.

(Zurufe von der CDU)

- Das hat etwas mit Befreiung zu tun; das ist mir schon klar. Nur die Amerikaner haben den Faschismus niedergeschlagen. Das ganze von Ihrem Vorsitzenden gezeichnete Bild hat nicht gestimmt; das ganze Bild hat von vorne bis hinten nicht gestimmt, wie die Bilder von Blüm überhaupt nicht stimmen.

Es hat übrigens noch nichts mit Nationalismus zu tun - auch das will ich Ihnen einmal sagen, Herr Linssen -, wenn die Menschen in der DDR in Freiheit und sozialer Wohlfahrt leben wollen. Die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens schließt gleichzeitig die politische Selbstbestimmung und das Recht ein, eine Gesellschaftsordnung zu entwickeln und aufzubauen, die der Bundesrepublik nähersteht - also ein Modell der sozialen Marktwirtschaft, wie wir es noch nicht ganz verwirklicht haben -, oder - wie ich es in Gesprächen mit Oppositionsgruppen aus der DDR gehört habe - ein Gesellschaftsmodell, wie es in fünfzig Jahren von der schwedischen Sozialdemokratie aufgebaut wurde. Andererseits aber hat das Volk der DDR nicht für die unerfüllten Visionen eines Teils der Linken in der Bundesrepublik herzuhalten. Mit dieser Ansicht bin ich ganz nahe bei der meines Fraktionsvorsitzenden: Ich sehe die Sache genauso wie er. Die Revolution findet nicht statt, damit sich Teile der Rechten, aber auch Teile der Linken hierzulande jeweils auf ihre unerfüllten Wünsche und Modelle berufen können, weil sie sie in der Bundesrepublik noch nicht haben verwirklichen können. Das Volk der DDR hat vor der Geschichte und ganz konkret das Recht, über seine Zukunft selbst zu bestimmen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

(Büssow (SPD))

- (A) Im Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR ist der Satz Willy Brandts vor dem Schöneberger Rathaus vom 10. November 1989 aufgehoben: "Es wächst zusammen, was zusammengehört."

Ich habe übrigens den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, als er sagte, Ratschläge könnten auch Schläge sein,

(Zurufe von der CDU: Ein schlimmer Kalauer!)

- denken Sie doch erst einmal nach - so verstanden, daß er nicht meinte, wir Sozialdemokraten wollten nicht mit Rat und Tat der Bevölkerung der DDR auf ihrem künftigen Weg zur Seite stehen. Gemeint war vielmehr, daß wir unsere Hilfen nicht ordnungspolitisch konditionieren.

(Frau Abg. Thoben (CDU): Das können Sie auch nicht!)

In welcher Weise die Bundesrepublik ein Wahlkampfthema wird, wird sich noch herausstellen. Die großartige und allgemein durchgesetzte Idee des demokratischen Sozialismus ist, daß im Mittelpunkt einer freiheitlich demokratischen Politik die Wohlfahrt aller Menschen steht und nicht eine kleine Gruppe von Menschen, die ihren Wohlstand auf das Eigentum von Kapital gründen. Diese Idee wird weltweit von vielen Millionen Menschen getragen: in Lateinamerika, in Afrika, in Asien, in Spanien, in Frankreich und wohl bald auch in Großbritannien, wenn wir es richtig einschätzen, daß die Thatcher-Regierung bald in die Opposition geraten wird. Und der Bundeskanzler dieser Republik, ein Christdemokrat, schmückt sich auf internationalen und bilateralen Pressekonferenzen mit dem Sozialisten Mitterand, wenn ich es richtig sehe. Den Satz, den Sie hier zitiert haben, würde er wohl auch nicht gegenüber dem Staatspräsidenten der Französischen Republik äußern.

(B)

Diese großartige Idee, nach der die Menschen Subjekte ihrer eigenen Geschichte sind, ist auch nicht durch Sprüche eines Norbert Blüm zu denunzieren.

(Zustimmung bei der SPD)

"Marx ist tot, Jesus lebt, und Norbert Blüm redet!" war die Antwort von Johannes Rau auf unserem Parteitag auf eine nur stichelnde Geschwätzigkeit des CDU-Vorsitzenden.

Bereits im Kommunalwahlkampf im Herbst dieses Jahres versuchte die CDU, ihr eigenes

Süppchen am Bildrand der großen historischen Umwälzungen in Osteuropa zu kochen. Die billige Begriffsmanipulation im Kommunalwahlkampf von Nordrhein-Westfalen, dem Sozialismus liefen die Wähler weg, entsprang exakt dem gleichen Geist wie jenes CDU-Plakat in den 50er Jahren, daß alle Wege des Sozialismus ins stalinistische Moskau führen würden. Gemeint war ein Schlag gegen die SPD. Und so arbeiten Sie heute weiter.

(C)

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Die alten Slogans, die einige von Ihnen immer wieder hervorkramen, sind politisch jedoch ebenso abgegriffen, wie sie historisch verbraucht sind, genau wie Ihre Politik - lassen Sie von der Union sich das gesagt sein! Die SPD fürchtet nicht die deutschlandpolitische Debatte. Im Gegenteil: Wir reden mit den Bürgerinnen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen darüber, wie wir die Menschen in Deutschland einander näherbringen können. Ein Anfang ist bereits mit der Ergänzungsvorlage der Landesregierung für den Haushalt 1990 für DDR-Hilfen gemacht worden. Im Haushalt des Ministerpräsidenten werden vorerst 20 Millionen DM als Soforthilfe zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurde ein Bürgerschaftsrahmen in Höhe von 1 Milliarde DM zur Risikoabsicherung für nordrhein-westfälische Unternehmen, die Anlagen in der DDR bauen, beschlossen.

Natürlich fällt auf, daß Sie, Herr Generalsekretär, kein landesspezifisches Thema ansprechen wollten. Aber aus der Umweltpolitik haben Sie sich schon in der letzten Periode bereits verabschiedet.

(D)

Lassen Sie mich zur Deutschlandpolitik noch eine Bemerkung machen. Wir sehen es so: Deutschlandpolitik ist heute praktisch vor allem auch Ländersache geworden. In der heutigen Lage sind nämlich die Direktkontakte zwischen Bundesländern und Bezirken, zwischen Städten Ost und Städten West und zwischen den Hunderten von Gemeinden unerlässlich. Die heutige Lage erfordert ein funktionierendes Netzwerk menschlicher Kontakte und Hilfsleistungen.

Das neue Gleichgewicht der globalen Ost-West-Annäherung muß von unten, von den Menschen, von uns selbst mit Leben erfüllt und damit gesichert werden. Angesichts der Versorgungslage in der DDR wird der kommende Winter zur Bewährungsprobe - gerade auf dieser Ebene.

Und eines möchte ich aus der Sicht meiner und vielleicht auch der noch jüngeren Generation ausdrücklich hinzufügen: Trag-

(Büssow (SPD))

- (A) fähige Antworten auf die weitere Entwicklung der Deutschlandpolitik kann ich mir nur im Zusammenhang einer sicheren europäischen Zukunft vorstellen. Meine Generation hält das Problem der nationalen Grenzen ohnedies übrigens für überwunden.

Europa wird in eine neue Qualität hineinwachsen müssen. Lösungen für große Probleme im Bereich der Umwelt und der Wirtschaft werden nur noch nationenübergreifend zu finden sein. Es bilden sich neue Zusammenhänge in Großregionen. Keiner der großen europäischen Flüsse kann im 21. Jahrhundert wieder reines Wasser führen, wenn es kein Europa dieser neuen Regionen gibt.

Es ist deshalb notwendig, die regionale Politik weiter voranzubringen. Und das schließt an unsere europapolitischen Debatten an, die wir auch hier im Hause geführt haben. Ein Europa der Regionen ist die Zukunft für Europa. In diesem Europa werden heutige Fragen zu Deutschland in der neuen Qualität der Politik europäischer Regionen aufgehen.

Meine Damen und Herren, der Wahlkampf des Norbert Blüm ist an sich eine Non-Kandidatur. Lassen Sie mich dazu etwas hier sagen. Sie greifen ja die Politik der Landesregierung an. Ich darf mich mit Ihnen als Alternative auseinandersetzen.

(Zuruf von der CDU)

- (B) - Eine Non-Kandidatur, eine Nicht-Kandidatur, verehrter Kollege.

Blüm will ja gar nicht nach Nordrhein-Westfalen. Die fünf Persönlichkeiten, die er in die Spitzenmannschaft aufgenommen hat, müssen das Schicksal erleiden, im Düsseldorfer Landtag und in der Opposition zu sitzen.

(Zuruf von der CDU: Abwarten!)

Er selbst möchte Minister in Bonn bleiben. Herr Linssen bereitet sich auf den Vorsitz der CDU-Fraktion vor. Frau Thoben, aus verständlichen Gründen, nimmt einen Berufswechsel vor. Und Herrn Doppmeier zieht es nach Bonn. Er ist schon gar nicht mehr hier. Er strebt den Weg ins Bonner Bundeshaus an.

Die Signale aus der Union sind eindeutig. Sie öden sich selbst an und erwarten, daß die Wähler Ihnen folgen.

Zu Norbert Blüm fällt mir übrigens noch eine andere Geschichte ein. Wenn er sagt, daß von

Jesus noch in tausend Jahren gesprochen wird und von Karl Marx vielleicht nur noch in hundert Jahren, so scheint mir doch heute klar zu sein, daß nach dem 13. Mai 1990 in Nordrhein-Westfalen keiner mehr von Norbert Blüm reden wird. (C)

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Und darüber, Herr Schauerte, sind nicht nur CDU-Mitglieder und dann frühere Parlamentarier erleichtert, sondern sehr wahrscheinlich auch eine ganze Menge von anderen Leuten.

Bei aller Spontanität und Vorläufigkeit in den Aussagen von sozialdemokratischen Politikern zur Deutschlandpolitik ist ihnen, weil Sie vorhin die SPD-Äußerung angesprochen haben, aber eines gemeinsam: Für diese wunderbare, diese historische Chance, die sich den Deutschen aus der Bundesrepublik und der DDR eröffnet, ist Voraussetzung, daß der Friede in Europa stabil bleibt.

Deswegen kann ich Graf Lambsdorff - es ist ja ungewöhnlich, daß ich es hier tue, nach dem Wochenende muß man es tun - bei dem zustimmen, was er in Celle auf dem Kleinen Parteitag gesagt hat. Ich darf zitieren:

Eine CDU-Alleinregierung hätte bis heute bei der Überwindung der Teilung keinen Schritt vorangebracht. (D)

(Beifall bei der SPD und F.D.P.)

Die Union hat immer wieder die Ostpolitik abgelehnt, die Entspannung und die Abrüstung blockiert. Wer die Grenzfrage erst verbindlich lösen wolle - so Lambsdorff -, wenn beide Teile Deutschlands zusammengekommen seien - jetzt Originalzitat -, "sorgt dafür, daß sie nie zusammenkommen".

(Beifall bei der SPD und F.D.P.)

Der Vorsitzende der F.D.P. vermißte den elften Punkt bei der Zehn-Punkte-Erklärung. Wir können ihm nur zustimmen.

Das Zusammenwachsen der Deutschen muß außenpolitisch, vor allem militärpolitisch und vertragspolitisch begleitet werden durch den Abbau der Militärpotentiale in Mitteleuropa. Im übrigen ist da in Europa schon viel vorge-dacht worden: entmilitarisierte Zonen, Rapacki-Plan, Palme-Plan. Es ist nicht so, daß für Europa diese Fragestellung und diese Ideen alle neu erfunden werden müßten. Aber

(Büssow (SPD))

- (A) wir müssen sie jetzt wiederbeleben, wir müssen sie aufgreifen und müssen überlegen, in welchem neuen zeitlichen Kontext sie mit Leben erfüllt werden können.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir hoffen sehr, daß die MBFR-Verhandlungen in Wien den Weg zu solchen Perspektiven eröffnen. Leider hat die Bundesregierung auf ein Signal verzichtet und den Vorschlag der SPD abgelehnt, den Militärhaushalt um 3 Milliarden DM zu kürzen und sich vom Projekt des "Jäger 90" zu trennen.

Sehr vieldeutig und undeutlich sind die Aussagen der Bundesregierung - offensichtlich steht sie hier unter dem Einfluß von Funktionären der Vertriebenenverbände - zur Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze auch nach einem Friedensvertrag. Glauben Sie doch nicht, meine Damen und Herren, daß die deutsche Sozialdemokratie sich vor einen Zusammenwachsen mit der DDR fürchten müßte. Das klingt hier ein bißchen an, daß wir nicht genau wüßten, in welche Richtung wir wollten.

Sie haben doch in der "Wirtschaftswoche" - es ist ein bißchen profan, aber ich will es trotzdem einmal sagen - vom 24. November 1989 gelesen, was die "Forschungsgruppe Wahlen" zum politischen Verhalten der Deutschen im Hinblick auf das derzeitige Parteienspektrum prognostiziert hatte: Zwar sprechen sich bei uns die Unionswähler stärker für eine Wiedervereinigung aus als andere Wähler, doch würde sich bei einer gesamtdeutschen Abstimmung das überproportionale Linkspotential der DDR bemerkbar machen und zu einem strukturellen Übergewicht der Linken in einem wiedervereinigten Deutschland führen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Es ist doch nur ein Zitat. Seien Sie ganz ruhig, ich will Sie gar nicht aufregen. Wenn Sie sich aufregen, hat es wahrscheinlich einen Grund. Es ist aber nur ein Zitat der "Forschungsgruppe Wahlen".

Es geht weiter: Dieser Prognose liegt nach der "Forschungsgruppe Wahlen" die Erkenntnis zugrunde, daß es immer noch eine langfristig sozialstrukturell begründete Stabilität im Wählerverhalten gibt. Sie hat in der Bundesrepublik bisher zu einem leichten Übergewicht des bürgerlichen Blocks geführt, während in der DDR wegen der Dominanz einer vorwiegend evangelischen Arbeiterschaft linke Sympathien überwiegen.

Und das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen: Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg waren die Hochburgen der Sozialdemokratie im Deutschland der Weimarer Republik. Darüber - schreibt "Die Zeit" - hat der Bundeskanzler Helmut Kohl wohl noch nicht nachdenken lassen.

Der Bundeskanzler hat letzte Woche in seiner 10-Punkte-Erklärung vor dem Deutschen Bundestag unter Bezugnahme auf den Begriff der "Vertragsgemeinschaft" von Hans Modrow vorgeschlagen, konföderale Strukturen zwischen beiden Staaten zu entwickeln. Dabei sei das Ziel die Föderation.

Wir verstehen unter einer "Konföderation" einen Staatenbund und unter "Föderation" einen Bundesstaat. Den Gedanken der Konföderation - und da hat Herr Linssen bei seiner Rede selbst nicht aufgepaßt - hat im Frühsommer übrigens zum erstenmal Richard von Weizsäcker in die Diskussion gebracht; der war nicht neu. Auch Hans Jochen Vogel von der SPD hat ihn vorher gebraucht.

Der Bochumer Staats- und Völkerrechtler Professor Knut Ipsen bewertet Punkt 5 der Kanzlererklärung in der "Westfälischen Rundschau" so:

"Konföderative Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten als erste Schritte zu einer Vereinigung" bedeutet, daß die Bundesregierung davon ausgeht, daß die DDR ein souveräner Staat ist.

Hat der Bundeskanzler seinen Vorschlag, so wird hier gefragt, wirklich zu Ende gedacht? Dem Gedanken der Konföderation liegt die Eigenstaatlichkeit der beteiligten Staaten zugrunde. Damit ist die Bundesregierung übrigens gar nicht weit von der Forderung nach Zweistaatlichkeit, wie sie in diesen Tagen auch immer wieder erhoben wird, entfernt.

Es stünde uns gut an, so meine ich, mit einem Schuß angelsächsischen Pragmatismus auf ein allzu deutsches "Entweder - Oder" zu verzichten, wobei das rigide "Oder" den Deutschen immer Unglück gebracht hat. Die Antwort auf die deutsche Frage, meine Damen und Herren, liegt in Europa.

Die Opposition, an der Spitze die CDU, ist argumentativ und personell ausgezehrt. Den besten Kopf, den sie hatte, Professor Biedenkopf, hat sie nach Bonn abgeschoben. Die Führungsspitze der CDU konnte die argumentative Lücke, die dadurch entstanden ist, nicht schließen. Das ist eine nüchterne Feststellung, mehr nicht. Aus den eigenen

(C)

(D)

(Büssow (SPD))

- (A) Reihen könnte sie nicht einmal einen Spitzenkandidaten bestimmen. In die Bresche springen muß der amtierende Bundesarbeitsminister.

Innenpolitisch und deutschlandpolitisch ist Nordrhein-Westfalen derzeit ein Gegengewicht, ein Relationsgewicht zu den Bonner Verhältnissen. Der Regierungsauftrag wird von den Wählern erteilt. Sie wissen, daß Nordrhein-Westfalen einen Strukturwandel erlebt, der die Gefahr von Verwerfungen in sich birgt. Sie wissen aber auch, daß unsere Arbeitnehmer und Arbeitgeber hochmotiviert sind. Das hat uns in Nordrhein-Westfalen geholfen, aus eigener Kraft große Erfolge zu erzielen. Die Politik der Landesregierung hat das Ihre dazu beigetragen. Sie kann sich durchaus sehen lassen.

Wir haben nicht die Selbstgefälligkeit der Konservativen; aber wir sind stolz und dankbar, daß wir in einem so großen Bundesland wie Nordrhein-Westfalen für 17 Millionen Menschen Verantwortung tragen dürfen. Das wollen wir auch nach dem 13. Mai 1990 tun. Dafür kämpfen wir mit Johannes Rau an der Spitze. Die Opposition in diesem Landtag ist für 1990 keine Alternative zur Sozialdemokratischen Partei in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Tschoeltsch das Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reiben uns noch immer erstaut die Augen, wenn wir uns die Entwicklung der letzten Wochen in Osteuropa ansehen: Nach den Ereignissen in Ungarn und Polen folgte der 9. November in der DDR. Der 9. November hat mit einem Schläge die Situation in Europa verändert. Der Demokratisierungsprozeß läuft mit einer derartigen Dramatik und Dynamik ab, daß wir uns noch immer das Ende dieses Prozesses nicht genau vorstellen können.

Aber ich sage Ihnen: An der Nahtstelle zweier Militärblöcke wird in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Wochen und Monaten entschieden, wie das künftige Europa aussehen wird. Die Entscheidungen fallen nicht in Moskau, London, Paris oder Washington; die Entscheidungen fallen in Bonn und Berlin. Dort wird die deutsche Frage entschieden, nirgendwo sonst!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (C) In dieser Situation sollte kein Platz für kleinkariertes Parteiengetzänk sein. Wir alle haben dazu beigetragen, daß diese Entwicklung möglich wurde:

(Zustimmung bei der F.D.P.)

die Freien Demokraten - ich nenne die Außenminister Scheel und Genscher als Vertreter einer ausgewogenen, verlässlichen Deutschland- und Außenpolitik; die Sozialdemokraten - ich nenne die Bundeskanzler Brandt und Schmidt - ebenso durch neue Wege in der Ostpolitik in einer gemeinsamen Koalition;

die Christdemokraten - ich nenne Bundeskanzler Kohl mit seiner neuen Deutschlandpolitik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Schließlich haben CDU/CSU und F.D.P. mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und den danach folgenden Abrüstungsgesprächen

(Dr. Pohl (CDU): Sehr wahr!)

den Weg für die jetzige Entwicklung mit vorbereitet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (D) Wir alle haben unseren Beitrag geleistet. Unterlassen wir also den untauglichen Versuch der prozentualen Aufrechnung. Unser gemeinsamer Beitrag ist vor allem die Weiterentwicklung der Politik der sozialen Marktwirtschaft, die Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes 1993, attraktiv auch für alle Demokraten des sogenannten Ostblocks.

Die Entwicklung in Osteuropa und speziell in der DDR hat uns völlig unvorbereitet getroffen. Wir sprachen in den letzten Jahren häufiger von Wiedervereinigung; aber so recht daran glauben konnten die wenigsten. Die Entwicklung in Osteuropa hat uns überrascht. Dies führte unter anderem auch dazu, daß wir Politiker uns kaum auf Parteitagebeschlüsse berufen konnten. Es gab keine vorformulierten Antworten in unseren Schubladen. Wir müssen nachdenken, wir müssen analysieren, und es ist Zeit, erste Konzepte auf den Tisch zu legen.

Wir haben gesehen, daß dieses neue Europa kein statisches Gebilde sein kann. Es ist noch alles viel zu sehr in Bewegung. Aber wir können in der Bundesrepublik feststellen, daß wir in einigen wesentlichen Punkten Über-

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) einstimmig erzielt haben. Gemeinsam fordern wir freien Reiseverkehr für alle DDR-Bürger, freie, geheime Wahlen. Und wir sagen ganz eindeutig, daß die Bürger in der DDR selbst entscheiden müssen, welchen Weg sie einschlagen wollen.

Wir sind uns auch im klaren, daß der Westen Hilfe leisten muß. Auf diesen Punkt, meine Damen und Herren, komme ich gleich noch einmal zurück.

Für die F.D.P.-Landtagsfraktion gebe ich hier zu Protokoll:

Die F.D.P.-Landtagsfraktion betrachtet den vom Bundeskanzler im Bundestag am 28. November 1989 vorgetragenen Plan zur Deutschlandpolitik, die dazu von den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD abgegebenen Erklärungen und den breiten Konsens im Deutschen Bundestag als Chance, die Einheit des deutschen Volkes zu verwirklichen, wie sie das Grundgesetz aufgibt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Die F.D.P.-Landtagsfraktion sieht in diesem Zehn-Punkte-Plan eine eindrucksvolle Bestätigung ihrer liberalen Außen- und Deutschlandpolitik, an der sie über Jahrzehnte hinweg - oft gegen große Widerstände - konsequent festgehalten hat.

- (B) Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt, daß der Deutsche Bundestag auf der Grundlage liberaler Außen- und Deutschlandpolitik zur Gemeinsamkeit von F.D.P., CDU/CSU und SPD gefunden hat.

In der heutigen weltgeschichtlichen Situation haben beide großen Parteien endlich gemeinsam anerkannt, daß die Politik des Dialogs und der Verträge mit dem Osten, daß die Politik der Menschen- und Bürgerrechte im KSZE-Prozeß, daß die Politik der beiderseitigen ausgewogenen Abrüstung, daß die Politik der europäischen Integration ein zusammenhängendes integriertes Konzept darstellen, mit dem die entscheidenden Schritte zur europäischen Friedensordnung und zur deutschen Selbstbestimmung eingeleitet wurden und daß wir nur auf diesem Weg das Ziel der deutschen Einheit erreichen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu brauchen wir das Vertrauen unserer Partner und Nachbarn in West und Ost. Deshalb erkennen wir ohne Einschränkung das Recht des polnischen Volkes an, in sicheren

Grenzen zu leben, die weder jetzt noch in Zukunft von uns Deutschen durch Gebietsansprüche in Frage gestellt werden dürfen. (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und SPD)

Ich darf dieser Erklärung noch eine persönliche Bemerkung anfügen: Was die polnische Westgrenze angeht, bin ich selbst betroffen. Meine Geburtsstadt ist Breslau in Schlesien. Trotzdem sage ich, wir dürfen diese Grenze nicht in Frage stellen. Gerade deswegen sage ich auch: Wir, die Liberalen, die Freien Demokraten der Bundesrepublik Deutschland, betrachten uns als Partei der deutschen Einheit als ungeteilte Nation, die Partei des Grundgesetzes, das uns aufgibt, die deutsche Einheit in freier Selbstbestimmung zu vollenden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! Ich bin froh, daß es zu dieser Frage im Deutschen Bundestag Gemeinsamkeit gibt, und wir können stolz sein, daß sich die Fraktionen im Bundestag in einer historischen Stunde über alle Parteigrenzen hinweg verständigen konnten.

(Hardt (CDU): Sehr gut!)

Ich hoffe, das gilt auch für diesen Landtag.

Trotzdem sind - und dies wiederum ist verständlich - Differenzen erkennbar. Herr Ministerpräsident, Sie sprachen davon, Ratschläge seien auch Schläge; wir sollten uns deshalb zurückhalten. Ich kann Ihre Haltung überhaupt nicht verstehen. (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir, die wir immer für Meinungsfreiheit eingetreten sind, sollen jetzt unsere Meinung nicht äußern, sollen sozusagen nur auf der Zuschauertribüne Platz nehmen? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Wir sind aufgerufen, unsere Meinung zu äußern. Wir sind aufgerufen, aufgrund unserer Erfahrungen Vorschläge zu unterbreiten.

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Herr Ministerpräsident, ich habe den Eindruck, daß Sie und die SPD sich deshalb gern zurückziehen wollen, weil Sie einer Kernfrage ausweichen wollen.

(Zurufe von der CDU: Müssen!)

(Tschöeltsch (F.D.P.))

(A) Die Kernfrage lautet für die DDR: Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft?

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Bei dieser Frage tun sich die Sozialdemokraten sehr, sehr schwer.

(Beifall bei F.D.P. und CDU
- Dr. Farthmann (SPD): Warum sollen wir denn da ausweichen? - Büsow (SPD): Wieso denn?)

- Herr Farthmann, der Zwischenruf war an dieser Stelle gerade richtig. - Da versteigt sich der Fraktionsvorsitzende der SPD hier im Plenum zu der Behauptung:

Genauso sind wir davon überzeugt, daß es eine wahre Demokratie nur geben kann, wenn ein wahrer Sozialismus erfüllt ist.

(Büchow (SPD): Na, und?
- Dr. Farthmann (SPD): Weil wir keine Ausbeuter-Demokratie wollen!)

Herr Farthmann, diese Behauptung empfinden die Bürger in der DDR als Hohn und Ver-spottung.

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(B) Auch Ihr Hinweis auf das Modell Schweden sozusagen als leuchtendes Beispiel des von Ihnen angestrebten Sozialismus ist falsch. Schweden hat eine kapitalistische, eine rein marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung.

(Büchow (SPD): Das wissen wir.
- Dr. Farthmann (SPD): Das steht auch gar nicht zur Debatte!)

Werfen Sie also keine Nebelkerzen, sondern äußern Sie sich bitte hier im Plenum in aller Deutlichkeit:

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wünschen Sie irgendeinen Sozialismus, oder sind Sie für die bewährte soziale Marktwirtschaft?

(Hellwig (SPD): Mit 3 Millionen Arbeitslosen, Herr Kollege!)

Ich komme zu einer zweiten Kernfrage: Sollten wir Wirtschaftshilfe an die DDR geben, verknüpft mit Vorbedingungen, Voraussetzungen, Forderungen - oder wie immer man diese Kriterien bezeichnen will?

(C) Meine Damen und Herren, wir müssen dabei unterscheiden: Es gibt sicher Hilfeleistungen, die an keinerlei Bedingungen geknüpft sind. Ich nenne beispielsweise die medizinische Versorgung in der DDR; ich nenne Infrastrukturmaßnahmen beiderseits der Grenze, Straßenbau, Telekommunikation, Umweltschutz, der ja auch in unserem Interesse liegt.

Das wichtigste Ziel muß doch aber sein - und dies wird von den Menschen in der DDR genauso gesehen wie hier bei uns -, daß die DDR möglichst schnell in die Lage versetzt wird, eine Wirtschafts- und Industriegesellschaft zu entwickeln, die ihren Bürgern Wohlstand und Einkommen garantieren kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Hierzu müssen allerdings die Voraussetzungen und Bedingungen - das sage unmißverständlich - in der DDR selbst geschaffen werden.

(Eichhorn (SPD): Erzählen Sie uns doch, was Sie wollen.)

Auch die private Wirtschaft ist erst in der Lage, wirksam zu helfen, wenn die Rahmenbedingungen für das Engagement geschaffen werden.

(Eichhorn (SPD): Nennen Sie uns doch einmal die Rahmenbedingungen.)

(D) Noch sind sie nicht da. Jeden Tag werden neue Vorschläge gemacht. Ich bin sicher, daß die Regierung Modrow in den Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl Mitte Dezember, vor allem auch in den Wirtschaftsgesprächen mit Wirtschaftsminister Haussmann, die notwendigen Rahmenbedingungen unterbreiten wird.

Deshalb sage ich hier in aller Deutlichkeit: Es wäre unverantwortlich, Gelder in die DDR zu pumpen und in Kauf zu nehmen, daß alles in ein Faß ohne Böden gepumpt wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR nicht grundlegend verbessern, wäre das Dilemma nach wenigen Monaten genauso groß wie heute.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Das sage ich jetzt besonders an die Sozialdemokraten gerichtet: Es sind also Bedingungen erforderlich, nicht um der DDR unsere wirtschaftlichen Vorstellungen aufzuzwingen, sondern um positive

(Tscholtsch (F.D.P.))

- (A) Ergebnisse zu erzielen. Wir wollen den Bürgern in der DDR helfen, daß sie den Anschluß an den Lebensstandard in der Bundesrepublik finden. Wir müssen uns bei diesen Hilfen auch darüber im klaren sein, daß öffentliche Gelder für die Infrastruktur nur einen Tropfen auf dem heißen Stein sein können.

Erforderlich ist vor allem, daß privates Kapital in die DDR fließt. Dafür müssen einige gesetzliche Voraussetzungen in der DDR geschaffen werden. Die Kapitalmehrheit in einem Unternehmen kann dabei ruhig mit 51 % in den Händen der DDR verbleiben. Das ist für den Einsatz westlichen Kapitals kein Hindernisgrund. Wenn Sie da lachen, haben Sie das nicht verstanden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Die Idee mancher Sozialdemokraten, man müsse auf die letzte Stufe der Steuerreform zum 1. Januar 1990 verzichten, um der DDR helfen zu können, geht im übrigen von demselben Trugschluß aus wie früher die Überschätzung staatlicher Investitionsprogramme.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit der Steuerentlastung von 20 Milliarden DM kann man die marode DDR-Wirtschaft nicht aufbauen. Privates Kapital ist gefragt.

- (B) Da Sie, Herr Ministerpräsident, im Haushalt 1990 Finanzhilfen für die DDR vorgesehen haben, erwarten wir, daß Sie auch die Kriterien für diese Hilfen darlegen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich finde es gut, daß im Hauptausschuß darüber Einigkeit erzielt wurde, Hilfen erst finanzwirksam zu verabschieden, wenn das Konzept der Landesregierung vorher im Hauptausschuß beraten worden ist. Es reicht nicht, irgendwelche Hausnummern als DDR-Hilfe einzusetzen, ein Konzept ist gefragt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang anregen, daß sich die Landesregierung umgehend mit der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in Verbindung setzt, um deren Sachverstand mit einzubeziehen. Das ist sehr gut. Die F.D.P.-Fraktion hat dies mit Schreiben an die Verbände - ich nenne z. B. die Handwerkskammern, den Einzelhandelsverband, die Industrie- und Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften - schon getan. Erste Antworten liegen bereits vor.

- (C) Am 18. November hat der Landesvorsitzende der SPD, Ministerpräsident Rau, vor dem 10. Ordentlichen Parteitag der SPD eine Grundsatzrede gehalten. Am 25. November 1989 hat der Landesvorsitzende der CDU, der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Dr. Norbert Blüm, vor der Landeswahlversammlung der CDU ebenfalls eine Grundsatzrede gehalten.

Ich habe beide Reden nachgelesen. Es wundert mich überhaupt nicht, daß Ministerpräsident Rau zur Wirtschaftspolitik keine Anmerkungen gemacht hat. Nachdenklicher wurde ich, daß die Wirtschaftspolitik in der Rede von Herrn Blüm nur eine sehr, sehr nachgeordnete Rolle spielte. Auf 16 Seiten hat sich Dr. Norbert Blüm gerade mit zehn Zeilen der Wirtschaftspolitik gewidmet.

Wir Freien Demokraten setzen da andere Maßstäbe. Wirtschaftspolitik ist eines der wichtigsten Themen der politischen Auseinandersetzung. Wie sieht die Lage unserer Wirtschaft aus? Die Konjunktur läuft gut; manchmal sogar schon heiß. Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen hat ohne Zweifel Anschluß an die Entwicklung in der Bundesrepublik gefunden. Nach wie vor besteht ein Nord-Süd-Gefälle. Aber wir haben in Nordrhein-Westfalen aufgeholt. Diese Entwicklung, meine Damen und Herren von der SPD, verschweigen wir nicht. Wir freuen uns darüber.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (D) Auch bei dieser Entwicklung haben viele mitgeholfen. Ihr untauglicher Versuch, für alles Gute Düsseldorf und für alle negativen Entwicklungen Bonn verantwortlich zu machen, ist unredlich, ist falsch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daran glaubt auch der Bürger nicht mehr. Uns hat in den vergangenen Jahren die gute Weltkonjunktur geholfen, auch die verbesserten wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die in Bonn von CDU/CSU und F.D.P. konzipiert und durchgesetzt wurden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Unternehmen haben wieder Vertrauen in die Politik gewonnen. Die Unternehmen wissen, daß sie nicht nur gemolken werden, daß man ihnen auch genug Futter zum Fressen läßt. Die Zeit, da die Belastbarkeit der Wirtschaft geprüft werden sollte, ist Gott sei Dank dank anderer politischer Mehrheiten in Bonn vorbei.

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) Auch bei guter Konjunktur ist es aber Aufgabe der Politik zu prüfen, ob wir noch Nachholbedarf haben, was wir noch besser machen müssen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen noch viel zu tun. Das Mikat-Gutachten weist auf eine Fülle von Strukturproblemen hin, die alle noch nicht gemeistert sind. Ich will einige Bereiche nennen. Die Kommission stellt fest - ich zitiere -: "Aufgabe ist es, einen flächendeckenden, einen auf das ganze Land Nordrhein-Westfalen und seine Regionen bezogenen Bericht zu erstellen."

Mit unserem Antrag "Chancengleichheit für alle Regionen des Landes bei der künftigen Regional- und Strukturpolitik" wollten wir erreichen, daß alle Regionen des Landes in die Lage versetzt werden, mit wissenschaftlicher Begleitung ihre regional-spezifischen Probleme zu analysieren und Ziele und Strategien des Strukturwandels zu entwickeln.

Mit Bedauern mußten wir feststellen, daß sich in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses SPD und CDU gegen diese Maßnahmen gestellt haben.

Ein weiteres Beispiel! Die Kommission stellt in ihrem Bericht fest - Zitat -:

Wir sind ein Hochlohn-Land mit beträchtlicher sozialer Absicherung, mit im internationalen Vergleich weit vorangeschrittenen Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitig relativ starren arbeitszeitrechtlichen Regelungen, mit der Übernahme einer Vorreiterrolle auf vielen Feldern des Umweltschutzes, mit relativ hohen Umweltschutzaufgaben und einer Steuerbelastung des Unternehmenssektors, die im Vergleich zu ihren wichtigsten Handelspartnern wohl nicht als günstig eingestuft werden kann.

(B)

Meine Damen und Herren, das bedeutet im Klartext: Es besteht politischer Handlungsbedarf. Hinzu kommt, daß die Vorbereitung auf den Europäischen Binnenmarkt die große wirtschaftspolitische Herausforderung der nächsten Jahre ist. Bereits im Vorgriff auf den Binnenmarkt 1993 hat ein Wettbewerb der Steuersysteme eingesetzt. In Großbritannien ist der Körperschaftsteuersatz bereits auf 35 %, für kleine Kapitalgesellschaften auf 25 % gesenkt worden. Wenn Frankreich diesen Tarif auf 42 % und die Niederlande ihn auf 35 % senken, so müssen auch wir in Nordrhein-Westfalen die jetzt noch bestehenden Steuersätze erheblich reduzieren,

(Beifall bei der F.D.P.)

um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir setzen uns deshalb für eine durchgreifende Unternehmenssteuerreform zum 01.01.1993 ein. Dazu gehört neben vielen anderen Maßnahmen auch, daß der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne ebenso wie der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 46 % gesenkt wird.

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Hier werden SPD und CDU Farbe bekennen müssen. Ich füge aber auch hinzu: Wer sich für den Abbau von Steuern einsetzt, darf nicht vor dem Abbau von Subventionen kapitulieren.

(Beifall bei der F.D.P. und Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Wir möchten daher grundsätzlich eine zeitliche Befristung aller Subventionen und sprechen uns außerdem für einen ersten Schritt einer linearen Kürzung aus.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen dieser Debatte kann ich leider nur auf wenige Punkte der Wirtschaftspolitik eingehen.

Ich nenne die Beschäftigungspolitik. Wir müssen feststellen, daß einerseits seit einigen Jahren rund 700 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen Arbeit suchen und andererseits Betriebe Hunderttausende von Arbeitsplätzen nicht besetzen können, weil die entsprechenden Arbeitnehmer nicht zur Verfügung stehen. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Von Tag zu Tag wird durch die gute Konjunkturlage die Diskrepanz immer größer. Wir Freien Demokraten fordern daher eine Auflockerung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg und die Zulassung privater Vermittlungsinitiativen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P. - Frau Rauterkaus (SPD): Als gäbe das Arbeitsplätze!)

Wir fordern eine Entkoppelung der Maschinenlaufzeiten von der Standard-Wochenarbeitszeit. Das Veto der SPD-Landesregierung, Herr Minister Heinemann,

(Eichhorn (SPD): Wollen Sie auch sonntags arbeiten? - Minister Heinemann: Wollen Sie Sonntagsarbeit, dann müssen Sie das sagen!)

übrigens mit Unterstützung der CDU, durch das die Schaffung von 400 neuen Arbeitsplätzen bei einem Reifenhersteller in Aachen durch Schichtarbeit am Wochenende verhindert

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) wurde, stellt eine Kapitulation vor mächtigen Verbänden dar.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wir meinen, wenn Arbeitgeber und Betriebsrat sich verständigen, sich Arbeitnehmer freiwillig für diese Arbeitsplätze melden, sollte der Staat kein Veto einlegen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Flexibilität am Arbeitsplatz bedeutet auch eine Differenzierung der Tarife nach Branchen, Regionen sowie nach Qualifikation. Es kann nicht richtig sein, daß der Schlossermeister in Gelsenkirchen zum gleichen Tarifabschluß gezwungen wird wie das Automobilwerk in Stuttgart.

Pauschale Arbeitszeitverkürzungen sind nach unserer Auffassung nicht zur Lösung der strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt geeignet. Arbeitszeitverkürzung hat die qualifizierte Arbeit eingeschränkt und die Chancen für weniger Qualifizierte, einen Arbeitsplatz zu bekommen, vermindert.

Ich habe mich gefreut, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, der bekannte Arbeitsrechtler Prof. Dr. Farthmann, gefordert hat, daß Arbeitslosen zugemutet werden muß, sich zu qualifizieren. Das war ein Lichtblick, einer der ersten aus den Reihen der SPD,

- (B) (Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

der das Arbeitslosenproblem besser in den Griff bekommen möchte. Ich füge hinzu, daß wir weiter gehen und sagen: Auch die Zumutbarkeitsklausel für die notwendige Mobilität, für die Annahme von Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb des letzten Arbeitsverhältnisses muß ausgeweitet werden. Meine Damen und Herren, dazu stehen wir, weil es für uns wichtiger ist, daß ein Arbeitsloser Arbeit findet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich nenne als weiteres Schwerpunktthema die Privatisierungspolitik. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß die Landesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion sich auf diesem Gebiet keinen Millimeter bewegen. Wir fordern eine Verlagerung öffentlicher Dienstleistungen auf private Unternehmen. Wir setzen uns auch für einen konsequenten Abbau der Landesbeteiligungen ein. Da gibt es viele Beispiele; ich nenne die WestLB, die Lufthansa, die Flughäfen, Messgesellschaften, Landesentwicklungsgesellschaften oder die Unternehmen der Wohnungswirtschaft.

(Dr. Farthmann (SPD): Und was versprechen Sie sich davon an Arbeitsplätzen?)

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnern, wie vehement die SPD an der 2%igen Beteiligung an der Lufthansa festhält. Wohl wissend, Herr Prof. Dr. Farthmann, daß der Einfluß mit 2 % äußerst gering ist! Diese Beteiligung kostet durch Kapitalerhöhungen in den Jahren 1987 und 1990 allein 34 Millionen DM - wohlgemerkt, Steuergelder! Wir hätten Ihnen viele Beispiele nennen können, in denen der Einsatz dieser 34 Millionen DM vorrangiger gewesen wäre. Allerdings wissen wir auch, daß bei unseren Vorhaben, Herr Ministerpräsident, kein Aufsichtsratsposten zu vergeben ist.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich nenne einen weiteren Punkt: Abbau der Bürokratie, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. In den Ausschüssen liegt Ihnen ein Antrag der F.D.P. zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren vor, ebenfalls ein Gesetzentwurf. Ich möchte Sie von der SPD und von der CDU noch einmal eindringlich bitten, die Beratungen in den Ausschüssen zügig durchzuführen.

Hier ist das Parlament gefordert. Wir haben mit Bedauern gemeinsam feststellen müssen, daß die Landesregierung offensichtlich auf Zeit setzt und keinen Eilan entwickelt. Gerade aber für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ist eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren dringend erforderlich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aus der Fülle der Stellungnahmen zu diesen Initiativen darf ich Ihnen stellvertretend aus einem Schreiben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zitieren:

Die Dauer der Genehmigungsverfahren gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren. Die Industrie ist aus Wettbewerbsgründen darauf angewiesen, daß die wirtschaftliche Verwertung ihrer Innovationen durch Aufnahme der Produktion schnellstmöglich angenommen werden kann. Dies hat für Nordrhein-Westfalen zur Lösung der strukturellen Probleme besondere Bedeutung.

Die IHK Mittlerer Niederrhein teilt uns mit:

Zu einem guten Standort gehören schnelle, kalkulierbare Entscheidungen der Behörden. Die Unabwägbarkeiten im Genehmigungsverfahren sind der Sand im Getriebe jeder Investitionsplanung.

Herr Ministerpräsident, es ist nicht damit getan, in der Staatskanzlei eine Arbeits-

(C)

(D)

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- (A) Gruppe einzusetzen, die nach einem Jahr einen Zwischenbericht vorlegt, der sich lediglich für weitere Prüfungsaufträge ausspricht. Bis heute sind - sage und schreibe! - 21 Monate ohne Resultat vergangen. Wir erwarten von einem Ministerpräsidenten, daß er Politik nicht verwaltet, sondern aktiv gestaltet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Als weiteres Schwerpunktthema in der Wirtschaftspolitik nenne ich die Energiepolitik. Wir brauchen eine umweltfreundliche, wirtschaftliche und sichere Energieversorgung für Nordrhein-Westfalen. Die Zukunft der Stromerzeugung beruht auf den drei Säulen: Kohle, Kernenergie und erneuerbare Energiequellen. Damit werden die Anforderungen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen an die Stromversorgung erfüllt, dessen Unternehmen und Verbraucher auf Versorgungssicherheit, Strombezug zu wettbewerbssicheren Preisen, Schonung der Umwelt - insbesondere der Atmosphäre - und Schonung der natürlichen Lagerstätten angewiesen sind. Eine langfristig angelegte Energiepolitik muß aber die Begrenztheit der fossilen Energieträger ebenso berücksichtigen wie die Möglichkeit von Klimakatastrophen, deren Ursache sich aus der Verbrennung fossiler Energieträger ergibt.

- (B) Wir Freien Demokraten setzen uns für einen energiepolitischen Konsens aller Parteien mit dem Verbund von Kohle und Kernenergie deswegen ein, weil dieser Konsens die Voraussetzung dafür ist, daß auch in Zukunft die Steinkohle in der Stromerzeugung eingesetzt werden kann. Der Verbund von Kohle und Kernenergie macht den Sicherheitsbeitrag der Steinkohle in der Stromerzeugung erst finanzierbar.

Dies wissend, Herr Ministerpräsident, ist es unverantwortlich, wenn Sie beim ideologischen Nein zur Kernenergie bleiben und gleichzeitig den Kumpels suggerieren, es würde alles beim alten bleiben. Wir sind da ehrlicher, Herr Ministerpräsident. Wir sagen den Betroffenen vor der Wahl, daß das Mengengerüst nicht zu halten ist, daß wir künftig mit einem reduzierten Mengengerüst rechnen müssen.

(Dr. Farthmann (SPD): ... daß Sie es gar nicht halten wollen!)

Wir sagen den betroffenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern: Wir wollen langfristige Verträge, eine Salamtaktik lehnen wir ab. Wir schaffen die strukturpolitischen Voraussetzungen, damit die Wirtschaft neue Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen

schaffen kann. Diese Herausforderungen nehmen wir an, und wir werden entsprechende Lösungen präsentieren. Das Taktieren der Landesregierung, die Vernebelungsaktionen helfen da nicht weiter.

(C)

Herr Ministerpräsident, Sie wissen genau, daß Nordrhein-Westfalen in der Kohlepolitik nicht allein handeln kann. Wir sind angewiesen auf die Zustimmung der revierfernen Bundesländer, auf die Zustimmung der Bundesregierung und auf die Genehmigung durch Brüssel. Dies alles wissen Sie, Herr Ministerpräsident, ganz genau. Gerade deshalb ist es so unredlich, daß Sie in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versuchen, daß alles nur am guten Willen des Bundeswirtschaftsministers oder des Bundeskanzlers liege. Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie zur Ehrlichkeit in der Energiepolitik auf. Kehren Sie zum Konsens in der Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen zurück! Es wäre zum Nutzen von NRW. Nicht wir haben diesen Konsens aufgekündigt, sondern die SPD.

(Zustimmung von F.D.P. und CDU)

Die heutige Haushaltsdebatte ist am Haushalt des Ministerpräsidenten festgemacht. Hierzu darf ich noch drei Bemerkungen machen!

In den letzten Tagen war Ministerpräsident Rau zusammen mit Wirtschaftsminister Dr. Jochimsen und einer Wirtschaftsdelegation in Moskau. Auch drei Mitglieder des Landtages waren dabei. Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen bescheinigen, daß Nordrhein-Westfalen in Moskau erfolgreich präsentiert wurde und daß dort gute Gespräche geführt worden sind. Ich frage Sie aber in diesem Zusammenhang: Was suchte eigentlich ein SPD-Parteivorstandsmitglied in dieser offiziellen Delegation?

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Wer denn?)

Das war nicht nur in Moskau der Fall. Wir sind grundsätzlich dagegen, daß Parteifunktionäre an offiziellen Delegationen teilnehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie da schon anderer Meinung sind, möchten wir wissen, warum Sie nur ein SPD-Vorstandsmitglied eingeladen haben.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Wen meinen Sie!)

(Tschoeltsch (F.D.P.))

(A) - Das steht in Ihrer offiziellen Delegationsliste.

(Dr. Farthmann (SPD): Wer?)

- Der Leiter Ihres Parteibüros in Bonn.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Er ist kein Parteivorstandsmitglied!)

- Er ist aber in dieser Funktion eingeladen und Mitglied der Delegation gewesen.

Meine Damen und Herren, hier wird deutlich, daß sich Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt immer weiter zum SPD-Staat entwickelt.

(Zustimmung von F.D.P. und CDU)

Die SPD unterscheidet nicht mehr zwischen Partei und Staat. Das ist auch anderen schon nicht gut bekommen. Ganz aktuelle Beispiele zeigen dies.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Zweite Bemerkung! Mit rund 3,5 Millionen DM pro Jahr hat der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen eine Imagekampagne des Landes finanziert. In einer Anzeigenserie wird für Nordrhein-Westfalen geworben, wobei jeweils der Slogan "Wir in Nordrhein-Westfalen" vermarktet wird.

(Zuruf von der SPD: Ja und?)

(B)

Dieses Imagekonzept haben wir im Beirat der Wirtschaftsförderung erörtert. Wir hatten Bedenken geäußert, aber letztlich das Konzept akzeptiert, jedoch mit einer ganz wesentlichen Feststellung, nämlich: Wenn schon mit allgemeinen Steuergeldern unterstützt wird, dann sollten künftig alle Parteien in Nordrhein-Westfalen auf den Slogan "Wir in ..." verzichten.

(Schultz (SPD): Warum denn?)

Sie, Herr Landesvorsitzender der SPD, Dr. Rau, haben sich an diese Bindung nicht gehalten. Hier werden eindeutig Steuergelder für die Finanzierung eines SPD-Parteislogans mißbraucht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Aber der SPD-Staat, der Alleinvertretungsanspruch der SPD, die angebliche Einheit von Partei und Staat schaden unserer Demokratie.

(Erneut Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Der Slogan "Einer gegen vier", Herr Ministerpräsident, macht deutlich, was Sie von einer politischen Kultur der Vielfalt halten, nämlich nichts.

(C)

(Wiederum Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Gott sei Dank, daß Sie Ihre Kinder noch nicht als Erbprinzen einführen. Noch haben Sie die Erbmonarchie nicht eingeführt. Die Monarchie haben Sie allerdings schon fest im Visier.

(Heiterkeit und Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Eine neue politische Kultur steht für Nordrhein-Westfalen auf der Tagesordnung. Für uns ist eine Kultur der politischen Vielfalt, der Vielfalt der Ideen und politischen Entwürfe ebenso angezeigt wie eine Wirtschaftsordnung, die das sichert, was uns Einkommen, Wohlstand und Umweltschutz gebracht haben. Die Realisierung der sozialen Marktwirtschaft in einem besseren Europa - dafür kämpfen die Liberalen mit aller Kraft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Daß wir uns in der zweiten Lesung des Haushalts mit deutschlandpolitischen Fragen beschäftigen, scheint mir richtig und zwingend; denn nichts bewegt in diesen Wochen die Menschen mehr als die Frage, wie es in der DDR weitergeht, wie es in den beiden deutschen Staaten weitergeht und ob aus diesen beiden deutschen Staaten eines nahen oder fernen Tages wieder eine Einheit entsteht, in der wir zusammenleben können. Da gilt es, alle Chancen zu nutzen, alle Kanäle wahrzunehmen, um Gespräche möglich zu machen. Da wird es viel Übereinstimmung und manche Unterschiede geben. Und mir scheint es richtig, wenn sowohl Übereinstimmungen als auch die Unterschiede deutlich werden.

(D)

Dem, was Herr Kollege Tschoeltsch zur Deutschlandpolitik gesagt hat, habe ich nicht viel Korrigierendes hinzuzufügen. Freilich glaube ich, daß es eine Reihe von Mißverständnissen gibt, auch bei Herrn Tschoeltsch, wenn er zum Beispiel meint, der demokratische Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokraten im Godesberger Programm for-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) muliert haben, sei ein Gegenstück zur freien Marktwirtschaft.

(Eichhorn (SPD): Der versteht nichts davon! - Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das ist ganz anders. Freie Marktwirtschaft - "soziale Marktwirtschaft" von vielen genannt, obwohl man kritisch darüber reden kann, ob ein Markt nicht wertblind ist und deshalb nicht sozial sein kann -

(Zurufe von der CDU: Was?)

- Moment, lassen Sie mich doch einmal den Satz zu Ende sagen -: Während es jenseits dieser Marktwirtschaft gesellschaftliche Rahmenbedingungen gibt, die nicht wertblind sind, der Markt selber es aber ist, darüber kann man trefflich streiten.

(Büssow (SPD): Das alles hat Biedenkopf schon gesagt!)

Aber daß die deutschen Sozialdemokraten spätestens seit dem Godesberger Programm ein deutliches Ja zur Marktwirtschaft gesagt haben, sollte sogar bei Ihnen angekommen sein - so hatte ich es zumindest gehofft.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will auf einige Fragen nicht eingehen, Herr Kollege Tschoeltsch. Ich will auch nicht auf die Privatisierungslüste der F.D.P. speziell gegenüber der Lufthansa eingehen. Ich habe Ihrem Fraktionsvorsitzenden gegenüber dazu eben eine persönliche Bemerkung gemacht; wir können darauf noch einmal zurückkommen. Unter anderem erhöht der Freistaat Bayern seine Anteile an der Lufthansa intensiv.

(B)

(Schauerte (CDU): Der macht auch etwas damit! - Tschoeltsch (F.D.P.): Das lehnen wir auch ab, Herr Ministerpräsident!)

Wer noch nicht gemerkt hat, daß sich unsere Beteiligung in den letzten Jahren auch durch eine Korrektur der Politik der Lufthansa gegenüber Nordrhein-Westfalen ausgewirkt hat, der wird das möglicherweise eines späteren Tages erkennen.

Mir geht es heute nicht um Polemik, sondern mir geht es um Auseinandersetzung mit deutschlandpolitischen Fragen, und da will ich hier aus meinem Herzen keine Mördergrube machen.

Herr Kollege Linssen, Sie haben eine Rede gehalten. Mich tröstet, daß nicht jede Probevorlesung zur Antrittsvorlesung wird. (C)

(Vereinzelt Zustimmung bei der SPD - Doppmeier (CDU): Das war die Arroganz eines ergrauten Politikers!)

- Das war meine Meinung, Herr Kollege Doppmeier. Ich werde Sie an Arroganz nicht zu übertreffen versuchen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Sie haben ein Bild der SPD-Politik gezeichnet,

(Zuruf von der CDU: Das korrekt war!)

Herr Kollege Linssen, das mit der Wirklichkeit nichts, aber auch nichts zu tun hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen: Ihren Schlußappell an die Gemeinsamkeit glaube ich Ihnen nicht.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Sie werfen mir in Halbsätzen vor, ich hätte Herrn Krenz getroffen. Das habe ich, als er Staatsratsvorsitzender war. Da bin ich völlig identisch mit Kanzleramtsminister Seiters.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es!)

(D)

Aber ich halte überhaupt nichts davon, hier eine Liste derer bekanntzugeben, die sich mit Herrn Schalck getroffen und mit ihm Kredite für die DDR ausgehandelt haben.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Ich habe Herrn Honecker oft getroffen, und ich habe mit Herrn Honecker politische Fragen erörtert und humanitäre Fälle geklärt. Es gibt keine Reise, bei der die Zahl derer, die anschließend ausreisen durften, nicht dreistellig gewesen wäre.

(Beifall des Abg. Schmidt (SPD))

Ähnliches hat der gegenwärtige Bundeskanzler getan. Der Besuch von Herrn Honecker mit dem Abspielen der Nationalhymnen hat nicht nur in Düsseldorf stattgefunden, sondern auch in Bonn, Herr Kollege Linssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Es war richtig, daß er stattgefunden hat.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Also, eine*Deutschlandpolitik á la carte, eine Deutschlandpolitik, bei der man sich jetzt heraussucht, was dem eigenen Vorteil dient, werden die Menschen in der Bundesrepublik nicht annehmen. Sie haben den Eindruck erweckt, wir seien Kombattanten der Marxisten in der DDR gewesen. Sie haben das unter anderem mit dem SPD/SED-Papier zu begründen versucht.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Ich kann Ihnen heute eine Reihe von führenden Leuten in Reformgruppen nennen, die uns dafür gedankt haben, daß dieses Papier zustande gekommen ist, weil sie es bei ihren Verhören und Gesprächen vorweisen konnten.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich gebe zu, die von Ihnen genannte Kabarettistin oder Schauspielerin Freya Klier ist nicht dabei gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Die Regisseurin ist nicht dabei gewesen. Sie hat das Papier skeptisch gesehen - wie auch einige von uns. Aber daraus jetzt ein Bild der Deutschlandpolitik zu machen, bei dem es allein der gegenwärtig real existierende Bundeskanzler ist, der das alles zustande gebracht hat,

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) ist eine absurde Vorstellung, Herr Kollege Linssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sehen Sie, ich bin am 9. November bei Herrn Krenz gewesen.

(Doppmeier (CDU): Sie haben Formulierungen drauf, die aber schlimm sind! - Minister Heinemann: Das müssen Sie sagen!)

Am 11. November bin ich bei dem späteren Ministerpräsidenten Modrow gewesen. Ich habe selbstverständlich den Bundeskanzler über dieses Gespräch voll unterrichtet, und wir haben in der Bewertung dieses Gespräches übereingestimmt. Ich sage Ihnen, Herr Linssen, die zehn Punkte, die der Bundeskanzler in der vergangenen Woche vorgebracht hat, finden meine Zustimmung.

(Vereinzelte Zustimmung bei der CDU)

Ein Teil dieser Punkte war bei der Premiere in Bonn nicht neu; denn ich hatte sie hier in

einer Regierungserklärung bereits vorge- (C)
tragen. Das sollten Sie hier gewertet haben.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Haben Sie das mit den Alliierten abgestimmt? - Heiterkeit bei der CDU)

- Nein, nicht einmal mit der F.D.P., Herr Schauerte.

(Schauerte (CDU): Ganz erstaunlich!)

Wohl hatte ich mit Herrn Genscher und mit Herrn Kohl über die Substanz dieser Vorschläge vorher gesprochen. Ich glaube nämlich, daß Deutschlandpolitik nicht nur gemeinsam proklamiert werden darf, sondern daß man sie gemeinsam machen muß.

(Zustimmung bei der SPD)

Wer dann Vorhaltungen macht und hier Zweifel sät, Rau habe sich nicht für die Einheit geäußert, und fragt, wo ich das denn einmal getan hätte, der hat entweder die Regierungserklärung nicht gehört

(Zuruf von der CDU)

- da war von Wiedervereinigung die Rede; das ist etwas völlig anderes -, oder er kennt meinen politischen Weg nicht. Gemeinsam mit Diether Posser bin ich in die Politik gekommen wegen der deutschen Einheit und weil wir deutsche Einheit wollten.

(Zustimmung bei der SPD)

(D)

Sie kennen den Text der Präambel des Grundgesetzes. Da ist die Rede davon, daß Friede und Einheit zu vollenden seien. Das Wort "Wiedervereinigung" kommt da zum Glück nicht vor.

(Zuruf von der CDU: Aber Einheit!)

- Aber Einheit kommt vor. Das Wort "Wiedervereinigung" ist mir zu nahe bei dem Mißverständnis, das durch 26 dissidente CDU-Kollegen formuliert worden ist, als die Frage der polnischen Westgrenze anstand.

(Büssow (SPD): So ist es! - Zustimmung bei der SPD)

Wir haben ja gesagt zur Einheit, schon als wir dem Grundgesetz zustimmten. Es war nicht die SPD, die dem Grundgesetz 1949 die Zustimmung verweigert hat. Es war ihre bayerische Schwesterpartei, die das getan hat.

(Zustimmung bei der SPD - Doppmeier (CDU): Da nennen Sie bitte auch die Gründe!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) - Sie haben unsere Gründe auch nicht genannt!

(Doppmeier (CDU): Dann sollten Sie die Gründe nennen! Das gehört zu einer fairen Diskussion! - Heiterkeit bei der SPD)

- Belehrungen in Sachen Fairneß kann ich nach der Rede von Herrn Linssen nicht entgegennehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte Sie mit einem Zitat bekanntmachen:

Das SED-Experiment wird fürchterlich enden mit einem moralischen Katzenjammer und einer sittlichen Vernichtung derer, die einmal aus ehrlichen Absichten kommunistische oder sozialistische Vorstellungen solcher Art zu realisieren versucht haben.

Dies hat Herbert Wehner 1964 gesagt, fünf Jahre nach dem Deutschlandplan der SPD, der letzten großen Anstrengung, die Einheit voranzubringen durch bundesdeutsche Politik.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun kommt der Bundeskanzler mit einer Zehn-Punkte-Erklärung, in der er wichtige Punkte sozialdemokratischer Politik aufnimmt.

(Heiterkeit bei der CDU)

(B)

Dafür bin ich dankbar, unter anderem dafür, daß er den Helsinki-Prozeß aufnimmt.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Kennen Sie die drei politischen Kräfte, die gegen Helsinki gewesen sind? Es waren die römischen Neofaschisten, die albanischen Kommunisten, und es waren CDU und CSU in Bonn.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe mich darüber gefreut, daß Herr Tschoeltsch - bei aller Differenz in anderen Punkten - deutlich gemacht hat: Diese gesamtdeutsche Politik ist nicht die Sache einer Partei gewesen - Scheel, Genscher. Und ich füge hinzu: Für mich ist die - -

(Zuruf von der CDU: Adenauer!)

- Nein, für Adenauer könnte Ihnen Herr Kollege Posser gleich ein paar Zitate bringen. Da würden Sie Probleme bekommen. (C)

(Doppmeier (CDU): Bringen Sie einmal Zitate aus Ihrer Partei! - Weitere Zurufe von der CDU)

Adenauer hat ganz andere Verdienste um Deutschland, die ich gar nicht schmälern will. Aber wenn wir von der aktuellen deutschlandpolitischen Diskussion sprechen, dann füge ich hinzu - und ich bin dankbar dafür und habe das immer gesagt -, daß Bundeskanzler Dr. Kohl im wesentlichen die Deutschland- und Ostpolitik fortgesetzt hat, die Willy Brandt begonnen und Helmut Schmidt weiterentwickelt hat. Ich habe das nie gerügt. Im Gegenteil, ich habe das immer für richtig gehalten, bei allen Nuancen, die es gibt.

Wenn Sie aber aus den Architekten dieser Deutschlandpolitik in Ihrer Rede Illusionisten, Träumer und Verhinderer der Einheit zu machen versuchen, dann frage ich: Wo leben wir denn, was ist denn das für eine politische Wahrnehmung? Da kann ich nur sagen: Sie scheinen einer großen Sinnestäuschung zu unterliegen, Ihre selektive Wahrnehmung hindert Sie, den von Ihnen selber hernach appellierten Weg der Gemeinsamkeit auch nur zu finden, geschweige denn ihn zu gehen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(D)

Ich habe die zehn Punkte des Bundeskanzlers begrüßt. Ich habe bedauert, daß zwei Punkte fehlten. Es fehlte die Konkretion der Notwendigkeit der Abrüstung in beiden Teilen Europas, und daß zwei Tage nach dieser Erklärung der höchste Verteidigungshaushalt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet worden ist,

(Hört, hört! bei der SPD)

habe ich beklagt.

(Zustimmung bei der SPD)

Es fehlte das erneute Ja zur polnischen Westgrenze, wahrscheinlich weil man die 26 Dissidenten nicht noch einmal ins öffentliche Bewußtsein bringen wollte.

(Hunger (SPD): Sehr richtig!)

Aber dennoch sind die zehn Punkte richtig, und ich kann nur hoffen, daß wir solche Punkte nicht nur gemeinsam proklamieren, sondern daß wir uns an ihnen abarbeiten.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Nordrhein-Westfalen hat das als erstes Bundesland in die Wege geleitet. Ich stehe dem Hauptausschuß zur Verfügung. Gegenwärtig ist der Chef der Staatskanzlei mit einer 30köpfigen Wirtschaftsdelegation in Polen.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Erstes Bundesland? Das ist ja furchtbar!)

- Na, gut, Herr Rohde, ich lasse das dann weg. Wir waren zwar das erste Bundesland. Man kann ja auch einmal stolz sein, wenn man etwas zuerst vorgebracht hat.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Niedersachsen! Alle sind doch das!)

- Auf Niedersachsen komme ich gleich in einem anderen Zusammenhang.

(Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

- Also: Ich lasse den Satz weg.

Herrn Linssen würde ich gern noch sagen: In der Frage der deutschen Staatsbürgerschaft bedarf ich keiner Belehrung.

(Dr. Linssen (CDU): Aber Ihre Parteifreunde!)

- Es gibt in meiner Partei einige - es gibt übrigens auch einige Rechtsgelehrte -, die der Meinung sind, daß wir uns in der Frage der Staatsbürgerschaft bewegen könnten und bewegen müßten. Meine Einschätzung ist, daß auf der Basis der verbindlichen Verträge keine Spielräume in der Frage der Staatsbürgerschaft bestehen. Daß die Fragen im Falle einer Föderation oder einer Konföderation anders beantwortet werden könnten als jetzt - etwa durch eine doppelte Staatsbürgerschaft -, wird gegenwärtig erörtert. Ob das geht, weiß ich nicht. Zu solchen Erörterungen wäre ich jedenfalls bereit.

Tun Sie aber doch nicht so, als ob der Brief zur deutschen Einheit von Ihnen geschrieben worden wäre. Er ist 1972 unter Willy Brandt geschrieben worden, und dieser Brief gilt. Der Bundeskanzler hat gut daran getan, seinen zehnten Punkt mit den Worten des Briefes zur deutschen Einheit zu formulieren.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU - Dr. Rohde (F.D.P.): Wer hat da mitgewirkt?)

- Da haben viele mitgewirkt. Aber es war die Bundesregierung Brandt/Scheel, die diesen Brief geschrieben und abgeschickt hat. (C)

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Das ist doch gut. Ich rede doch von der Unglaublichkeit gemeinsamer Politik.

(Doppmeier (CDU): Was hat Rainer Barzel beispielsweise in dieser Sache geleistet? - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

- Ich habe doch nichts gegen Rainer Barzel. Ich rede doch gar nicht gegen Sie, sondern ich rede jetzt dagegen, daß Herr Linssen 80 % seiner Rede braucht, um die Sozialdemokraten zu beschimpfen, und anschließend 10 %, um den Sozialdemokraten Gemeinsamkeit anzubieten. Das ist nicht in Ordnung, Herr Linssen!

(Beifall bei der SPD)

Sie werden sich die Füße wundlaufen bei dem Versuch, den Sozialismusbegriff, der mit der DDR-Wirklichkeit zu tun hat, in Verbindung zu deutschen Sozialdemokraten zu bringen.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Wir denken bei demokratischem Sozialismus an Mitterrand, an Gonzales, an Olof Palme. Wir denken bei demokratischem Sozialismus auch an die Männer und Frauen, die gemeinsam mit Christen beider Konfessionen für diesen freiheitlichen Sozialismus in Konzentrationslagern gelitten haben; einige davon haben ihr Leben gelassen. Und weil wir das so verstehen und weil Sie wissen, daß wir das so verstehen, deshalb warne ich Sie vor einer Wiederauflage der Aktion "Freiheit statt Sozialismus". Sie werden dabei Schiffbruch erleiden. Spätestens die Wähler in der DDR, wenn sie sich denn frei entscheiden können, werden das deutlich machen. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich sage am Rande, Herr Tschoeltsch: Ich habe den Leiter meines Bonner Büros auf seine Kosten zu dieser Reise mitgenommen, weil eine Reihe von Gesprächen stattfand, für die mir das hilfreich zu sein schien. Ich bin auch bereit, über solche Fragen zu reden. Nur muß das dann jeweils für alle gelten.

(Dorn (F.D.P.): Eben darum ging es ja!)

Ich bin auch bereit, als Landesvorsitzender der SPD einen Wahlkampf zu führen, der

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen miteinander in Verbindung bringt. Einverstanden.

Ich hatte allerdings gehofft, wir hätten keine Veranlassung, uns in Nordrhein-Westfalen über das Celler Loch sowie über Minister-rücktritte und lauter solche Sachen auch noch zu kümmern.

Ich wollte eigentlich, daß wir hier die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen kämpferisch miteinander austragen. Dabei werden dann - was die Regierungsverantwortung angeht - vier gegen einen stehen. Das trifft zu.

Aber, Herr Tschoeltsch, wenn Sie mich schon zitieren, dann werden Sie auch festgestellt haben, daß ich diese vier nicht in einen Topf werfe. Das kann man nicht.

Es ist ein Unterschied, ob ich von den Partnern der F.D.P. oder der CDU rede, ob ich von den Grünen rede oder von denen, die jenseits des demokratischen Spektrums sind und die wir nicht durch unsere Art der Auseinandersetzung fördern sollten.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, wir hätten allen Anlaß, auch in der Deutschlandpolitik die uns bewegenden Fragen anzusprechen, das zu tun, was jetzt fällig ist.

- (B) In anderen Bundesländern gibt es Tendenzen, sich Patenländer auszusuchen. Ich weiß nicht, ob Sie in Erinnerung haben, daß ich hier in meiner Regierungserklärung am 15. November - ganz leise, als erster - von der Wiederherstellung der fünf Länder in der DDR gesprochen habe.

Es gibt baden-württembergische Bemühungen und es gibt bayrische Bemühungen zu Patenschaften mit einem dieser wiederentstehenden Länder. Auch wir werden solche Bemühungen anstellen.

Ich sage freilich: Wenn das fünf Länder werden, möchte ich zuerst einmal je ein Kabinettsmitglied für jedes dieser fünf Länder beauftragen, damit wir unsere Adresse haben und Gesprächspartner für das haben, was in Brandenburg, in Mecklenburg oder in Thüringen, in Anhalt oder in Sachsen geschieht. Das werde ich dem Kabinett vorschlagen, damit wir Ansprechpartner sind.

Das reicht von der ärztlichen Versorgung über den Technologietransfer. Das geht natürlich mit privatem Kapital; das ist doch

keine Frage. Nur geht nicht alles mit privatem Kapital. Und weil nicht alles mit privatem Kapital geht, müssen wir darüber reden, was wir denn tun können. Ich hoffe, daß wir da zu Übereinstimmung kommen. (C)

Freilich werden wir uns darüber klar sein müssen: Wenn der Wegzug der Menschen aus der DDR zu uns weiter so anhält oder sich noch einmal steigert, entstehen für unsere sozialen Sicherungsbereiche Probleme, über die man sprechen muß. Da muß man dann möglicherweise entsprechende Konsequenzen ziehen.

(Büssow (SPD): So ist es!)

Aber auf die Gefahr hinzuweisen, daß beide Systeme notleidend werden könnten, weil die Leistungsträger von drüben hierherkommen und weil drüben ein hoher Anteil derer bleibt, die der Hilfe bedürfen, das wird man doch wohl tun dürfen. Das hat Oskar Lafontaine getan.

(Büssow (SPD): So ist es!)

Ich muß ja nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimmen. Aber damit, daß wir uns diesen Fragen stellen, werden Sie auch noch zu tun bekommen.

Herr Linssen, wenn Sie die Zeitung genau lesen, werden Sie feststellen, daß eine Arbeitsgruppe im Bundesarbeitsministerium, in dem Ministerium, aus dem wir in der vergangenen Woche in allen illustrierten achtseitige Farbanzeigen zugunsten der Gesundheitsreform - die kosten mehr Geld als die gesamte Werbung des Landes Nordrhein-Westfalen - bekommen haben, gegenwärtig genau diese Überlegungen anstellt. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen in aufregende Zeiten. Ich bin nicht sicher, ob wir bei der Schnelligkeit der Entwicklung in der DDR immer die richtigen Antworten sofort haben. Ich halte es für denkbar, daß da Sätze gesprochen werden, die nachher vorwerfbar sind, wenn man sie aus dem Zusammenhang und aus der Zeit herauslöst. Das wird für alle Parteien gelten.

Aber ein paar Dinge könnten wir schon tun: Angesichts der Tatsache, daß es gegenwärtig überhaupt keinen Anhaltspunkt für eine militärische Bedrohung der Bundesrepublik und der DDR gibt, könnten wir zum Beispiel endlich für wenigstens ein Jahr die Tief- fliegerei über beiden deutschen Staaten aufgeben.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Wir könnten damit einen Weg gehen, der den Menschen nützt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU):
Das ist Populismus!)

- Sie nennen das populistisch; ich nenne das nicht populistisch, ich nenne das überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie doch einmal den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Wagner, was er von diesem Vorschlag hält.

(Goldmann (CDU): Sagen Sie Herrn Gorbatschow, daß er drei Millionen Soldaten abbaut!)

- Ja, sicher soll er die abbauen. Natürlich. Herr Goldmann, ich habe doch eben davon gesprochen, daß in dem 10-Punkte-Katalog von Herrn Kohl die konkrete Abrüstung auf beiden Seiten fehlt. Sie wissen doch, auf welcher Seite Gorbatschow ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie das mitbekommen haben. Im übrigen will selbst die Bundesregierung die Sollstärke der Bundeswehr - wie wir meinen: noch unzureichend - verringern.

(Frau Thoben (CDU): Das müssen Sie Herrn Büssow sagen; das wußte der noch nicht!)

(B)

- Ja, das weiß Herr Büssow auch.

Meine Damen und Herren! Wir haben Verantwortung gegenüber den Menschen in der DDR und den Menschen hier. Die Frage nach der gerechten Lastenverteilung wird uns nicht erspart bleiben. Die Bürger stellen sie uns. Die Bürger in der DDR stellen sie und die Bürger hier in der Bundesrepublik stellen sie.

Gemeinsame Antworten werden wir nur dann finden können, wenn wir einander den guten Willen nicht absprechen. Ich tue das nicht gegenüber der CDU.

Aber wenn Sie den Eindruck zu erwecken versuchen, wir Sozialdemokraten hätten nur mit den Offiziellen gesprochen, und die Oppositionsgruppen seien uns völlig unbekannt, dem kann ich nur sagen, Herr Linssen: Entweder sprechen Sie wider besseres Wissen, oder Sie haben ein willkürliches Informationsdefizit aufgebaut, damit

Sie Ihre Reden so unbefangen halten können, wie Sie das getan haben.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bin vor eineinhalb Jahren in Polen gewesen, habe ein Gespräch mit Solidarnosc erbeten und an einem Sonntagnachmittag bekommen. Die Solidarnosc-Vertreter waren der Meinung, es solle nicht öffentlich sein. Ich habe daraufhin über dieses Gespräch auch nicht berichtet. Es waren drei Gesprächspartner. Sie haben mir erzählt, wie sie in ihren Kellern stehen und Vervielfältigungen produzieren, daß sie keinerlei Apparate haben. Ich habe ihnen etwas Hilfe zugesagt können.

Die drei sind mir wieder begegnet: Einer ist inzwischen Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, der andere ist Vorsitzender der Solidarnosc-Fraktion, und der dritte ist Präsident oder, wie man dort sagt, Marschall des Sejm. Das waren die drei, mit denen ich bei meinem ersten Polenbesuch zusammengetroffen war.

Ich war damals der Meinung, daß ich den Leuten keinen Dienst tue, wenn ich davon rede. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß ich damals nicht davon reden durfte.

(Dr. Farthmann (SPD): Gott sei Dank sind sie dem Blüm nicht begegnet!)

Ich bin auch heute noch der Meinung, daß es bis zur Reisefreiheit in der DDR nicht hilfreich war, wenn man Gespräche mit Oppositionsgruppen dann publizierte, wenn die Sprecher die Möglichkeit des Ausweichens aus ihrem System nicht hatten.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Aber ich habe mit solchen Gruppen schon zu einem Zeitpunkt gesprochen, als ich eine besondere Verantwortung für kirchliche Arbeit in der DDR hatte, als mir CDU-Vertreter in solchen Gesprächen nicht begegnet sind. Das bedeutet nicht, daß es die nicht auch gibt. Ich weiß zum Beispiel von Herrn Dr. Klose - -

(Doppmeier (CDU): Es klingt zumindest so!)

- Die Frage ist, was ich hier sage. Lesen Sie einmal die Rede von Herrn Linssen nach. Diese Rede war nichts anderes als das Gift der Unterstellung gegenüber der Politik der Sozialdemokraten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir haben uns für unsere Deutschlandpolitik nicht zu entschuldigen. Wir haben eine Deutschlandpolitik gemacht, die ging aus von der Notwendigkeit der Entspannung, des Abbaus von Spannungen. Sie ging auch aus von der Anerkennung der DDR schon zu einem Zeitpunkt, als Kurt Georg Kiesinger noch schrieb, da sei ein Phänomen, dessen Vertreter ihm gerade Briefe geschrieben hätten.

(Dorn (F.D.P.): Die Entspannungspolitik der großen Koalition!)

- Ja, sicher. - Und dann hat 1969 - -

(Weiterer Zuruf von der F.D.P.)

- Ich habe eben gesagt: Das war eine gemeinsame sozial-liberale Politik ab 1969.

(Zurufe von der CDU)

- Ich kann es doch für falsch halten, von einem Phänomen zu reden. Wir waren zu diesem Zeitpunkt schon für Anerkennung.

(Dorn (F.D.P.): Diese Politik haben Herbert Wehner, Willy Brandt und Kurt Georg Kiesinger gemacht!)

- Wir können das gleich noch einmal vertiefen.

(Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

- (B) - Sie brauchen sich wirklich nicht aufzuregen, Herr Kollege Dorn. - Und selbst wenn es so gewesen wäre, daß wir Sozialdemokraten uns zu spät für diese Anerkennung entschieden hätten - ich unterstelle einmal, daß das der Sinn Ihres Zwischenrufs war -, dann gibt es keinen Grund, sich für diese Anerkennung zu entschuldigen, denn ohne diese Anerkennung wäre doch die Mauer nicht durchlässig geworden. Die Mauer ist doch durchlässig geworden durch die Politik, die ab 1969 betrieben worden ist, und zwar gemeinsam von SPD und F.D.P.

(Beifall bei der SPD - Dr. Farthmann (SPD): Gegen massiven Widerstand!)

Ich sage jetzt: Das ist - das habe ich gerade mit dem Stichwort "Helsinki" beschrieben - gegen viel Widerstand geschehen. Aber ich habe eben hinzugefügt: Kohl hat das zum Glück fortgesetzt.

(Zurufe von der SPD)

Wir hatten doch die Sorge, daß er wieder "kalten Krieg" betreiben könnte. Nur im

Augenblick den Versuch zu unternehmen, die Erfolge der Menschen in der DDR auf parteipolitische Konten hier gutzuschreiben, auf irgendeines, das ist das Schäßige. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Die haben das zustandegebracht. Und die haben mehr geopfert als Teile von ideologischen Verzerrungen. Die haben ihre Freiheit aufs Spiel gesetzt. Und die haben schon vor dem 9. November, bevor sie reisen konnten, mehr Mut gezeigt, als in der Demokratie abverlangt wird.

(Beifall bei der SPD und bei einigen Abgeordneten von CDU und F.D.P.)

Und weil das so ist, sollten wir jetzt nicht die gewachsene Kraft der Bürger und Bürgerinnen der DDR zum parteipolitischen Schlagstock gegeneinander machen.

(Zustimmung bei der SPD und bei einigen Abgeordneten der F.D.P.)

Der von Norbert Blüm in Danzig gesprochene Satz: "Karl Marx ist tot, und Jesus lebt!" - -

(Zuruf von der CDU)

- Nein, er ist nicht falsch, nur ist nicht nur Karl Marx tot, sondern Ludwig Erhard auch.

(Lachen bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Das tut weh!)

Es geht doch um eine völlig andere Fragestellung. Es tut weh, wenn jemand den Namen Jesu für parteipolitische Zwecke in Anspruch nimmt. (D)

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch und Unruhe bei der CDU - Dr. Pohl (CDU): Ausgerechnet Bruder Johannes!)

Ich habe das nie getan. Ich habe nie Zweifel daran gelassen, daß es Christen in allen demokratischen Parteien gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Ich habe nie Karl Marx gegen Jesus gestellt.

Es gibt allerdings einen anderen Satz, in dem Karl Marx und Jesus in einen Zusammenhang gebracht werden. Er ist vom 23. Januar 1958. Den hat Gustav Heinemann in einer Debatte auf einen Zwischenruf gesagt. Da hat er nämlich gesagt: "Die Wahrheit ist, daß Jesus nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben ist."

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Und für diesen Satz hat Bischof Lilje damals Gustav Heinemann, dem sozialdemokratischen Abgeordneten, öffentlich gedankt, weil mit diesem Satz, auf einen Zwischenruf hin, verhindert wurde, daß eine parteipolitische Einvernahme erfolgte. Vor der sollten wir uns hüten, auch und gerade dann, wenn wir uns selber als Christen verstehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In der Deutschlandpolitik ist unsere Solidarität gefragt, die Solidarität mit den Menschen, die drüben bleiben und die wir zum Bleiben ermuntern, ebenso wie die Solidarität mit denen, die hier herüberkommen.

Aber dann auch Solidarität mit denen, die hier sind. Dann keine einseitige Lastenteilung. Dann einen des anderen Last tragen lassen.

Und wenn Gemeinsamkeit, dann auf der Basis des gemeinsamen Blicks nach vorn und nicht auf der Basis des Versuchs, den politischen Gegner erst ins Unrecht zu setzen durch verkürzte Zitierung, durch selbstauferlegten Informationsverzicht, und ihm dann anschließend die Befreiung andienen. Dieses Spiel werden Sie mit mir nicht machen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Herrn Dr. Klose von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, jeder mag seinen eigenen Standpunkt haben mit Bibelzitat, mit dem Verwenden des Wortes "Jesus" oder "Gott". Ich habe dazu eine distanziertere Haltung als Sie.

(Beifall bei der CDU)

Den Vorwurf, den Sie eben erhoben haben, Norbert Blüm habe den Begriff Jesu in Danzig gebraucht, um ihn parteipolitisch in Anspruch zu nehmen, halte ich für eine Unterstellung, die ich für meine Fraktion nicht akzeptieren kann, die ich auch nicht im Interesse von Dr. Blüm akzeptieren kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Und der Vorwurf, Herr Linssen habe in einer zweifellos scharfen Rede, die wir heute gehört haben, mit dem "Gift der Unterstellung" gearbeitet, weise ich nachdrücklich zurück.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

- (C) Sie haben erklärt, Herr Ministerpräsident, das Zehn-Punkte-Programm finde weitgehendst Ihre Zustimmung. Ich begrüße das, zumal ich selbst auch der Überzeugung bin, daß es dem Bundeskanzler wirklich in einer ungewöhnlich gereiften, mit Augenmaß ausgearbeiteten Erklärung gelungen ist, das Ziel zu formulieren und den Weg dorthin so zu beschreiben, daß von Besatzerpolitik, Herr Kollege Büssow, nun wirklich nicht die Rede sein kann.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Wer - und das hat selbst mich gewundert - einen vom Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, geprägten Begriff der Vertragsgemeinschaft aufnimmt und damit signalisiert, daß es einen Weg über viele Stufen geben kann, der die Deutschen einander näherbringt und das möglicherweise dann auch in einem wiedervereinigten Deutschland, "in einem freien und geeinten Europa" - so heißt es im Zehn-Punkte-Programm -, zum Ausdruck bringt, der hat nichts getan, was den Frieden in Europa stören könnte. Er hat ausdrücklich gesagt, wohin der Weg zu einem friedlichen Europa führt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie vermissen, daß ein Wort zu den Grenzen Polens, zur polnischen Westgrenze in dieser Erklärung nicht auftaucht, dann muß ich Ihnen sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland sich völkerrechtlich verpflichtet hat, daß die Bundesregierung und letztlich auch der gesamte Bundestag ausdrücklich erklärt haben - noch in der kürzlich geführten Deutschlanddebatte -, daß für die Bundesrepublik Deutschland die Westgrenze Polens nicht antastbar ist.

(D) Aber jeder, der dieses Thema immer wieder in die öffentliche Diskussion bringt, muß sich fragen, ob er damit dem Versöhnungsprozeß in Mittel- und Osteuropa einen Dienst leistet, ob er nicht vielmehr Zweifel daran weckt, daß die Erklärungen, die die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag abgegeben haben, tatsächlich ernst gemeint sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

In der DDR vollzieht sich ein revolutionär-demokratischer Prozeß, ein Stück demokratischer Weltrevolution.

Aber das bleibt ja nicht auf diesen Teil Deutschlands begrenzt, sondern es kommen Rückfragen, Rückfragen an uns, an alle demokratischen Parteien. Und es kommt dann auch die Rückfrage an Sie, Herr Minister-

(Dr. Klose (CDU))

- (A) präsident.* Ich empfand Ihr Bekenntnis zur Präambel des Grundgesetzes richtig, dagegen Ihre Bemerkung, die Wiedervereinigung komme glücklicherweise nicht vor, falsch. Denn damit lösen Sie doch zu Recht bei den Menschen in Mitteldeutschland, in der DDR die Frage aus: Ist nun wirklich alles abgehakt? Ist nun wirklich alles erledigt, was führende Sprecher der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahren, noch in den letzten Monaten, zur Deutschen Einheit gesagt haben? Egon Bahr: Last der Wiedervereinigungssillusion, politische Umweltverschmutzung, Heuchelei. Und müssen Sie nicht auch das aufarbeiten, so wie wir andere Probleme aufarbeiten müssen?

Müssen Sie nicht eine Antwort auf die Bemerkung eines Mitglieds der Sozialen Demokratischen Partei in der DDR geben - ich zitliere die "taz" vom 13. November 1989 -:

Das Thema "Wiedervereinigung" wird an jeder Straßenecke in dieser Stadt und in diesem Lande gesprochen.

Es geht hier nicht um einen Streit der Begriffe; es geht darum, daß wir in der Bundesrepublik zu dieser Frage eine Antwort geben, ob die Wiedervereinigung noch unser Ziel ist, das wir auf dem Wege eines 10-Punkte-Programms letztlich anstreben. Auf diese Fragestellung haben die Menschen in der DDR eine Antwort verdient.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Ich frage mich, Herr Kollege Büsow - -

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ich bin völlig mit Ihnen einig, wenn wir sagen: die "deutsche Einheit"!)

- Herr Ministerpräsident! Es ist ein Streit um Begriffe. Ich glaube, wir haben in den letzten Monaten genügend Lehren erteilt bekommen, ob wir gut beraten sind, Prognosen und Spekulationen und heute sogar Meinungsumfragen für etwaiges Wählerverhalten in der DDR in die Debatte einzuführen. Haben wir denn nicht in den letzten Wochen gelernt, daß sich - was wir ja alle nicht mehr geglaubt haben - in einem totalitär regierten Land das Volk durchsetzen kann, daß das Volk entscheidet und nicht diejenigen, die an den Schreibtischen sitzen und Pläne und Theorien entwerfen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber eine Vision muß man haben, und deren Verwirklichung muß man anstreben.

Deshalb: Lassen wir doch den Menschen in der DDR mit dem von uns allen ja immer

wieder betonten Selbstbestimmungsrecht die Freiheit zu entscheiden, ob sie mit uns wiedervereinigt werden wollen. Ich bin überzeugt, die Antwort wird sehr eindeutig ausfallen. Das haben uns die Tage nach dem 9. November gezeigt. Aber die Entscheidung müssen diese Menschen treffen. (C)

Ebenso - und da lassen Sie mich noch auf die Frage von Frau Abg. Thoben eingehen - müssen sie eine Antwort darauf finden, was nun wirklich substantiell "demokratischer Sozialismus" ist, und auch eine Antwort auf die Frage finden, die Václav Havel kürzlich aufgeworfen hat, ob denn nicht endlich die Zeit gekommen sei aufzuhören, anderen Menschen in anderen Ländern oder dem eigenen Volk zu empfehlen, welches politisch-ideologische System nun eigentlich richtig sei. Auch diese Frage müssen sie sich als demokratische Sozialisten stellen lassen und müssen sie beantworten. Ebenso müssen wir die Frage der Menschen in der DDR beantworten, was wir unter "freier und sozialer Marktwirtschaft" verstehen, weil auch darauf eine Antwort verlangt wird.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, von der Sie wissen, daß mir dies am Herzen liegt. Ich habe gestern dem Ministerpräsidenten der DDR, Herrn Modrow, einen Brief mit der Bitte um Freilassung der politischen Gefangenen geschrieben. Abends erfuhren wir dann, daß eine Amnestie für alle diejenigen vorgesehen ist, die bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind. (D)

Ich sage hier: Das reicht nicht aus. Das ist nur ein erster Schritt. Viele werden aufgrund politischer Straftatbestände längere Freiheitsstrafen erhalten haben. Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik kritisiert zu Recht, daß die politisch Verantwortlichen sich zu diesem Thema bisher sehr zurückhaltend geäußert haben. Das war vor dem 7. Oktober und vor dem 9. November sicherlich richtig; heute aber muß eine klare und deutliche Sprache gesprochen werden: Es ist notwendig und muß zu der Amnestie hinzukommen, daß diejenigen, die verurteilt worden sind, auch rehabilitiert werden, daß rechtswidrige Urteile aufgehoben werden!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sage das nicht nur für diejenigen, die in den letzten Jahren das Schicksal der Freiheitsstrafe erleiden mußten, sondern auch für die mehreren tausend Sozialdemokraten, die nach 1946, nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED, liquidiert worden sind, nie wieder oder mit so nachhaltigen Schäden zurückgekehrt sind, daß sie ihres

(Dr. Klose (CDU))

- (A) Lebens nie wieder froh werden konnten. Ich sage das ebenso für die Christlichen Demokraten und für die Liberalen, von denen es einige hundert waren, die ein ebensolches Schicksal ertragen mußten. Auch für diese müssen wir - und das ist eine Aufgabe, die auch der Landtag zu erfüllen hat - die Rehabilitation verlangen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich erwarte, Herr Ministerpräsident, daß Sie dies in allen Gesprächen und Verhandlungen, die Sie führen werden, auch klar und deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin für diesen letzten Beitrag von Herrn Dr. Klose sehr dankbar, weil er uns auf ein Niveau zurückgeführt hat, das ich mir für die gesamte Debatte heute morgen gerade zu diesem Thema "Deutschland" gewünscht hätte. Bei einigen Diskussionsbeiträgen allerdings paßt das Wort Ulrich von Hutten: der Deutschen Zwietracht mitten ins Herz.

- (B) Es nutzt uns doch nichts, daß wir hier in einer peinlichen Vergangenheitsbewältigung gegenseitig nachweisen wollen, wer in der Vergangenheit mit den falschen Leuten geredet hat, wem in der Vergangenheit falsche Zitate über die Lippen gekommen sind. Diese Art peinlicher Rückbesinnung und Rückwendung bringt uns keinen Schritt weiter bei der Bewältigung der Probleme, die in Deutschland vor uns liegen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn wir müßten doch auch gemerkt haben: Was gestern noch richtig gewesen ist, was Stand der Dinge war, was Status quo war - und das hat sehr viel mit Bequemlichkeit, auch mit geistiger Bequemlichkeit zu tun -, das paßt seit dem 9. November nicht mehr. Wir alle sind aufgerufen, neu zu bedenken, wie die Daten, die jeden Tag neu gesetzt werden, in ein neues Gerüst der Politik für Deutschland eingehen können. Gerade vor diesem Hintergrund wäre es besonders peinlich, wenn wir hier mit dem Aschenputtel-Syndrom die Vergangenheit betrachten: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Wer gestern der richtige Gesprächspartner war, kann heute längst von der Geschichte überrollt sein und ist der falsche Gesprächspartner.

- (C) Am 13. November dieses Jahres hat der Präsident der Evangelischen Landeskirche Anhalt-Dessau auf der Westfälischen Synode gesprochen, eindrucksvolle Worte gesprochen, und ich möchte gerade zum Stil, in dem wir miteinander diskutieren sollten, das Zitat eines Menschen bringen, der in seinem Wortbeitrag auch keinen Hehl daraus gemacht hat, wie die persönliche Bitternis über 28 Jahre Gefangenschaft in ihm nachgewirkt hat. Aber vor dem Bekenntnis zu dieser Bitterkeit steht bei ihm das folgende Wort - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

Die groben Geschütze sind in der Welt zur Lösung von Problemen weder sinnvoll noch brauchbar. Aber für uns heißt das eben auch, daß die kleinen persönlichen bösen Geschütze der Aufrechnung, der Abrechnung nicht zum Zuge kommen dürfen.

Was hier gesprochen ist, wirklich vor einem bewegenden Hintergrund, wo ja eine Leidensgeschichte von Menschen dahintersteht, so etwas sagen zu können, das muß doch um so mehr für uns gelten, wenn wir uns überlegen, wie wir miteinander über das reden, was wir alle in der Vergangenheit getan haben.

Also: Weg mit dieser peinlichen Vergangenheitsbewältigung, hin zur Gegenwartsbewältigung!

- (D) Das schließt dann allerdings den Streit nicht aus, sondern da müssen wir schon um der Deutlichkeit, um der Klarheit willen sagen, was wir für richtig und was wir für falsch halten.

Bei allem Wohlwollen, hier hat der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und saarländische Ministerpräsident, Herr Lafontaine, in den letzten Wochen keine glücklichen Beiträge zu dem geleistet, was das Anliegen aller Deutschen sein sollte, wenn ich nur an das besonders böse Wort vom vierten Reich denke, das ja von einer englischen Massenzeitung zuerst aufgegriffen worden ist, das aber leider Herr Lafontaine dann ebenfalls meinte in die Diskussion einbringen zu müssen, im "Spiegel" unter der Überschrift "Das Gespenst des vierten Reiches".

Wer so leichtfertig über die deutschen Dinge redet, der begeht Unrecht an seinem eigenen Volk. Es geht nicht um das vierte Reich, sondern es geht um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, um ein demokratisches und friedliches Deutschland.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Von daher ist das mehr als unglücklich.

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Und bis in die letzten Tage hinein dieses genauso törichte und böse Wort von den Prämien, die wir angeblich den Deutschen zahlen, die zu uns herüberkommen! Wer als Deutscher von den sozialen Sicherungssystemen der Bundesrepublik Deutschland Gebrauch macht, der nimmt ein Recht wahr, das wir nicht angetastet wissen wollen, und der bekommt keine Prämien dafür gezahlt, daß er zu uns herüberkommt. Das sollten wir auch in aller Klarheit sagen.

Wenn ich "wir" sage, meine ich, Herr Ministerpräsident, vor allen Dingen Sie sollten das auch bei aller Freundschaft zu Ihrem Parteigenossen und Ministerpräsidenten des Saarlandes, Herrn Lafontaine, sagen, damit kein falscher Zungenschlag in unsere Diskussion weiter hineinkommt. Sie haben ihn korrigiert, aber Sie haben das mit einer behutsamen Uminterpretation getan. Behutsamkeit ist eine gute Sache, aber manchmal wäre Deutlichkeit schon der richtigere Weg. Bei dieser Sache hätte ich mir mehr Deutlichkeit als Behutsamkeit gewünscht.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das verstehe ich!)

- Das glaube ich, aber es geht um die Sache, nicht um Parteipolitik.

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns heute erklärt, Sie wollten für die Länder, die es in der DDR ja noch nicht wieder gibt, Ansprechpartner in Ihrem Kabinett bestimmen, damit überall zu diesen Regionen in der DDR die entsprechenden Kontakte geknüpft werden können.

(B)

Wir sind bereit, dieses mitzutragen als faire Gesprächspartner, als Leute die in dieser Sache auch Ideen einzubringen haben. Wir würden uns sehr wünschen, wenn es in dieser Angelegenheit nicht zu Fällen des *Fait accompli* kommen würde. So betrachten wir auch das, was Sie heute sagen, als eine positive Akzentverschiebung zu dem, was in der Abteilungsleiterkonferenz beim Staatssekretär am 21. November 1989 noch als Tendenz zu einem solchen *Fait accompli* deutlich geworden ist.

Herr Ministerialdirigent Gerlach - nicht zu verwechseln mit dem amtierenden Staatsratsvorsitzenden der DDR - spricht da in bezug auf den Ministerpräsidenten davon, es sei sein Ziel, auf vielen Gebieten zu Kooperationen mit der DDR zu kommen; die Bemühungen sollen sich regional insbesondere auf das Gebiet des Landes Brandenburg erstrecken, das das künftige Partnergebiet für NRW werden soll. So etwas sollte man

nicht aus Vermerken erfahren, so etwas sollte gemeinschaftlich diskutiert werden.

(C)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das ist auch nicht die Haltung der Landesregierung, sondern eine Überlegung.)

- Gut, das nehme ich zur Kenntnis, und wir begrüßen, daß Sie davon heute doch abgerückt sind, denn wir meinen - gerade, wenn ich mein Feld nehme, den Bereich der Wissenschaftspolitik -, es wäre ja eine unnötige Beschränkung der denkbaren Kontakte, wenn wir uns auf Brandenburg beschränken würden oder dort unseren Schwerpunkt sähen, und stellen fest, daß sich zwischen Dresden und Aachen, unabhängig von den Entwicklungen der letzten Wochen, schon außerordentliche positive menschliche und wissenschaftliche Kontakte angebahnt haben.

Also, hier sind wir bereit, mit Ihnen gemeinsam zu überlegen, wie die Möglichkeiten, die die Länder haben und die vor allen Dingen das starke Land Nordrhein-Westfalen hat, ausgenutzt werden können, um in der praktischen Politik zu den Gemeinsamkeiten zu kommen, die auch vor der staatlichen Einheit schon möglich sind.

Wir haben ja heute nicht nur eine deutschlandpolitische Debatte, sondern wir reden über den Haushalt des Ministerpräsidenten und damit über die politische Gesamtverantwortung in Nordrhein-Westfalen. Deswegen möchte ich doch einige Worte noch zu dem Bereich Wissenschaftspolitik sagen, den wir auch in diesem Jahr wieder als Schwerpunktthema angemeldet hatten.

(D)

Die Wissenschaftspolitik dieses Landes ist, wenn wir sie uns noch einmal im Rückblick der letzten Jahr vor Augen führen, durch einen bemerkenswerten Mangel an konzeptionellem Denken gekennzeichnet. Wir haben nicht nur Defizite in allen Bereichen der Wissenschaftspolitik festzustellen, wir haben auch festzustellen, daß wir sogar positive Entwicklungen inzwischen ins Negative verkehren. Wenn ich an das Sonderprogramm des Bundes, das Möllemann-I-Programm, denke, hat es viele Notlagen in Nordrhein-Westfalen gelindert. Es führt aber in Zusammenhang damit, daß wir kein tragfähiges Gerüst für die Gesamtpolitik im Bereich der Wissenschaft haben, dazu, daß wir zu neuen Verwerfungen kommen, daß insbesondere die Geisteswissenschaften, die schon aufgrund der Zuständigkeit des Bundes, der nur Notlagen lindern wollte, nicht im Mittelpunkt stehen konnten, noch mehr in den Windschatten der Wissenschaftspolitik zu

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) geraten drohen, als dies in den vergangenen Jahren bereits der Fall war.

In der nächsten Woche werden wir hier noch einmal mit unserer Forderung, den vollkommen überholten, vollkommen durchlöchernten sogenannten Strukturplan 2001 zurückzuziehen, schwerpunktmäßig darauf zurückkommen können.

Ein weiterer Punkt, der an den Hochschulen große Sorgen macht, ist die Tendenz, daß inzwischen jeder Landesminister bestrebt ist, sich seine eigenen Wissenschaft- und Forschungseinrichtungen in diesem Lande als Perle in seiner Herzogskrone zu schaffen. Das bedeutet natürlich auch eine Erschwernis einer Wissenschaftspolitik aus einem Guß, die von der Wissenschaftsministerin - oder wer auch immer in der Zukunft Wissenschaftsminister sein sollte - dann auch verantwortet werden muß.

Wir sind der Meinung: Alle diese Aktivitäten müssen im Wissenschaftsministerium zusammengefaßt werden. Es darf keine Zersplitterung geben, die einen Beitrag dazu darstellt, daß Forschung aus den Hochschulen auswandert und daß sie nicht mehr in einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden kann.

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen erläutern. Wir haben das Wissenschaftszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen mit eigener Zuständigkeit; darunter das Kulturwissenschaftliche Institut mit eigener Zuständigkeit, das Institut für Arbeit und Technik mit eigener Zuständigkeit; wir haben jetzt das Institut für Umweltanalysen, das sind alles Entwicklungen, die wir mit Sorgen sehen.

(B)

Ich selbst habe bei dem Thema Kulturwissenschaftliches Institut deutlich gemacht, daß wir geschaffene Realitäten, daß wir Vertrauen, das entstanden ist, daß wir Substanz, die entstanden ist, nicht in Frage stellen - auch wenn man das einmal zu einem früheren Zeitpunkt für falsch gehalten hat. Was gewachsen ist, muß man anerkennen.

Um so wichtiger und um so drängender wird für uns die Frage, wie wir denn die Substanz, die hier vorhanden ist, in ein Gesamtkonzept von Wissenschaftspolitik einbetten können, in dem unsere Hochschulen mit all ihrer Leistungsfähigkeit und all ihren Nöten nicht ausgegrenzt, sondern sinnvoll verbunden werden können. Das ist ein Thema.

Wenn Sie in die Hochschullandschaft hinausgehen, werden Sie feststellen, daß dies zu der Hauptsorge geworden ist, die unsere

verantwortlichen, vor Ort arbeitenden Wissenschaftler bedrängt. Auch dies ist von mir keine parteipolitisch gemeinte Anmerkung, sondern eine Anmerkung, die nun wirklich zu den Punkten gehört, die allen, die sich mit der Sache beschäftigen, ebenfalls Sorgen machen. Ich verstehe es auch nicht als politische Gegnerschaft, sondern als Unterstützung einer starken Position des Wissenschaftsministers dieses Landes. (C)

Meine Damen und Herren! Wir haben Gelegenheit, das Thema Wissenschaft heute nachmittag noch einmal zu vertiefen. Wir haben Gelegenheit, es in der nächsten Woche anhand von unter anderem zwei Anträgen der F.D.P.-Fraktion zu erörtern. Wir wollten noch einmal deutlich machen: Wissenschaft und Forschung sind für uns die Hauptthemen, die Hauptgestaltungsthemen der Landespolitik. Deswegen gehört es zu unserer Tradition, daß wir Jahr für Jahr auch bei der Diskussion um den Etat des Ministerpräsidenten dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt und dazu dann auch inhaltlich unseren Beitrag geleistet haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat eben formuliert: Die Bevölkerung der DDR hätte ihre Freiheit aufs Spiel gesetzt. Ich begreife das, was sich dort abspielt, völlig anders. Die Menschen suchen verzweifelt nach 40 Jahren Bevormundung die Freiheit, die man ihnen vorenthalten hat. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Wer Freiheit als Bedrohung oder Ellbogenfreiheit diskreditiert oder begreift, hat sie entweder noch nicht tatsächlich vermisst, oder er schätzt sie gering.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Die Formulierung hat der Ministerpräsident gebraucht; Sie können es im Protokoll wörtlich nachlesen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Thoben, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Frau Thoben (CDU): Bitte schön.)

Trinius (SPD): Frau Kollegin, sollte Ihnen wirklich entgangen sein, daß diejenigen, die in Leipzig demonstrierten, daß diejenigen, die sich zu Erörterungen in Räumen zusammen-

(Trinius (SPD))

- (A) fanden, um über Menschenrechtsfragen zu sprechen, in der Tat ihre Freiheit aufs Spiel setzten, weil die Staatssicherheit hinter Ihnen her war, weil drohte, daß sie inhaftiert würden? Haben Sie nicht herausgehört, daß er dies gemeint hat?

Frau Thoben (CDU): Herr Trinius, ich bin Ihnen für diese Zwischenfrage äußerst dankbar. Aber warum trägt denn der Ministerpräsident nicht vor, daß alles, was sich im Ostblock abspielt, dem einen Ziel der Menschen dient, Freiheit zu gewinnen?

(Beifall bei der CDU)

Warum trägt er, Herr Trinius,

(Trinius (SPD): Es ist nicht zu fassen!)

im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung - selbstverständlich - den Begriff "Frieden" vor, aber warum fehlt die für uns unverzichtbare Ergänzung "in Freiheit"?

(Dr. Farthmann (SPD): Daran ist doch kein Zweifel! Was soll der Unfug! Wir haben doch gesagt: Bei uns geht Freiheit vor Einigkeit. Das ist doch nie streitig gewesen! - Minister Heinemann: Vergiftung!)

- Herr Farthmann, ich habe mich in den letzten Wochen häufiger gefragt, warum die SPD so vehement dagegen zu Felde zieht, wenn jemand der DDR Ratschläge geben möchte. Der Ministerpräsident hat ja den bösen Satz geprägt, Ratschläge seien auch "Schläge".

(B)

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

Man fragt sich: Guten Freunden, Verwandten enthält man doch seine Lebenserfahrungen nicht vor, die man gemacht hat, von denen man annimmt, sie könnten nützlich sein, wenn man vor einem schweren Entwicklungsprozeß steht. Wie kommt es, daß Sozialdemokraten da so skeptisch sind? Wissen Sie, es ist verräterisch, Herr Farthmann, trotz all der Erfahrungen, die Sozialdemokraten hier in der Bundesrepublik mit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung real machen konnten, mit einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung in einem Ordnungssystem der Wirtschaft, das wir soziale Marktwirtschaft nennen - wieso können Sie das nicht offensiv vertreten und dafür werben?

(Beifall bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Immer dasselbe!)

Hat das nicht etwas damit zu tun, daß, wann immer Sie über dieses Thema sprechen, Sie

- ein Zerrbild unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeichnen? (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Fällt es Ihnen überhaupt nicht auf, daß Ihre Einlassung, in Richtung Westen müßten wir unsere sozialen Errungenschaften verteidigen, vergleichsweise schizophoren ist? Da fordern Sie die Bundesregierung laufend auf, sie täte das noch nicht mit dem ausreichenden Nachdruck. Soziale Errungenschaften!

(Dr. Farthmann (SPD): Sie haben doch alles abgebaut! - Gelächter bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU) - Dr. Farthmann (SPD): Was ist denn zum Beispiel mit der Gesundheitsreform?)

Herr Farthmann, und in Richtung Osten entfesseln Sie einen Begriffskrieg, der die Solidarität der Deutschen mit den Deutschen im anderen Teil unseres Vaterlandes gefährdet!

(Zustimmung bei der CDU - Mernizka (SPD): Popanz!)

Das scheint Ihre Absicht zu sein. Man kann das auch unter einer anderen Überschrift suchen. Man kann sich einmal Ihre Programme vornehmen und sich vorstellen, Sie würden mit gewissen Sätzen, auf die Sie so stolz sind, tatsächlich auf den Leipziger Marktplatz vor die Menschen treten, die Freiheit wollen.

(D)

(Zustimmung des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Da darf ich Ihnen einmal ein paar Sätze - -

(Dr. Farthmann (SPD): Sie brauchen uns keine Ratschläge zu geben, was wir den Leuten zu sagen haben!)

- Das will ich auch gar nicht. Aber ich versuche zu begreifen, warum Sie das, wovon Sie angeblich so überzeugt sind, da drüben nicht mehr vortragen. Weil Sie wissen, die Menschen würden weglaufen!

(Beifall bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Diese kleinkarierte Besserwisserei reicht mir!)

Die F.D.P. hat hier zu Recht ein Zitat von Ihnen, das Sie dankenswerterweise hier vor dem Landtag noch einmal bekräftigt haben, vorgetragen: "Wahre Demokratie vollendet sich erst im Sozialismus". Ich könnte mir vorstellen: In der DDR laufen Ihnen scharen-

(Frau Thoben (CDU))

(A) weise die Leute zu, wenn Sie den Satz vortragen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Das werden wir ja sehen, wem am 13. Mai die Leute zulaufen oder weglaufen.)

- Ich darf Ihnen, Herr Farthmann, ein anderes Zitat aus dem - -

(Mernizka (SPD): Sie können doch gar nicht mehr über Landespolitik reden, weil Sie Angst haben, daß Ihnen die Leute weglaufen!)

- Nein, ich werde Ihnen genau den Übergang - -

(Mernizka (SPD): Wenn Sie über Landespolitik reden müßten, haben Sie Angst, daß Ihnen die Leute weglaufen! - Zurufe und Lachen bei der CDU)

Wissen Sie, ich habe mir Ihr "Fortschrittsprogramm 90" angesehen, und ich habe mir angesehen, was Sie hier im Lande seit einer Reihe von Monaten, wenn nicht Jahren, an Veränderungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, soweit wir dafür zuständig sind, vornehmen. Darüber will ich schon mit Ihnen streiten. Das ist Landespolitik, Herr Mernizka. Ich hänge das ordnungspolitisch auf. Das ist nichts Abstraktes; das kann jeder Kommunalpolitiker erfahren; das kann jedes Unternehmen in diesem Lande erfahren.

(Mernizka (SPD): Hört mal, was die Unternehmer Euch sagen!)

Wie heißt es denn in Ihrem Programm, Herr Farthmann? Stellen Sie sich einmal vor, Sie würden das in der DDR vortragen. Zu der Frage, was heißt Marktwirtschaft, steht da:

In der privaten Verfügung über Produktionsmittel sieht die SPD nicht den unbedingt zu schützenden Kern, sondern genau umgekehrt ein historisches Problem der Marktwirtschaft.

Die versuchen drüben verzweifelt, Privateigentum zuzulassen, und Sie schreiben das in Ihr Programm!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Daß die Gefahr des Ausverkaufs besteht, ist Ihnen wohl noch gar nicht aufgegangen!)

Und dann darf ich Ihnen vortragen, was Sie noch verabreden. Sie wollen regionale

Wirtschafts- und Sozialräte und verpflichtende Entwicklungspläne. Und Sie schreiben: (C)

Großunternehmen, die ihre Interessen auf Kosten von Arbeitnehmern, Zulieferern und Konkurrenten durchsetzen ... Herrschaftsmacht des Kapitals über Menschen im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt ...

Wenn man dieses Verständnis von unserer Wirklichkeit in der Bundesrepublik hat, kann man den anderen tatsächlich keine Ratschläge geben!

(Beifall bei der CDU)

In vielen Ostblockländern, Herr Ministerpräsident, wird Ludwig Erhard gelesen, obwohl er tot ist. Die versprechen sich etwas davon. Beispielsweise die Partei aus den Blockparteien, der Sie sich vergleichsweise verbunden fühlen, formuliert:

Nur eine sofortige tiefgreifende Wirtschaftsreform, das heißt weg von der SED-Planwirtschaft, hin zu einer sozialen Marktwirtschaft, gibt uns noch die Möglichkeit, wirtschaftliche Erfolge in kurzer Zeit zu erreichen.

Warum können Sie so etwas eigentlich nicht einmal vortragen? Das wäre was.

(Beifall bei der CDU)

Und ein russischer Wirtschaftsführer stellt nach wenigen Monaten Aufenthalt bei uns - ich glaube sogar auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung - fest: (D)

Das kapitalistische System ist nicht so unmenschlich und ausbeuterisch wie man es bei uns bisher lesen konnte. Für einen vernünftigen Ausgleich der Interessen sorgen schon die Tarifpartner und die Betriebsräte.

Könnten Sie das nicht auch einmal vortragen? Das wäre doch was!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind für Hilfen, und wir sind für den Wettbewerb der Systeme. Nur, Herr Farthmann, wir tragen werbend das vor, wovon wir überzeugt sind. Tragen Sie das doch bitte auch vor, und dann wollen wir einmal sehen, was den Menschen in der real existierenden Situation der DDR mehr sagt.

(Dr. Farthmann (SPD): Das ist Unfug, was Sie hier vortragen; das hat nichts damit zu tun!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Herr Ministerpräsident, von Ihnen stammt das folgende Zitat. Sie haben gesagt, Ihr Beispiel für Sozialismus sei nicht Erich Honecker, sondern Olof Palme. Ich darf Ihnen vortragen, wie Olof Palme sein Verständnis von Sozialismus einmal auf eine Kurzformel gebracht hat.

(Mernizka (SPD): Das brauchen Sie doch nun wirklich nicht. Seien Sie doch nicht so überheblich!)

Er hat gesagt:

Mir ist ein gleichmäßig geschorener Rasen lieber als eine Wiese voll bunter Blumen.

Das ist nicht nur schon ökologisch falsch, sondern das wollen wir nicht!

(Beifall bei der CDU - Trinius (SPD): Da hat er über den "Französischen Garten" geredet!)

Bleiben Sie bei Ihrem Programm, wir bei unserem, und das aus tiefster Überzeugung!

(Mernizka (SPD): Das tun wir auch. Mit Ihrem haben Sie in Nordrhein-Westfalen noch nichts vorzuzeigen! Sie reden hier noch großartig und verlassen doch auch schon das sinkende Schiff!)

Und deshalb zu einem Beispiel, auch aus "Fortschritt 90", Loke Mernizka, nämlich zur Einrichtung regionaler Wirtschafts- und Sozialräte und zur Vorschrift, regionale Entwicklungsprogramme einzuführen. Das steht in Ihrem Programm ausdrücklich. Es steht auch darin: "Gemeineigentum von Schlüsselindustrien". Bieten Sie das da drüben doch einmal an, wenn Sie meinen, daß es ihnen helfen könnte.

(Beifall bei der CDU)

Das steht doch nicht in unserem Programm.

Wir haben als Vorstufe der Einrichtung "Regionale Wirtschafts- und Sozialräte" die harmloser klingenden "Regionalkonferenzen" erlebt. Wir haben hier schon verschiedentlich streitig darüber debattiert, ob das ein geeigneter Weg ist. F.D.P. und CDU waren der Auffassung: Das ist ein Irrweg. Die Landesregierung bleibt überzeugt. Wir haben ihr unter anderem vorgeworfen und vorgebracht, sie organisiere ein Chaos. Unser Eindruck ist: Sie machen das bewußt, um, wenn alles durcheinander ist, zusätzlichen Regelungsbedarf und zusätzliche Bürokratie fast zwangsläufig erscheinen zu lassen und damit Ihr eigentliches Ziel - Investitionslenkung - doch noch durchzusetzen.

Damals war das eine Vermutung von uns. Jetzt kann ich Ihnen vorlesen, was Sie tatsächlich machen. Ich darf aus einem Zwischenbericht zur "Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens" mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren; es heißt:

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen aus der ersten Antragsrunde sieht die Landesregierung zukünftig die Notwendigkeit, die vielfältigen und weitgefächerten regionalen Initiativen und Projektvorschläge jeweils stärker aufeinander abzustimmen, zu bündeln und in mittelfristig orientierte regionale Entwicklungsvorstellungen zu konkretisieren.

Sie fordert deshalb die Regionen auf, als Grundlage für weitere Antragsrunden im Jahre 1990 zunächst vordringlich entsprechende regionale Entwicklungskonzepte zu erarbeiten.

Über die Projekte, die aus der alten Runde übriggeblieben sind, schreiben Sie, es sei zu empfehlen, sie zusätzlich bei nächster Einreichung daraufhin zu überprüfen, ob sie mit diesen regionalen Entwicklungskonzepten auch zu vereinbaren sind.

Ist das etwas anderes als weitere Wege, ganz konkrete Schritte in planwirtschaftliche Elemente? - Diese wollen wir nicht. Darüber, das kann ich Ihnen sagen, werden wir die streitige Auseinandersetzung mit Ihnen immer wieder suchen.

(Mernizka (SPD): Du bist doch im nächsten Jahr gar nicht mehr da! Wo willst du die denn suchen?)

- Herr Mernizka, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ändert sich selten - es sei denn nach einem Krieg - schlagartig, sie ändert sich schleichend, wenn diejenigen, die aufgerufen sind, freiheitliche Ordnung zu bewahren, nicht frühzeitig aufmerksam sind. Ich sage deshalb in allem Ernst: Die Menschen drüben, im anderen Teil unseres Vaterlandes, bewegt die erstmalige Chance, eine freiheitliche Reform mit all den Rechten, die wir selbstverständlich haben, zu erreichen. Uns hier bewegt die Frage, ob wir verhindern können, daß weitere Schritte z.B. in einem Land wie Nordrhein-Westfalen ordnungspolitisch in eine andere Richtung gehen.

Hartmut Schauerte hat in diesem Zusammenhang vorgetragen: Wer Unordnung anzettelt, gefährdet Rechtsstaatlichkeit, macht Freiheit schwieriger. Ich füge hinzu: Er begünstigt Güstlingswirtschaft.

(Zustimmung von der CDU)

(C)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Es gibt nicht wenige in unserem Land, die sagen: Die Wirtschaftsförderung ist in einem derart chaotischen Zustand, daß der Willkür Tür und Tor geöffnet ist. Mit dem Ergebnis, Herr Ministerpräsident, daß politischer Druck - und das ist selbstverständlich der Druck der mit absoluter Mehrheit regierenden SPD - Förderanträge mit Zuschlägen versieht, die unter normalen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Richtlinien nicht passen. Sie wissen, daß es so läuft, und wir sagen Ihnen: Das sind Entwicklungen in Richtung auf den totalen SPD-Staat.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ich bestreite, daß es so läuft! Ich bestreite das!)

- Gut, dann werden wir uns darüber streiten!

(Ministerpräsident Dr. Rau: Gern!)

Ich werde Ihnen viele Beispiele nennen können, daß abgelehnte Projekte nach heftiger politischer Überprüfung abseits fachlich zuständiger Gremien plötzlich doch noch Zuschläge bekommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie machen die klassische Form des Canvassing, und die heißt: Stimmenkauf. Der Weg in den totalen SPD-Staat, den wir anhand einer Reihe von Dokumenten beschrieben haben, war nicht mal "so ein Dokument".

(B)

(Minister Dr. Schnoor: Erstaunlicher Zufall, das kann ich Ihnen sagen!)

Sie sind für klare Verhältnisse, das heißt: Sie wollen diese Art von Politik mit absoluter Mehrheit weitermachen können. Klare Verhältnisse heißt für Sie: totaler SPD-Staat.

(Zustimmung von CDU und F.D.P.)

Das ist nicht unser Ziel.

(Mernizka (SPD): Wo ist denn die Alternative? Bei Ihnen? - Dr. Rohde (F.D.P.): Das Sie keine haben, macht das deutlich. Das ist ja traurig!)

Herr Tschoeltsch hat an unsere Adresse gesagt, in einer Rede unseres Landesvorsitzenden sei etwas wenig Wirtschaft vorgekommen. Wir werben um die Zustimmung breiter Schichten der Bevölkerung - das ist vielleicht ein gewisser Unterschied zur F.D.P. -, und für diese breiten Schichten der Bevölkerung sind Fragen der Familien-

und Sozialpolitik sehr bedeutsam. Deshalb spielen diese bei uns - so meine Einschätzung und auch meine tiefste Überzeugung - zu Recht eine größere Rolle als bei der F.D.P.. Dagegen ist nichts zu sagen. Was aber die Wirtschaftspolitik angeht, warne ich vor einer Verengung dieser Frage dahin, es ginge dabei nur noch um den Etat des Wirtschaftsministers. (C)

Herr Ministerpräsident, weshalb Sie sich diesen Minister überhaupt noch halten, weiß kein Mensch. Zuständig ist der Wirtschaftsminister nämlich zunehmend für nichts mehr. Viele Dinge, die von großer politischer Bedeutung sind, laufen an ihm vorbei. Man hört, daß es intern Krach gibt, daß er Widerstand leistet, sich aber nicht durchsetzen kann. Es gibt Beispiele aus dem Etat 10 - Herr Matthiesen macht so Kreditverbilligungen in Richtungen UdSSR. Wenn das keine klassische Position ist, die in den Wirtschaftsetat gehört, verstehe ich überhaupt nichts mehr.

(Zustimmung von der CDU)

Ordnungspolitisch ist das eine deutliche Veränderung gegenüber allen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die für dieses Land typisch sind. Das findet der Wirtschaftsminister aber offensichtlich nicht. Ich sage Ihnen: Der Wirtschaftsminister dieses Landes hätte die Aufgabe, ressortübergreifend Unsinn zu verhindern. Da es ja auch um Standortqualität geht, gehört für uns in diesem Zusammenhang zur Wirtschaftspolitik auch die Frage einer verkehrlichen Infrastruktur und die Frage einer Bildungsinfrastruktur. Dies geht über den Etat des Wirtschaftsministers hinaus. Glauben Sie aber nicht, daß Sie nur mit verbalen Anläufen Investoren in dieses Land locken oder diejenigen, die schon hier sind, zu zusätzlichen Investitionen reizen können. "Mit Rau im Stau" ist kein geeignetes Programm. (D)

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Westermann von der Fraktion der SPD das Wort.

Westermann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier gerade, mit viel künstlicher Aufregung vorgetragen, eine Produktion von Worthülsen vernommen; ich fand das schon beeindruckend, Frau Thoben. Aber das kann nicht davon ablenken, daß Sie im Grunde genommen zur Wirtschaftspolitik dieses Landes, von der Sie immer zu sprechen meinten, doch recht wenig gesagt haben.

(Westermann (SPD))

- (A) Ich finde es zum Beispiel merkwürdig, wenn Sie Sozialismusinterpretationen vornehmen, mit denen ich persönlich wenig anfangen kann und die auch mit der Realität in unserem Lande überhaupt nichts zu tun haben. Auf diese abstrakte Diskussion, die Sie hier führen, antworten wir mit realer Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Realität sieht so aus, daß wir privates Kapital, private Initiative, Hilfen der öffentlichen Hand in der Infrastruktur, Anreize, Förderungsmaßnahmen und Investitionshilfen haben. Wir meinen, daß dieses Instrumentarium richtig ist.

(Vereinzelt Zustimmung bei der SPD)

Damit weisen wir auch alle Verdächtigungen auf einen neuen Staat oder eine neue Form von Wirtschaftspolitik zurück. Daß Sie das, was Sie heute gesagt haben, so betonen, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß Sie von der wirtschaftlichen Realität in unserem Lande ablenken wollen.

Herr Kollege Tschoeltsch hat vorhin wenigstens deutlich gemacht, daß sich die wirtschaftliche Situation in unserem Lande erheblich verbessert habe. Sie, Frau Thoben, nehmen das nicht einmal zur Kenntnis.

Zu Herrn Kollegen Tschoeltsch darf ich vielleicht noch sagen, daß er der F.D.P. zugute hält, daß sie die einzige Partei sei, die für Wirtschaft zuständig sei und davon Ahnung habe. In den Parteitage reden der Landesvorsitzenden der anderen Parteien nimmt er angeblich wenig zur Wirtschaftspolitik zur Kenntnis. Ich möchte sagen: Das liegt an der selektiven Wahrnehmungsfähigkeit unseres Kollegen Tschoeltsch; denn er hat wohl die Leitanträge auf dem Kölner Parteitag der SPD nicht gelesen. Und bei der Regierungserklärung 1985, die unter dem Leitthema "Ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes" stand, muß er wohl nicht dabei gewesen sein.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Wir sind der Auffassung, daß gerade die Wirtschaftspolitik, auch wenn wir sie im Zusammenhang mit dem Etat des Ministerpräsidenten diskutieren, ein Aktivposten ist, auf den wir insgesamt stolz sein können. Viele erinnern sich noch an die kritische Situation Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre. Alle wußten, wir mußten etwas tun, um den Strukturwandlungsprozessen entgegenzusteuern. Deshalb haben wir die Regierungserklärung 1985 auch unter das Motto "Ökonomische und ökologische Erneuerung" gestellt und in der Folge mit erheblichen Aufwendun-

gen zum Beispiel die Ausbildungsplatznot bekämpft, seit 1984 mit über 1,5 Milliarden DM; das war ein deutlicher Beitrag zur Beseitigung der Ausbildungsplatzmisere. (C)

Auch haben wir in den vergangenen Jahren trotz knapper Finanzen erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen, um wirtschafts- und strukturpolitisch unser Land voranzubringen. Heute können wir feststellen, daß sich diese Anstrengungen gelohnt haben; denn die Wirtschaftsstruktur hat sich deutlich verbessert. Zwar ist der Anpassungsprozeß in Problembranchen noch nicht abgeschlossen, aber er hat sich deutlich verlangsamt. Andere Wirtschaftszweige haben ihre Wirtschaftskraft erheblich verbessert.

Wir nehmen für uns in Anspruch, zu der Entwicklung, die sich in den vergangenen Jahren getan hat, entscheidend beigetragen zu haben. Wir erinnern uns noch an die Debatten Anfang der 80er Jahre, in denen wir für Probleme verantwortlich gemacht wurden. Wer uns seinerzeit die Wirtschaftsprobleme angelastet hat, der muß heute auch so ehrlich sein und uns die Erfolge, die wir feststellen können, zurechnen.

(Zuruf des Abg. Kuckart (CDU))

Dabei wissen wir natürlich auch, daß die verbesserte Situation in erster Linie auf dem Leistungswillen, der Anpassungsbereitschaft und der Innovationskraft unserer Unternehmen und der Leistungsfähigkeit unserer Arbeitnehmer beruht. Unsere Anstrengungen richten sich darauf, die vorhandenen Potentiale durch aktive Wirtschaftspolitik zu unterstützen. (D)

Wenn wir bilanzieren, stellen wir fest - und teilen diese Auffassung mit denen, die in der Wirtschaft im Lande Verantwortung tragen -, daß die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen so gut ist wie in den letzten zehn Jahren nicht mehr. Allein in den letzten fünf Jahren sind trotz Strukturwandels per saldo über 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Allein im letzten Jahr hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen um 103 000 auf über 5,65 Millionen erhöht. Dabei muß man wissen, daß sich in diesem Saldo des Zuwachses von Arbeitsplätzen erhebliche Strukturveränderungen widerspiegeln. Den Arbeitsplatzverlusten bei Kohle, Stahl und im Bauhauptgewerbe stehen erhebliche Zuwächse im Bereich Elektrotechnik, Chemie, Kunststoff, Fahrzeugbau, in der Eisen-, Blech- und Metallwarenverarbeitung, insbesondere aber auch im Dienstleistungssektor gegenüber.

(Westermann (SPD))

- (A) Was uns besonders freut und was wir auch heute anlässlich der Generaldebatte darstellen möchten - da sind uns diese abstrakten Theoriediskussionen nicht so wichtig -, ist, daß wir bei der Umstrukturierung des Ruhrgebietes deutliche Fortschritte gemacht haben. Obwohl hier die Probleme etwas schwieriger lagen als in anderen Teilen unseres Landes, ist auch im Ruhrgebiet die Zahl der Arbeitsplätze seit 1984 um 16 550 angestiegen; der größte Teil des Anstiegs mit über 14 000 war im letzten Jahr festzustellen.

Wenn wir diese verbesserte wirtschaftliche Situation in allen Landesteilen, mittlerweile auch in der Ruhrgebietsregion feststellen, gibt uns dies Anlaß, anzumerken, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen zu dieser Entwicklung einen erheblichen Beitrag geleistet haben. Die Zukunftsinitiative Montanregionen war in diesem Zusammenhang wichtig. Dabei möchte ich herausstellen, daß für dieses Programm 1988 bis 1991 2,24 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden. Hiervon trägt allein das Land Nordrhein-Westfalen 1,58 Milliarden DM oder 70 % und damit den Hauptanteil.

Dadurch konnten zusammen mit den Gemeinschaftsaufgabemitteln des Bundes in Höhe von 400 Millionen DM und mit 164 Millionen DM Strukturhilfemitteln des Bundes sowie mit 100 Millionen DM EG-Mitteln aus dem Programm RESIDER Innovations- und Technologieförderung, Qualifikationsmaßnahmen, Förderung von Arbeitsplätzen durchgeführt sowie Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur und Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation gefördert werden.

(B)

Wir stellen fest, daß dies ein wichtiger Beitrag zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes war. Das dokumentiert ja auch, daß die Zukunftsinitiative Montanregionen bei allen im Lande Verantwortung Tragenden Zustimmung gefunden hat. Die neuen Formen der Kooperation, der Dezentralisierung der Entscheidung und der Konsensfindung vor Ort haben mit dazu beigetragen, daß wir in Nordrhein-Westfalen ein investitionsfreundliches Klima haben.

Weil die Zukunftsinitiative Montanregionen erfolgreich war, haben wir bewußt auch als Landtagsfraktion gemeinsam mit der Landesregierung diese Initiative landesweit ausgedehnt, um das, was wir an positiven Erfahrungen in den Montanregionen gemacht haben, auf alle Landesteile zu übertragen. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind zur Verfügung gestellt worden, und wir freuen uns, daß auch im zweiten Nachtragshaushalt noch ein Ergänzungsprogramm für solche Förderbe-

reiche aufgenommen worden ist, die nicht investiv sind und für die wir bisher keine Mittel hatten. Damit ist uns auch der Einstieg in Qualifizierungsmaßnahmen, Technologieförderungsmaßnahmen und in die Förderung produktionsnaher Dienstleistungen in solchen Regionen möglich, wo wir bisher keine Fördermittel hatten.

(C)

Lassen Sie mich etwas sagen zu dem, was Kollege Tschoeltsch zu diesem Sektor angemerkt hat. Er hat nämlich beklagt, daß wir es nicht landesweit entsprechend dem F.D.P.-Antrag ermöglicht hätten, regional zu analysieren, Ziele festzulegen und entsprechende Maßnahmen zur Entwicklung der Regionen vorzuschlagen. Wir haben diesen Antrag gemeinsam mit der CDU im Wirtschaftsausschuß abgelehnt, weil wir der Auffassung waren, daß die Erkenntnisse, die wir aus dem Bericht der Mikat-Kommission gewonnen haben, so hinreichend sind, daß sie als Handlungsmaßstab auch in den anderen Regionen zugrundegelegt werden können.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist jetzt wieder eine neue Position!)

Man muß dabei wissen, auch bei der Beurteilung des Mikat-Berichtes, der ja im Inhalt positiv bewertet worden ist, daß man zu seiner Fertigstellung mehr als 1 1/2 Jahre gebraucht hat. Teilweise hat es dazu geführt, was Professor Mikat auch gesagt hat, daß er, als er vorgelegt wurde, bereits überholt war. Wir haben jetzt einfach nicht die Zeit, noch zwei bis drei Jahre zu analysieren, sondern es war richtig, die Zukunftsinitiative sofort umzusetzen.

(D)

Zum Thema Strukturbeiräte. Frau Kollegin Thoben, daß Sie da immer befangen sind und daß Sie da wohl auch große Ängste bei diesem Wort haben, ist uns vollständig klar.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Nur, der Vorwurf der Strukturbeiräte in Richtung SPD-Fraktion geht an die völlig falsche Adresse, wenn Sie damit auch die Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen gleichsetzen. Sie alle wissen, daß wir bei der Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht von Strukturbeiräten reden können. Wir haben hier Gremien für freiwillige Kooperation geschaffen,

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

die Sachkundigen aus den Regionen haben sich mit eingeschaltet. Es ist immer begrüßt worden, daß unsere Wirtschaftspolitik dezentralisiert ist. Ich glaube, daß diejenigen, die

(Westermann (SPD))

- (A) aus der Wirtschaft, aus den Kammern - aus den Industrie- und Handelskammern, aus den Handwerkskammern - und auch aus dem politischen Bereich mitarbeiten, nicht das Gefühl haben, daß Sie hier in Strukturbeiräten sitzen. Ich kann Sie nur auffordern: Hören Sie endlich auf, diese Arbeit all derer, die dort vor Ort Verantwortung tragen, durch solche Negativbegriffe zu diskreditieren.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Sie haben es bis heute nicht verstanden, was da wirklich abläuft!)

- Wir haben das schon verstanden; denn wir waren dabei. Allerdings wenn Sie das hier behaupten, dann muß ich Ihren Kollegen Hinrichs zitieren, der doch auch gesagt hat, er hätte nicht das Gefühl, daß er in einem Strukturbeirat säße. Bevor Sie hier reden, werden Sie sich erst einmal in Ihrer eigenen Partei einig.

Meine Damen und Herren, die Zukunftsaussichten unseres Landes und auch im Ruhrgebiet sind wieder gut. So stellen die Ruhrgebietskammern in ihrem diesjährigen Herbstbericht fest, daß der konjunkturelle Aufschwung im Ruhrgebiet mit unveränderter Dynamik anhält. Die Umsätze sind kräftig gestiegen. Wir sind mittlerweile in vielen Branchen an den Kapazitätsgrenzen angelangt, und, was wichtig ist, auch die Investitionstätigkeit in unserem Lande ist rege. Aber auch die Erweiterungsinvestitionen, die ja gerade für neue Arbeitsplätze eine wichtige Rolle spielen, werden zunehmend stärker. Auch die Stimmung im Handwerk ist hervorragend. So signalisiert zum Beispiel der Geschäftsklimaindex der Handwerkskammer Düsseldorf im Herbst 1989 das beste Konjunkturergebnis seit mehr als zehn Jahren.

Wir meinen, daß wir als SPD-Fraktion und als Landesregierung zu dieser guten Situation und auch zu den guten Perspektiven unseren Anteil beigetragen haben. Wenn wir uns einmal ansehen, was die verschiedenen Ebenen zur Bewältigung des Strukturwandels getan haben, muß man doch deutlich erkennen, daß das Land Nordrhein-Westfalen die Hauptlast getragen hat.

Ich muß sagen, ich habe mit Interesse und Schmunzeln das Interview des Kollegen Linssen in der Handwerkszeitung, das heißt im "Deutschen Wirtschaftsblatt", vom 23. November 1989 gelesen. Hier nahm Herr Linssen für die CDU in Anspruch, daß die Erneuerung des Landes, der Aufbruch im Lande in erster Linie über die Strukturhilfen von

Bonn bewerkstelligt worden sei. Das war Ihre Aussage, Herr Kollege Linssen. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

- Und Sie beklatschen Sie auch leider noch, und das unterstreicht ja Ihre Ahnungslosigkeit und Ihr Unwissen.

(Zurufe von der CDU)

Denn jeder Sachkundige weiß doch, daß Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz, das erst Ende 1988 beschlossen worden ist, Mitte des Jahres nach Bonn gemeldet und von dort genehmigt werden mußten und daß mit der Realisierung jetzt gerade überhaupt erst begonnen worden ist, das heißt, daß so gut wie überhaupt keine Mark bisher geflossen ist. Wer, wie Sie das hier jetzt tun, schon Erfolge darstellen will, der will bewußt die Öffentlichkeit täuschen, und so etwas nenne ich Hochstapelei.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Westermann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Linssen?

(Westermann (SPD): Ja!)

- Bitte!

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Westermann, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie damit Helmut Schmidt widersprechen, der gesagt hat, mindestens die Hälfte der Wirtschaftspolitik sei Klima? Und das ist dadurch bewirkt worden. (D)

(Lachen bei der SPD)

Westermann (SPD): Wenn Sie vom Klima sprechen, Herr Kollege Dr. Linssen, dann meine ich, hätten wir durch unsere Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre, durch die Zukunftsinitiative Montanregionen und durch die Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen, deutlich mehr zur Klimapflege beigetragen, als Sie durch Ihre Frage unterstellen. Wenn Sie sagen, es hätte wenigstens Klima gebracht, unterstreichen Sie im übrigen, daß es in der Sache nichts gebracht hat, und das unterstützt nur meine Meinung, daß es Hochstapelei ist, wenn Sie schon die Erfolge dieser Strukturhilfen nach draußen verkaufen.

Wir sind der Meinung, daß wir einen großen Teil des wirtschaftlichen Aufbaus in Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft bestritten haben. Wenn wir uns die verschiedenen Sonderstrukturprogramme und die finanziellen Aufwendungen dafür ansehen, dann können

(Westermann (SPD))

- (A) wir das auch beweisen. Denn wir stellen von 1988 bis 1993 allein 590 Millionen DM für die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung in den Montanregionen zur Verfügung, 100 Millionen DM nach dem EG-Gemeinschaftsprogramm mit Nordrhein-Westfalen RESIDER und 207 Millionen DM nach dem EFRE genannten Gemeinschaftsprogramm der EG mit uns. Das ist insgesamt ein Sonderstrukturbeitrag unseres Landes in einer Größenordnung von 897 Millionen DM.

Demgegenüber beteiligt sich der Bund auf Drängen des Landes - die Ruhrgebietskonferenz ist ja nicht zufällig zustande gekommen und die damaligen finanziellen Beiträge auch nicht - an der Gemeinschaftsaufgabe mit 590 Millionen DM und die EG an EFRE und RESIDER mit 324 Millionen DM. Hier wird deutlich, daß Nordrhein-Westfalen die finanzielle Hauptlast der Umstrukturierung trägt. Dabei fällt auf, daß die EC zunehmend wirksamere Strukturpolitik für unser Land und deutlichere Strukturpolitik als die Bundesregierung

(Frau Thoben (CDU): Was?)

macht und daß sie das auch nach anderen Kriterien tut. Hier wird die Kritik Nordrhein-Westfalens an der Neuordnung der Gemeinschaftsaufgabe unterstrichen. Wir haben seinerzeit schon gesagt, daß die Festlegung der Fördergebiete nichts anderes war als Gefälligkeitspolitik gegenüber den von CDU- und CSU-regierten Bundesländern.

(B)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Bereiche besonders hervorheben, weil sie auch heute morgen eine besonders große Rolle gespielt haben. Zur Außenwirtschaftspolitik! Nordrhein-Westfalen ist das Exportland Nr. 1 in der Bundesrepublik. Mit seinem Export von rund 145 Milliarden DM liegt es an zehnter Stelle der Exportnationen in der Welt, vor vielen Nationalstaaten. Deshalb ist es wichtig - weil jeder dritte Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen vom Export abhängig ist -, diese Aktivitäten zu verstärken und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Hier möchte ich anmerken, daß wir zu Recht auf die Außenwirtschaftspolitik unseres Landes stolz sein können. Das mißt sich nicht nur in den Etats des Wirtschaftsministers und den Mitteln für Delegationsreisen, Auslandsmesseförderung, Außenwirtschaftstage, Information und Beratung, sondern noch viel wichtiger sind die Beiträge, die durch personelle Anstrengungen der Landesregierung erbracht werden. Allein in diesem Jahr war Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen in

Brasilien, in Uruguay, in Argentinien, in Saudiarabien, in Finnland, der Türkei, in der UdSSR und in Litauen.

(C)

(Frau Thoben (CDU): Der Ärmste!)

Allein auf den Moskauer Informationstagen waren 6 000 Teilnehmer. 53 Firmen aus Nordrhein-Westfalen konnten sich dort präsentieren, und 120 Unternehmensvertreter hatten die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und Geschäfte abzuschließen. Diese Delegationsreisen bieten den Unternehmen die Gelegenheit, die wirtschaftlichen Gepflogenheiten anderer Länder kennenzulernen und Erfahrungen zu sammeln. Die Struktur der teilnehmenden Unternehmen - vom Maschinenbau bis zur Verpackungsindustrie - zeigt, daß dieses Angebot angenommen wird.

Erst kürzlich wurde in einem Gespräch mit Unternehmern, die an solchen Delegationsreisen teilgenommen hatten, das Engagement des Wirtschaftsministers gewürdigt. Ich möchte dieses dicke Lob auch einmal hier im Landtag öffentlich weitergeben.

Die Außenwirtschaftspolitik hat aber auch gerade angesichts der Veränderungen in Osteuropa und in der DDR erhebliche Bedeutung. Das zeigt unter anderem das, was im November dieses Jahres an Verträgen von nordrhein-westfälischen Firmen in der UdSSR anläßlich des Besuchs unseres Ministerpräsidenten geschlossen worden ist. Frau Kollegin Thoben, Sie haben gerade schon gesagt: und des Umweltministers. Selbstverständlich! Frau Kollegin Thoben, Sie haben gerade selbst gesagt, daß Aufträge in einer Größenordnung von 1,6 Milliarden DM vergeben worden sind, insbesondere im Umweltschutz. Daß es Umweltschutzprojekte waren, heißt natürlich nicht, daß die finanzielle Abwicklung über den Etat des Umweltministers geht. Denn Sie wissen selbstverständlich, daß ein Großteil - -

(D)

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Sie haben davon gesprochen, daß der Etat des Wirtschaftsministers an Bedeutung verliere und daß das demnächst über den Umweltminister und andere liefe. Sie wissen genau wie ich, daß ein Großteil über Bürgschaften und auch über Privatinvestitionen abgewickelt wird. Deshalb ist die Kritik in der Form, wie Sie sie angebracht haben, völlig unangebracht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Westermann, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Zustimmung des Abg. Westermann (SPD))

- Bitte schön!

- (A) Frau Thoßen (CDU): Herr Westermann, ist Ihnen bekannt, daß im Etat des Umweltministers ein Programm "Exporthilfen Richtung UdSSR" steht, das dazu dienen soll, die Kosten von Hermes-Bürgschaften für die Unternehmen zu verbilligen? Das bedeutet eine neue Qualität der Exportsubventionierung, die es bisher in diesem Lande nicht gegeben hat. Überrascht es Sie nicht, daß das im Etat des Umweltministers und nicht im Etat des Wirtschaftsministers vorkommt?

Westermann (SPD): Ich nehme Ihre Information zur Kenntnis; der Umweltminister bestätigt sie. Das ändert aber nichts an der Grundtatsache. Es ist ja egal, wer finanziert. Es ändert nichts an der Grundtatsache, daß dieser Besuch in der UdSSR, daß die Aktivitäten des Umweltministers, des Wirtschaftsministers und des Ministerpräsidenten zu einem Abschluß von 1,6 Milliarden DM geführt haben und daß deshalb diese Reise ein voller Erfolg war.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir erinnern uns noch an die Debatte, die Sie, meine Damen und Herren, anlässlich der Kooperationsvereinbarung mit der UdSSR um den THTR geführt haben. Seinerzeit ging es um ein Geschäft mit einem Auftragsvolumen für die Bundesrepublik von 400 Millionen DM. Sie hier im Landtag wollten sich und die Bundesregierung damals feiern lassen. Wenn das damals für Sie so wichtig war, dann hätten wir eigentlich gern einmal auch positive Worte zu diesem Großprojekt von 1,6 Milliarden in der Umwelttechnologie gehört. Außerdem bestätigt sich auch das schon, was wir seinerzeit bei der THTR-Debatte gesagt haben: daß es wichtiger ist, Maschinenbautechniken und Umwelttechnologien in den Ostblock zu exportieren als Kernkraftwerke.

- (B) Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht noch einige Anmerkungen zu dem Thema "DDR und Unterstützungsmöglichkeiten unseres Landes für die DDR" machen:

Kollege Tschoeltsch hat gesagt, wenn wir auf die 3. Stufe der Steuerreform verzichten und damit unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessern, dann wären wir in der Lage, auch entsprechende Unterstützungsleistungen an die DDR zu liefern.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist falsch, wie Sie mich zitieren!)

- Sie haben auf jeden Fall gesagt: Verzicht auf die 3. Stufe der Steuerreform. Selbstverständlich.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Sie müssen richtig zuhören, wenn Sie mich zitieren wollen!)

- Dann können Sie es ja korrigieren.

(C)

Auf jeden Fall war deutlich Ihre Aussage, daß Sie auf die 3. Stufe der Steuerreform verzichten möchten

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist falsch!)

und daß Sie mehr auf Unterstützungsmaßnahmen im privaten Bereich setzen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist in der Tat richtig!)

Ich freue mich, wenn Sie sich jetzt korrigieren und sagen, daß das falsch ist. Denn auch wir sind der Auffassung, daß man auf die 3. Stufe der Steuerreform verzichten sollte und damit den finanziellen Spielraum gewinnen würde, um die Entwicklung in der DDR deutlich zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben angedeutet, daß 20 Milliarden DM kein Betrag seien. Wir müssen uns doch einmal in Erinnerung rufen, daß die DDR - wie Nordrhein-Westfalen - eine Bevölkerung von 16,5 Millionen Bürgern hat. Das heißt also: Wenn wir einen Teilbetrag - wir haben Mittel für die Montanregionen in Höhe von 2 Milliarden DM eingesetzt - der Steuerreform einsetzen würden, könnten wir deutliche Impulse für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der DDR leisten.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das glauben Sie doch selber nicht!)

(D)

Da geht es nicht - wie ich das gestern in einer Karikatur gesehen habe -, daß der Bundeskanzler, als Doktor verkleidet, den Patienten DDR am Telefon hat und sagt: Wenn sie wieder gesund sind, dann kommen sie bitte vorbei, dann werde ich ihnen etwas verschreiben.

Wenn wir der Auffassung sind, daß geholfen werden muß, dann muß das sofort geschehen und darf nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden.

(Trinius (SPD): Wie das Österreich gemacht hat!)

Herr Dr. Linssen hat heute morgen gesagt, daß wir ein Soforthilfeprogramm brauchen. Dazu möchte ich anmerken, daß wir, wenn wir hier schon feste, konkrete Programme für die DDR vorlegen, einmal überlegen, welche Arroganz dahinter steckt. Was müssen denn unsere Landsleute in der DDR denken, wenn wir uns, statt mit ihnen zu beraten, wie

(Westermann (SPD))

- (A) Lehrmeister* aufführen, schon fertige Konzepte auf den Tisch legen, von denen wir meinen, daß sie gut für unsere Landsleute in der DDR wären.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das will ja keiner!)

Gegen ein Sofortprogramm spricht eigentlich auch, was Sie dann in der Konkretisierung gesagt haben. Denn es heißt, Sie wollten gleichzeitig konkrete Maßnahmen zur Überleitung der Wirtschafts- und Sozialordnung der DDR und zur Überführung von öffentlichem Eigentum in Privateigentum vorschlagen.

Die Menschen in der DDR haben 40 Jahre in ihrem System gearbeitet. Glauben Sie doch nicht, daß man von heute auf morgen im Rahmen eines Sofortprogrammes das verändern kann, was sich 40 Jahre lang in den Köpfen eingepreßt hat. Deshalb ist allein der Begriff Sofortprogramm völlig falsch und widersprüchlich.

(Dautzenberg (CDU): Das ist eine Bevormundung, die Sie betreiben!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht noch etwas zu dem Bereich Beschäftigungspolitik, den Herr Tschoeltsch hier angesprochen hat, sagen: Sie haben heute noch einmal Ihre alten Positionen angedeutet, daß man dadurch Beschäftigung schaffen könne, daß man Beschäftigungshemmnisse abbaue und Maschinenlaufzeiten und ähnliches verändere.

(B)

Herr Kollege Tschoeltsch, ich kann Ihnen sagen, das geht völlig an der Realität vorbei. Diese alten Hüte, die Sie immer wieder aus der Klamottenkiste hervorzaubern, sind wirklich keine Lösung der Probleme, die wir am Arbeitsmarkt haben.

Wenn Sie sich die Arbeitsmarktstatistik vom November ansehen, stellen Sie fest, daß wir unter den 643 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen, die ohne Arbeit sind, alleine 77 600 Ausländer ohne Beschäftigung haben, rund 54 000 Schwerbehinderte und rund 37 000 Menschen, die 59 Jahre und älter sind.

Ich sage ganz deutlich, daß diesen Problemgruppen, nämlich den Ausländern, den Behinderten und den älteren Arbeitslosen, durch die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten überhaupt nicht geholfen wird.

(Beifall bei der SPD - Dr. Rohde (F.D.P.): So ist es!)

Was wir zum Abbau der Arbeitslosigkeit brauchen und was auch ein humaner Weg ist, ist die Wiedereingliederung dieser Menschen, die keine Beschäftigung haben. Das kann man nur dadurch, daß man Qualifizierungsanstrengungen unternimmt, um diese Menschen wieder für den Arbeitsprozeß einsetzbar zu machen. Aber da helfen keine Verlängerungen der Maschinenlaufzeiten. Da hilft es auch nicht, die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in Frage zu stellen,

(C)

(Dr. Rohde (F.D.P.): Deswegen unterstützen wir auch Herrn Farthmann!)

sondern da muß gezielt angesetzt werden, und ich glaube, daß es da auch eine Sache der Arbeitgeber ist zu überdenken, welche Anforderungen sie an unsere Arbeitslosen stellen.

(Dr. Rohde (F.D.P.): So ist es!)

Es ist bedrückend zu hören, wenn einem heute von den Arbeitgebern gesagt wird, daß einer mit 45 oder 48 Jahren allein schon aufgrund des Alters keine Chance mehr haben soll.

Man muß den Arbeitgebern auch einmal deutlich sagen, daß es nicht nur 25jährige gibt, die Erfahrungen haben wie ein 50jähriger und die soviel verdienen möchten wie ein 18jähriger.

Arbeitsmarktpolitik muß für die Menschen, die keine Arbeit haben, gemacht werden. Da müssen wir klare Antworten geben. Und der Beitrag, Herr Kollege Tschoeltsch, den Sie heute morgen eingebracht haben, war sicherlich deutlich ungeeignet.

(D)

(Beifall bei der SPD - Mernizka (SPD): Sehr richtig!)

Lassen Sie mich zu Ihrer wiederholten Forderung nach Rückkehr zum Konsens von Kohle und Kernenergie folgendes anmerken: Ich frage mich, wie lange Sie diese Formel eigentlich noch herunterbeten möchten.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Bis Sie sie annehmen!)

Was nützt es überhaupt? Wem bringt es etwas?

(Dr. Rohde (F.D.P.): Ja, Ihnen!)

Wenn Sie zum Konsens von Kohle und Kernenergie zurückkehren möchten, dann sind wir doch eigentlich die verkehrte Adresse.

(Westermann (SPD))

- (A) Wer ist denn aus der Kernenergie ausgestiegen?

(Dr. Rohde (F.D.P.): Sie!)

Es ist doch die Wirtschaft gewesen, die Wackersdorf aufgegeben hat, und es ist auch die Wirtschaft gewesen, die den THTR aufgegeben hat.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Das zeigt doch, daß hier allein auch im Bereich der Wirtschaft - weil es wirtschaftliche Probleme gibt, weil es Sicherheitsfragen und weil es Entsorgungsfragen gibt - sich die Wirtschaft hier aus der Kernenergie auskoppelt. Ich weiß nicht, warum CDU und F.D.P. trotz Widerstands aus den eigenen Reihen an diesen alten Formeln festhalten.

Ich finde es auch sachlich falsch, wenn hier immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die Kernenergie subventioniere die Kohle. Sie alle wissen, daß die Braunkohle der billigste Energieträger ist, den wir überhaupt haben. Er braucht überhaupt nicht subventioniert zu werden: weder durch öffentliche Mittel noch durch Erlöse aus der Kernkraft.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Westermann, darf ich Sie noch einmal unterbrechen?

- (B) Westermann (SPD): - Ich möchte meinen Gedanken eben zu Ende führen. - Braunkohle ist der billigste Energieträger in der Verstromung. Er braucht keine Subventionierung.

Von der Kernenergie weiß man, daß die Kernenergie nur dann wirtschaftlich ist, wenn sie in der Grundlast arbeitet, das heißt, wenn die Kraftwerke rund um die Uhr laufen. Selbst die Preisvergleiche zeigen deutlich, daß die Steinkohle im Mittellastbereich und im Spitzenlastbereich sogar aus Kostengründen überlegen ist.

Wiederholen Sie deshalb nicht immer diese pauschalen und im Grundsatz falschen Argumente, Kernenergie würde Kohle subventionieren. Das stimmt einfach nicht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dautzenberg, bitte schön!

Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Westermann, würden Sie die Aussage aufrechterhalten, daß die Wirtschaft mit dem Ausstieg aus der Kernenergie einen Parteitagbeschuß der SPD umgesetzt hat und daß das nicht Regierungshandeln der SPD NRW oder gar der Landesregierung war?

Westermann (SPD): Herr Kollege Dautzenberg, ich verstehe Ihre Frage nicht. Ich wußte bisher noch nicht, daß sich die Wirtschaft oder daß sich Unternehmen der Wirtschaft an Parteitagsbeschlüssen der SPD orientieren. Dies war eine rein technologische Entscheidung und eine wirtschaftliche Entscheidung, denn die VEW haben klar erkannt, daß sie nicht in der Lage waren, den THTR wirtschaftlich weiter zu betreiben und daß es im weiteren Ablauf nicht auszuschließen war, daß es zu Stillständen gekommen wäre, die das Ganze zu einem finanziellen Abenteuer hätten werden lassen. Insofern waren es nicht die Parteitagsbeschlüsse der SPD, die zur Stilllegung des THTR geführt haben, sondern rein wirtschaftliche und Sicherheitsüberlegungen.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Lassen Sie mich zum Energiebereich abschließend sagen: Unser Weg in der Energiepolitik ist klar und vorgezeichnet. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß man sparsam und rationell mit Energie umgehen muß, daß wir aber auch auf unsere heimischen Energiequellen Stein- und Braunkohle setzen und daß wir wegen der Gefahren und der mangelnden Sicherheit, aber auch den Problemen bei der Entsorgung von Kernkraftwerken auf den Einsatz von Kernenergie verzichten möchten. Wir halten diesen Weg nach wie vor für richtig.

Lassen Sie mich letztendlich zur wirtschaftlichen Situation und zu dem, was in den vergangenen Jahren passiert ist, anmerken: Wir meinen, die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in den vergangenen Jahren war erfolgreich. Sie hat den Strukturwandel in unserem Lande gefördert und beschleunigt. Wir haben es geschafft, aus eigener Kraft vorwärtszukommen. Die Hilfen des Bundes waren leider nicht immer ausreichend, manchmal oft sogar destruktiv. Ich konnte es wegen der Kürze der Zeit gerade nicht mehr weiter ausführen. Aber wir werden unabhängig davon, was der Bund für unser Land tut, weiterhin an der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung unseres Landes arbeiten und diesen Kurs konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Pohl für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Abschluß der Debatte zum Einzelplan des Ministerpräsidenten noch einige wenige Anmerkungen!

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Der Ministerpräsident hat hier die Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik beschworen und sich gegen das Gift der Unterstellung gewehrt. Nun, meine Damen und Herren, dann hätte ich allerdings auch gerne gehört, daß der Ministerpräsident von Irrtümern gesprochen hätte, von Irrtümern gesprochen hätte, die von seinen Parteifreunden und von ihm selbst in den vergangenen Jahren getätigt wurden. Ich hätte gerne gehört, daß der Ministerpräsident gesagt hätte, der Exbundeskanzler und Ehrenvorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, habe sich geirrt, wenn er am 14. September 1988 davon gesprochen hat, die Wiedervereinigung ist die Lebenslüge der zweiten Republik.

(Zustimmung des Abg. Dr. Worms (CDU))

Ich hätte auch gerne gehört, daß der Ministerpräsident gesagt hätte, mein Parteifreund Egon Bahr hat sich geirrt, wenn er davon gesprochen hat, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist objektiv und subjektiv eine Lüge, eine Heuchelei und eine politische Umweltverschmutzung. Das hätte ich gerne von ihm gehört, vom Herrn Ministerpräsidenten!

Und dann hätte ich auch gerne von ihm gehört, daß er gesagt hätte, wir haben uns geirrt, wenn wir Salzgitter, die Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Aufzeichnung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR, finanziell in den beiden letzten Jahren nicht mehr unterstützt haben. Herr Innenminister, das hätte ich gerne gehört. Und gerade in diesen Tagen gehen doch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in der DDR auf die Straße, um mit Gewalt den Staatssicherheitsdienst daran zu hindern, Akten zu vernichten, damit man Menschenrechtsverletzungen nachweisen kann.

(Zustimmung des Abg. Dr. Worms (CDU))

Und diese Landesregierung hat sich geweigert, das gewaltlose Aufzeichnen von Menschenrechtsverletzungen bei der Staatsanwaltschaft Salzgitter zu finanzieren. Da hätte ich gerne gehört, daß der Ministerpräsident gesagt hätte,

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

wir haben uns geirrt, und wir werden das so um der Gemeinsamkeit willen nicht fortführen.

Und dann ist da die Steuerreform. In diesem Zusammenhang rät uns jetzt der Ministerpräsident, wir sollten die dritte Stufe der

Steuerreform aussetzen. Herr Kollege Westermann wiederholt das. Was uns schon alles bei der Steuerreform geraten worden ist?! Der erste Ratschlag von der SPD war, wir sollten die Steuerreform überhaupt unterlassen. Wir sollten statt dessen ein 10-Milliarden-DM-Programm initiieren, denn die Steuerreform gefährde die Wirtschaft und die Arbeitsplätze, und das 10-Milliarden-DM-Programm stärke genau Wirtschaft und Arbeitsplätze. Nun, meine Damen und Herren: Was ist eingetreten? Seit sieben Jahren eine ununterbrochen sprudelnde Konjunktur mit Wirtschaftswachstum!

(Beifall bei der CDU)

Seit sieben Jahren Preisstabilität, das heißt Geldwertstabilität!

(Beifall bei der CDU)

Seit sieben Jahren ununterbrochen Außenhandelsüberschuß!

(Beifall bei der CDU)

Und in diesen Tagen können wir es feststellen: In den letzten Monaten auch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit, der jetzt lediglich durch Übersiedler und Aussiedler ins Stocken gerät. Wir haben in den letzten Jahren über 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen,

(Beifall bei der CDU)

und das alles dank dieser verteufelten Steuerreform. (D)

Dann ist uns vom Kollegen Westermann gesagt worden: Das haben wir doch alles hier im Lande Nordrhein-Westfalen getan. Daß es die Rahmenbedingungen des Bundes waren, daß es gerade diese verteufelte Steuerreform war, davon spricht Herr Kollege Westermann kein einziges Wort, meine Damen und Herren.

Und dann ist da der Finanzminister und auch der Innenminister in seiner Eigenschaft als Gemeindefinanzierungsminister, die sagten: Ja, die Einnahmen, die werden zurückgehen, und wir werden das alles gar nicht mehr finanzieren können. Und was stellen wir seit der ersten und zweiten Stufe der Steuerreform fest: jährlich wachsende Steuereinnahmen.

Nur dank dieser besonderen Rahmenbedingungen sind die Gemeinden in der Lage zu finanzieren, nicht dank des Gemeindefinanzierungsgesetzes, wo das Land dauernd gekürzt hat: Verbundatzkürzung, Verwaltungskostenpauschale weg, Kfz-Verbund weg, Grunderwerb-

(Dr. Pohl (CDU))

(A) steuer weg. Herr Innenminister, wenn die Gemeinden heute finanzieren können, dann können Sie es dank der Steuerreform des Bundes und nicht dank Ihrer Gemeindefinanzierung.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und da rät er uns jetzt, der Herr Ministerpräsident, wir sollen die dritte Stufe aussetzen. Nun, meine Damen und Herren, da ist es schon wieder. Denn nur wenn wir kontinuierlich die Investitionskraft in der Bundesrepublik stärken, geben wir der Wirtschaft der Bundesrepublik die Möglichkeit, in Kooperation mit der Wirtschaft in der DDR den Menschen dort zu helfen. Das ist das richtige Tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, bei all diesen Irrtümern über die Steuerreform: Haben Sie eigentlich schon einmal gehört, daß diese Unken, daß diese Unglücksraben uns sagen würden: Wir haben uns geirrt, wir entschuldigen uns dafür. Nein, nein da sagen Sie ganz leise: Die Konjunktur, die ist ja eben gut. Aber den Irrtum, den gestehen Sie nicht ein.

Und Heizler, der frühere Chefredakteur der "Kölnischen Rundschau", Herr Innenminister, hat doch recht, wenn er auf Grund all dieser Irrtümer feststellt: Man kann nur in Zorn und Trauer zurückblicken auf die Falschbehauptungen und die Verleumdungen gegenüber der Steuerreform. Das muß hier doch auch einmal festgestellt werden.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und dann wehrt sich der Herr Ministerpräsident gegen den Vorwurf: Einheit von SPD-Partei und Staat. Aber er verliert kein einziges Wort über die wunderbare Personalvermehrung in der Staatskanzlei - kein einziges Wort.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Dabei lautet doch das Motto dieser Landesregierung bei jeder Wahl, an der Rau als Kandidat beteiligt ist: mehr Personal in die Staatskanzlei. Ich will das beweisen. Haushalt 1984 zur Landtagswahl 1985 - plus 15 Beamten- und Angestelltenstellen. Haushalt 1986 zur Kandidatur Raus 1987 im Bund - plus 16 Planstellen für Beamte und Angestellte. Haushalt 1989 zur Landtagswahl 1990 - plus 10 Planstellen für Beamte und Angestellte. Und jetzt Haushalt 1990 zur Landtagswahl 1990 - plus 8 Planstellen.

Der Herr Ministerpräsident handelt getreu nach dem Motto: Wer an der Quelle sitzt und sich nicht bedient, der ist selbst schuld.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Und ein solches Verhalten dann auch noch auf dem Hintergrund der Beschimpfungen der Steuerreform und auf dem Hintergrund der nur verbal, aber nicht tatsächlich umgesetzten Tarifverträge zur Arbeitszeitverkürzung mit den notwendigen Stellenvermehrungen!

(Minister Dr. Schnoor: Dazu will ich noch etwas sagen!)

- Ja, da sagen Sie mal bitte was zu. Das muß hier doppelt gebrandmarkt werden.

Deshalb sage ich: Zur Machterhaltung sind auch solche Mittel der Personalvermehrung in der Staatskanzlei recht. Und die personellen Mittel, die hat er sich geschaffen. Ein Stellenvergleich im höheren Dienst der Staatskanzlei zum Ende der Regierungszeit Meyers 1966, zum Ende der Regierungszeit Kühns 1978 und nach elf Jahren Regierungszeit Rau ergibt folgendes Bild:

1966: 18 Beamte des höheren Dienstes und sechs Angestellte, macht 24. 1978: 53 Beamte und 12 Angestellte, macht 65. Und jetzt 1990: insgesamt 93 Beamte des höheren Dienstes und 20 Angestellte, gleich 113 - in der Staatskanzlei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer diese Stellenvermehrung in der Staatskanzlei feststellt und wer dann auch noch weiß, daß dem Ministerpräsidenten Meyers 1966 sechs Stellen zur persönlichen Verfügung standen und dem Ministerpräsidenten jetzt 23 Stellen zur persönlichen Verfügung stehen, der sollte weiß Gott aufhören zu sagen: Ich werde unberechtigt gescholten, wenn mir die Identität von Partei und Staat vorgehalten wird.

(D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Vorwurf greift und greift jetzt auch wieder bei der Stellenvermehrung im Einzelplan 02 dieses Ministerpräsidenten zu dieser Landtagswahl.

(Beifall bei der CDU)

Noch einige Bemerkungen zu Europa. Wir haben uns während der Haushaltsberatung über die Beteiligung der Länder an der Richtlinienerstellung erkundigt und darüber diskutiert. Wir haben feststellen können, daß die Mitwirkung der Bundesländer bei der Erstellung von Richtlinien gut ist, daß sich die Bundesratskammer bewährt hat, daß

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) allerdings * beim Richtlinienvollzug noch Defizite festzustellen sind.

Und wir haben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Institutionalisierung der Länder und der Regionen bei den europäischen Instanzen in Brüssel wollen. Wir wollen eine Regionalkammer, weil wir der Meinung sind, daß neben dem Ministerrat und dem Europaparlament die Stimme der Regionen in Zukunft im europäischen Kontext notwendig ein Gehör finden muß.

Deshalb haben wir - drittens - bei den Haushaltsberatungen auch die Verstärkung unseres nordrhein-westfälischen Verbindungsbüros in Brüssel begrüßt, weil wir der Meinung sind: Die Zukunft im werdenden Europa gehört den Ländern und den Regionen, weniger den Nationalstaaten. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, in der nächsten Legislaturperiode in einem Unterausschuß oder sogar in einem eigenen Ausschuß, wie wir von der CDU meinen, der europäischen Entwicklung breiteren Raum zu geben, weil nur so im Geflecht von Europa, Bundesstaat, Ländern und Gemeinden die richtige Einordnung erfolgen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe begonnen, indem ich auf die Gemeinsamkeit der Demokraten hingewiesen habe. Ich sage noch einmal, Herr Ministerpräsident-Stellvertreter: Das setzt voraus, daß Irrtümer eingeräumt und Irrtümer auch genannt werden. Diese sind in der Deutschlandpolitik durch diese Landesregierung begangen worden. Und was die Stellenvermehrung in der Staatskanzlei anbetrifft, so sollten Sie den Vorwurf, Partei und Staat identifizierten sich, nicht zu weit zurückweisen; dieser Vorwurf besteht zu Recht.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Pohl, diesen letzten Vorwurf muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich finde es unglaublich, dies auch noch an den Stellenplananforderungen der Staatskanzlei festzumachen. Ich will Ihnen das hier erklären: Es sind insgesamt acht Planstellen und Stellen, die für die Staatskanzlei und für das Wissenschaftszentrum vorgesehen sind. Unter den acht Stellen sind vier Stellen für das Wissenschaftszentrum.

(Dr. Pohl (CDU): Das haben Sie schon im Ausschuß gesagt. Das ist falsch!)

- Aber entschuldigen Sie! Das ist doch unglaublich! (C)

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Darf ich vielleicht einmal meine Worte zu Ende führen, Herr Kollege Pohl!

Es sind acht Planstellen und Stellen vorgesehen, davon eine Stelle für die Europapolitik und je eine Stelle für die Druckerei und für den Pfortendienst und dann vier Stellen für das Wissenschaftszentrum. Wie Sie damit Ihre Polemik begründen, das ist bezeichnend für Sie. Das ist nämlich bezeichnend für die gesamte Polemik, die Sie in diesem Zusammenhang betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zu der Druckschrift sagen, die unsere verehrte Frau Kollegin Thoben herausgegeben hat. Sie enthält nämlich beispielsweise auch ein Schriftstück, das ich unterschrieben habe. Das möchte ich Ihnen hier einfach einmal mitteilen:

Die Jungsozialisten haben zum 9. November 1988, zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht, einen Wettbewerb "Verwehte Spuren" durchgeführt. Dafür habe ich die Schirmherrschaft übernommen. Es ging nämlich darum, einen Geschichtswettbewerb durchzuführen, um der Frage nachzugehen, wie denn eigentlich wohl in der eigenen Heimat die Geschichte der Juden und der Judenverfolgung dargestellt wird. (D)

Ich habe also dafür die Schirmherrschaft übernommen und auf einem Privatbogen dafür erworben, auf dem für meinen Namen die Worte "Der Innenminister" stehen. Das wird von Ihnen, meine Damen und Herren, als die Verbindung von Staat und SPD in Nordrhein-Westfalen angeprangert. Es ist doch geradezu unglaublich läppisch, was Sie hier tun!

(Zustimmung bei der SPD)

Und nun kommen Sie mit dieser Geschichte bei den Personalstellen der Staatskanzlei! Sie sollten sich schämen und sollten sich etwas Besseres einfallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Trinius das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

(A) Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch die heutige Debatte zum Einzelplan 02 zieht sich immer wieder wie ein roter Faden die deutschlandpolitische Auseinandersetzung. Ich habe manchmal den Eindruck, daß wir einander sehr wohl verstehen könnten, wenn ich an den Beitrag von Herrn Klose denke. Ich habe manchmal den Eindruck, daß es Kräfte gibt, die nicht verstehen wollen. Dabei denke ich insbesondere an den Beitrag von Herrn Linssen, aber leider auch an den Beitrag von Frau Thoben.

Ich will an ein Wort anknüpfen, das Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Deutschen Bundestag in jener denkwürdigen Rede gesagt hat. Nachdem alle sozialdemokratischen deutschlandpolitischen Konzeptionen nicht hatten zum Zuge kommen können, erklärte er sinngemäß: Nun laßt uns eine neue Politik machen auf der Grundlage der neu entstandenen Tatsachen! - Das war damals insbesondere die Vollendung der Westintegration der Bundesrepublik, sowohl wirtschaftlich wie auch sicherheitspolitisch; wir waren inzwischen Mitglied der NATO geworden.

Dann hat Herbert Wehner folgenden Satz gesagt:

Das geteilte Deutschland kann nicht unheilbar miteinander verfeindete Christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen.

(B) Wir brauchen die Überwindung dieser unheilbaren Verfeindung. Ich habe von solcher willkürlichen neuerlichen Verfeindung heute aus den Reihen der CDU leider sehr viel gehört. Ich bedaure das sehr.

Deswegen will ich einen Satz zu dem sagen, Herr Kollege Dr. Pohl, was Sie hier zuletzt ausgeführt haben. Willy Brandt hat zu Recht darauf hingewiesen: Die Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 ist eine Lebenslüge der Bundesrepublik. An dieser Lebenslüge haben wir alle lange festgehalten: Sozialdemokraten, Christliche Demokraten, Freie Demokraten, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), und was es sonst gab.

Ja, man ist sogar so weit gegangen - es war wohl 1950 -, Paul Loebe für alle Parteien im Deutschen Bundestag sagen zu lassen, daß die Gebiete jenseits von Oder und Neiße weiterhin deutsches Gebiet seien, daß sie nur vorläufig unter polnische Verwaltung gestellt seien und daß darüber natürlich im Sinne einer Rückgewinnung dieser Gebiete in einem Friedensvertrag abschließend eine Regelung gefunden werden könne. Konrad Adenauer hat 1952 an ein deutsch-polnisches Kondominium jenseits von Oder und Neiße gedacht. Man

stelle sich das vor! Dabei war nach dem Protokoll der Potsdamer Konferenz - und darauf hat in der letzten Debatte Herr Kollege Diether Posser sehr nachdrücklich hingewiesen - die Frage der Westgrenze Polens endgültig entschieden. (C)

An dieser Lebenslüge waren wir alle beteiligt, bis schließlich die Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland kam, die berühmte Denkschrift zu den Vertriebenen und zu den deutschen Ostgebieten. Darin findet sich der bemerkenswerte Grundsatz: Es geht nicht darum, wer recht hat - wer nur danach fragt, wer recht hat, der redet nur von der Vergangenheit -, sondern es geht darum, die Zukunft zu gewinnen. Da ist dann darauf hingewiesen worden, daß wir mit der Anerkennung der Westgrenze Polens nun endlich ernst machen müßten. Es gibt ja besonnene Kräfte genug, die das auch berücksichtigen.

Aber hier spielt sich noch etwas anderes ab; hier wird die deutschlandpolitische Energie der SPD in Frage gestellt. Da lassen Sie mich ein paar Dinge in Erinnerung rufen, damit deutlich wird, wie sehr auch die Sozialdemokratische Partei unter der deutschen Spaltung gelitten hat und wie sehr sie wegen ihrer deutschlandpolitischen Initiativen angegriffen worden ist.

Sie wissen, als 1950 die Aufrüstung in der Bundesrepublik beschlossen worden ist, da hat um der Einheit willen, aber auch wegen der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, die Sozialdemokratie dagegen gestanden; das hat auch zur Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei geführt, in die seinerzeit Johannes Rau eingetreten ist. Wenn Sie sich seinen politischen Lebensweg angucken, dann können Sie erkennen, auch mit dieser Mitgliedschaft in frühen Jahren, daß es ihm genau um das Zusammenhalten des auseinanderbrechenden Deutschlands ging. Allein darum ging es! (D)

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere von der CDU noch daran, welchen Verdächtigungen die Gesamtdeutsche Volkspartei in der Öffentlichkeit, insbesondere durch die CDU und Kanzler Adenauer ausgesetzt war. Das war ja die fünfte Kolonne der Kommunisten in der Bundesrepublik. Ähnliches kann man bei dem Streit um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sagen.

Als dann die Westintegration und die Ostintegration vollendet waren, da hat seinerzeit Herbert Wehner den Plan auf den Tisch gelegt, den Deutschlandplan für die Bundesrepublik und die DDR, der eine Konföderation

(Trinius (SPD))

- (A) vorsah. Der Ausgangspunkt war die vollendete Integration der DDR in den Ostblock, die vollendete Integration der Bundesrepublik in Westeuropa.

Zu diesem Zeitpunkt ist der Gedanke der Konföderation entstanden und vorgetragen worden. Auch da hat es Verdächtigungen gegeben, dies sei wiederum nur eine Machenschaft, um den Kommunisten Raum und Platz zur Mitbestimmung in der Bundesrepublik zu geben.

Andere Kräfte hatten auf die Politik der Stärke gesetzt. Das, was jetzt zusammengebrochen ist, die Mauer, war ein Dokument der Ausweglosigkeit der Politik der Stärke. Es gab damals keine politische Kraft - weder die USA noch die Briten oder die Franzosen -, die etwas gegen die Errichtung der Mauer hätte tun können. Die Mauer besiegelte die Erfolglosigkeit und Konzeptionslosigkeit einer Politik der Stärke.

Seitdem sind wir die Politik der kleinen Schritte gegangen. Auch diese Politik der kleinen Schritte, die in Berlin zunächst zur Wiederherstellung von Telefonleitungen geführt hat, später zu Besuchsmöglichkeiten, dann zu der Besuchsmöglichkeit für DDR-Bürger ab dem Rentenalter bei uns in der Bundesrepublik, ist ebenfalls verdächtigt worden. Schlimmer noch wurde die Politik der Verträge verdächtigt. Schlimm verdächtigt wurde die Vereinbarung von Helsinki.

- (B) Nun hat sich die Szene gewandelt, und die CDU setzt diese Politik, die sie lange bekämpft hat, fort. Der große Wandel ist geschehen mit Glasnost und Perestroika, mit den Volksbewegungen in Polen, Ungarn, der DDR und der CSSR.

Sie müssen mit dieser Lebenslüge von einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 endlich Schluß machen,

(Beifall bei der SPD)

oder sie treffen all die Bewegungen, denen es um Freiheit und Einheit geht, ins Mark. Sie müssen da endlich ein deutliches Wort reden.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Trinius (SPD): Nein, die Zwischenfrage von Herrn Goldmann möchte ich nicht zulassen.

(Goldmann (CDU): Die fürchten Sie wohl? - Lachen bei der SPD)

Präsident Denzer: Es ist das gute Recht jedes Abgeordneten, Zwischenfragen abzulehnen. (C)

Trinius (SPD): Zu den Mißverständnissen, Frau Thoben! Wenn wir die Stimmen aus der DDR ernst nehmen, denen es um Demokratie und Freiheit ging und immer noch geht, dann will ich auf folgendes hinweisen: Wir sollen nicht nur das wiederholen und zitieren, was uns an Äußerungen von Oppositionsbewegungen und politischen Gruppierungen in der DDR paßt, sondern wir sollen ebenso aufmerksam auf das hören, was sie uns sagen, das uns nicht paßt; denn das gehört zum Respekt dazu.

(Goldmann (CDU): Sie müssen aber auch das Richtige sagen, Herr Trinius!)

- Nein, wenn es dort Gruppen gibt, die sagen, wir halten an diesem Land fest und wir wollen auf der Grundlage dieses Landes neue Möglichkeiten für Freiheit und Demokratie eröffnen, dann nehme ich das genauso ernst wie andere Stimmen, die man von dort hören kann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Nicht nur auf das hören, was uns paßt, sondern auch auf das hören, was uns nicht paßt!

Da finde ich es natürlich sehr aufschlußreich, daß die Nachrichten im Fernsehen über Wolf Biermann nur die kritischen Bemerkungen von Wolf Biermann über Krenz gebracht haben. Aber das, wo wir getroffen waren, die Ballade über den türkischen Jungen, der nicht in die Folterkammern der Türkei geschickt werden wollte und der sich deswegen in Berlin von einem hohen Stockwerk zu Tode gestürzt hat, das ist in den Nachrichtensendungen nicht übergekommen. (D)

Für mich ist der Dreh- und Angelpunkt jener 9. Oktober in Leipzig. Da stand es auf der Kippe. Wie wird denn nun entschieden? Kommt es zu dem bösen Einsatz von Panzern und Waffen, oder kommt es dazu nicht? Da muß man jenen Pfarrer und jenen Dirigenten des Gewandhausorchesters und auch jene drei kleineren Leipziger Parteisekretäre der SED nennen, die den Mut hatten, zu erklären: "Hier darf keine Gewalt angewandt werden", denn die Panzer und die Bajonette standen bereit.

Noch mehr bewundere ich - und ich frage mich, woher sie die Kraft dazu hatten -, daß sich 70 000 Leipziger entschlossen haben, an diesem Montag abend zu demonstrieren. Sie hatten gegen den Gummiknüppel nichts in der Hand als die brennende Kerze, und sie hatten

(Trinius (SPD))

- (A) gegen den Lauf der Gewehre nichts in der Hand als die geschnittene Blume. Sie wußten, was ihnen gegenüberstand. Vielleicht haben sie die Kraft dadurch gewonnen, daß sie sich an den Händen gehalten haben.

Aber wo sie die Kraft herhatten, bei der Gewaltlosigkeit zu bleiben, wo sie die Kraft herhatten, zu sagen: Wir zeigen weiterhin, was wir meinen und was wir wollen, weiß ich nicht. Aber sie hatten diese Kraft. Wer von Bedingungen redet: Hatten wir nicht, als Honecker noch mächtig war, Kredite ohne jede Bedingung gegeben?

(Beifall bei der SPD)

Glauben wir, wir hätten das Recht, diesen Menschen gegenüber auch nur eine einzige Bedingung zu stellen?

(Beifall bei der SPD)

Sind es nicht diese Menschen, die bisher all das aus eigener Kraft durchgesetzt haben, was wir so lange für die DDR gehofft und gewünscht hatten, zu dem wir aber so gut wie nichts - sehr, sehr wenig - hatten beitragen können?

Wenn es eine Gewähr gibt, dann doch wohl die: Diese Menschen wissen, was Demokratie und Freiheit heißt. Daran werden sie festhalten. Sie wissen es um so mehr, als sie Demokratie und Freiheit unter unfreien und undemokratischen Bedingungen erstritten haben. Sie verstehen inzwischen vielleicht sogar mehr von Demokratie als wir.

(B)

(Zustimmung bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn wir vom 9. Oktober sprechen, muß wohl von zwei Dingen zusätzlich die Rede sein. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR gibt es eine historische Situation, in der Freiheit und Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik für die deutsche Nation dort verträglich mit dem Sicherheitsinteresse der Sowjetunion ist. Deswegen müssen alle Überlegungen davon ausgehen: Wie kann denn das weitere Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten so gestaltet werden, daß dabei die Sicherheitsinteressen in Westeuropa, in Süd- und Nord-, insbesondere in Osteuropa nicht gefährdet, sondern sogar gefördert werden?

Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie das möglich ist: Reform in der DDR, Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, obwohl sie beide unterschiedlichen militärischen Sicherheitssystemen angehören.

- (C) Lassen Sie mich auf Adenauer zurückblicken. Adenauer hat immer eines vermeiden wollen, daß die Deutsche Frage mit der Abrüstungsfrage gekoppelt würde. Er war für eine europäische Abrüstung - aber nicht so; er fürchtete nämlich, wenn man beides miteinander koppelte, führe dies dazu, daß die Sowjetunion ein Mitspracherecht in inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik bekommen könnte.

Adenauer wollte auf der anderen Seite auch niemals die Bundeswehr der Bundesrepublik zur Disposition im Zusammenhang mit der Einheit stellen, sondern ihm war eine Bundesrepublik vorrangig, die ein voller Staat war. Dazu gehörte eine voll gerüstete Armee. So hat er gedacht. Dann folgte als zweites: Welche Möglichkeiten ergeben sich dann für die deutsche Einheit?

Zusätzlich Aufschluß erhalten Sie, wenn Sie in Denkschriften hineinschauen, die er hat in Auftrag geben lassen, die Pfeleiderer-Denkschrift, die Denkschrift von Crewe oder die Denkschrift von Hans Globke, die 14 Jahre unter Verschuß lag - '74 ist sie ans Tageslicht gekommen. Adenauer sagte: Herr Globke, was Sie da sagen, die Anerkennung beider deutscher Staaten, für fünf oder zehn Jahre - Interimslösung -: Sie haben ja recht, aber das darf ich nicht sagen. Deswegen kommt sie bei mir in den Panzerschrank.

- (D) In seinen Erinnerungen hat Adenauer diesen Gedanken einer Interimslösung, für fünf oder zehn Jahre die DDR als Staat anzuerkennen, nicht erwähnt. Er hat es noch in dem Aktenschrank oder Panzerschrank ruhen lassen, bis es vielleicht einmal bekannt würde.

(Zuruf des Abg. Goldman (CDU))

Wer darf denn hier Bedingungen stellen? Da gibt es einen vorbildlichen Bundeskanzler, der kommt aus Österreich. Er hat, ohne Bedingungen zu stellen, als erster ein Wirtschaftsabkommen mit der DDR abgeschlossen. Wer will denn wem da Bedingungen stellen? Wir den 300 000, die da die Demokratie für sich erkämpfen?

Ich kenne einen, der eine Bedingung mit Erfolg gestellt hat, das war Wolf Biermann. Ihn wollten die Leipziger und die Berliner hören. Auf Druck der Leipziger und Berliner wurde ihm die Einreise gewährt. Er stand an der Grenze und sagte: Ich komme, aber ich komme nur, wenn mein Freund, der Schriftsteller Fuchs, auch mitkommen darf. Den wollte die DDR nicht sehen. Er hat seine Bedingungen durchsetzen können. Aber es war eine sehr menschliche, zugleich sehr politische Bedingung.

(Trinius (SPD))

- (A) Sie benutzen natürlich die Deutschlandpolitik dazu, um den Sozialdemokraten parteipolitisch am Zeuge zu flicken, so wie Sie uns in der ganzen bisherigen deutschlandpolitischen Diskussion wegen unserer deutschlandpolitischen Energie Nähe zu den Kommunisten vorgeworfen haben. Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei der SPD)

Der energischste Verfechter der Einheit in den ersten Jahren der Bundesrepublik, Kurt Schumacher, war zugleich derjenige, der den Kommunismus heftig als antidemokratisch, totalitär und autoritär bekämpft hat. Das wissen Sie ganz genau. Und dieser Mann, von den Kommunisten so heftig bekämpft, hat auf der anderen Seite keinen größeren Gegner gehabt als Konrad Adenauer. Da sind wir oft zwischen die Fronten geraten.

(Zustimmung bei der SPD - Goldmann (CDU): Das hatte ganz andere Gründe.)

- Es hatte genau diesen Grund! Und dann will ich Ihnen sagen: Kurt Schumacher ist ein Urdemokrat und -parlamentarier gewesen. Er wollte nämlich zu der Europäischen Gemeinschaft unter anderem deswegen nicht ja sagen, weil sie einen Geburtsfehler habe. Kurt Schumacher hat in seiner Rede 1952 sinngemäß gesagt: Erst muß ein europäisches Parlament geschaffen werden, dann kann man über europäische Behörden reden. Denn geht man den umgekehrten Weg, dann errichtet man ein Europa der Kartelle und der Industrie. Wir wollen aber ein demokratisches Europa haben. -

(B)

Europa ist den umgekehrten Weg gegangen - und jetzt, viele, viele Jahre später, fangen wir an, das zu reparieren. Die meisten haben vergessen, daß Kurt Schumacher 1952 im Deutschen Bundestag schon auf diesen Konstruktionsfehler von Europa hingewiesen hat. Mit der Demokratie haben wir es immer sehr ernst genommen, auch wenn es um Europa ging.

Dann war die Rede von unserem Godesberger Programm. Ich lese Ihnen einfach mal ein paar Sätze vor,

(Dr. Pohl (CDU): Was gilt denn davon noch?)

und dann können Sie entscheiden, wie Sie das beurteilen wollen:

Wir streiten für die Demokratie.

So heißt es da, 1959, im November!

Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichteten seine Freiheit und zerstören das Recht. (C)

Und dann kommen die Sätze, die Sie nie verstehen wollen, die aber sehr verständlich sind, wenn man den Zusammenhang kennt und weiß, worum es geht. Da heißt es, und das mußten sich ja einmal die Kommunisten von uns anhören -:

Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.

Nur wer diesen Satz "Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht" nicht hören wollte, konnte auf die irre Idee kommen, das System der DDR den "real existierenden Sozialismus" zu nennen.

(Zustimmung bei der SPD)

Nur durch Demokratie ist Sozialismus möglich! Und deswegen heißt es auch weiter:

Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung schaffen will in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind. (D)

Wenn es dann heißt:

Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren(,)

dann erkennen wir in den demokratischen Protestbewegungen der DDR unsere Grundwerte und Grundsätze wieder, und wir sind froh darüber.

(Beifall bei der SPD)

In den 20er Jahren haben Sozialdemokraten formuliert:

Wir sind für Freiheit und Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und internationale Völkerverständigung.

Das hieß damals etwas angesichts der Völkerverhetzung, die nach dem Versailler Vertrag von der Rechten betrieben wurde. Freiheit

(Trinius (SPD))

(A) und Demokratie, soziale Gerechtigkeit und internationale Völkerverständigung!

Aber lassen Sie mich den Blick auch darauf richten: Ich habe sehr viel Verständnis dafür, wenn ein Arbeitsloser in der Bundesrepublik, der schon ein Jahr vergeblich nach Arbeit sucht, fragt: Wird denn für mich die Lage am Arbeitsmarkt nicht schwieriger, wenn immer mehr junge Menschen, gut ausgebildet, hierherkommen?

Ich habe Verständnis dafür, wenn Wohnungssuchende, die vergeblich nach Wohnungen gesucht haben, sagen: Wird für mich die Situation nicht schwieriger, wenn jetzt so viele Menschen herüberkommen?

Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn die Wohlhabenden und mit Steuerentlastungen reich Beschenkten sagen: Dies kann die Bundesrepublik nicht aushalten. - Sie kann, wenn sie will!

(Zustimmung bei der SPD)

Und dann wird in Wirklichkeit ein anderes Problem offenkundig. Die Menschen in der DDR wollen, brauchen und erstreben Freiheit und Demokratie. Lautet die Rückfrage an uns nicht: Haben wir es in den letzten sieben Jahren in der Bundesrepublik an der notwendigen Solidarität fehlen lassen - an der notwendigen Solidarität mit den Arbeitslosen? 700 000 Menschen, die länger als ein Jahr vergeblich nach Arbeit suchen! Kann eine Gesellschaft das dulden und zulassen oder gedankenlos daran vorbeigehen? Darf sie es, ohne Freiheit und Demokratie zu gefährden? Ich meine, sie darf es nicht. Sie gefährdet dabei die sozialen Grundlagen von Demokratie und Freiheit.

Das gleiche gilt für die Wohnungssuchenden. Wer da nicht rechtzeitig Vorsorge trifft, der gefährdet entscheidende soziale Grundlagen für Demokratie und Freiheit; denn auch die Demokratie ist stärker, wenn ihre Grundlage die soziale Verträglichkeit, der soziale Frieden ist.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich alle, die Freiheit und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hochhalten - darin unterscheiden wir uns ja nicht -, die notwendige Solidarität mit denen, die unsere Solidarität brauchen, nicht zu vergessen. Wir brauchen eine freie, eine demokratische, aber auch solidarische Gesellschaft. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Damit sind die Schwerpunktthemen und die am Einzelplan 02 orientierte Debatte abgeschlossen. (C)

Wir kommen zur Beratung des Einzelplans 02. - Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Damit haben wir auch die Beratungen zum Einzelplan 02 in zweiter Lesung abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4980 ab; Stichwort: "Förderung des Wohnungsbaus". Dieser Änderungsantrag berührt alle Einzelpläne, ist aber als Gesamtpaket zu behandeln, und daher wird hier beim Einzelplan 02 über ihn abgestimmt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei.

Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Ihnen vorliegend mit den Drucksachen 10/4902 und 10/4975 - zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 02 in zweiter Lesung angenommen. (D)

Ich rufe nun auf:

2. Stellenpläne

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dautzenberg das Wort.

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch beim Personaletat und den Stellenplänen 1990 zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen Anspruch der Landesregierung und Wirklichkeit; eine große Diskrepanz vor allen Dingen auch hinsichtlich all der Zusicherungen, die vom Ministerpräsidenten damals bei der Umsetzung des Tarifvertrages gemacht worden sind.

Wir haben bereits 1989 festgestellt, daß die gesamte Stellenplansituation eine Mogelpackung der Landesregierung darstellt. Dies kann man für den Personaletat und damit für die Stellenpläne 1990 wiederum feststellen. Ich will dies begründen.

In der Vorlage 10/2515 des Finanzministers ist, was das Personal angeht, wiederum der